Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Bei Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 62. | Dresden, Donnerstag den 17. März 1910. | 21. Jahrg.

Trotz alledem!

Doch sind wir frisch und wohlgemut,
Und zagen nicht trotz alledem!
In tiefer Brust des Zornes Glut,
Die hält uns warm trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
Es gilt uns gleich trotz alledem!
Wir schütteln uns: Ein garst'ger Wind,
Doch weiter nichts trotz alledem!

Denn ob der Reichstag sich blamiert
Professorhaft, trotz alledem!
Und ob der Teufel reagiert
Mit Huf und Horn und alledem —
Trotz alledem und alledem,
Trotz Dummheit, List und alledem,
Wir wissen doch: die Menschlichkeit
Behält den Sieg trotz alledem!

Nur, was zerfällt, vertretet ihr!
Seid Kasten nur, trotz alledem!
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,
Sind ewig drum, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem:
So kommt denn an, trotz alledem!
Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht —
Unser die Welt trotz alledem!

Ferdinand Freiligrath.

Lebendiger März.

Das deutsche Bürgertum hat längst das Angedenken vergessen, die ihm einst durch ihren Opfertod die Bahn brachten. Die Entwicklung der Industrie und des Handels, in den deutschen Landen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor sich gegangen war, entlud sich in den politischen Stürmen von 1848, in denen die alten Gewalten des absoluten Königtums und des Junkeradels zwar nicht gebrochen, aber niedergeworfen wurden. Wenn auch die folgende Konterrevolution viele der Märzerrungenschaften wieder vernichtete, so war doch von jener Zeit an der wirtschaftliche und politische Aufstieg der bürgerlichen Klasse ermöglicht. Nun kam die Ära der liberalen Freiheiten und des bürgerlichen Vorwitzes in den Parlamenten der deutschen Staaten. Aber seinem Aufstieg löschte das Bürgertum eilig die letzten Erinnerungen an die Wetterstunden seiner revolutionären Jugend. Waren es doch schon 1848 zumeist Arbeiter, die den Sieg mit ihrem Blut besiegelt, während es den Bourgeois bequemer anstand, Nutznießer des Erfolgs zu sein, und die Feigen, die in rauher Arbeiterhand die Sturmfahne getragen, zu verleugnen.

Die Arbeiterklasse war 1848 noch an Zahl sehr spärlich und an Erkenntnis unentwickelt. Die Arbeiter ahnten noch nicht den gewaltigen Sinn, den vorausstürmende Geister im Kommunistischen Manifest verkündeten. Sie waren vielfach befangen in zünftlerischen Anschauungen und folgten den Bewegungen des Bürgertums und Kleinbürgertums. Doch hatten eins schon voraus vor der bürgerlichen Klasse, daß sie bei allen ernsten Entscheidungen ängstlich erbebte, sie hatten den tapferen Mut derer, die nichts zu verlieren haben als ihre Ketten und eine Welt zu gewinnen. So waren sie doch die treibende Kraft der Revolution, so brachten sie ihr Opfer im Dienst des geschichtlichen Fortschritts, so sehr auch zunächst der bürgerlichen Klasse zugute kommen mußte, so sehr er auch gerade der Arbeiterklasse neue Leiden bringen sollte.

Mehr denn zwei Menschenalter sind vergangen seit jenen Tagen, da der Romantiker auf Preußens Thron sehr unritterlich zitternd den Hut zog vor den Toten, die an seinem Palais in feierlichem Aufzuge vorüberwallten. Eine andere, neue Zeit ist geworden: Aus der kleinbürgerlich-zünftlerischen Kleinstaaterei ist das großbourgeoise, großkapitalistische Deutsche Reich erstanden. Die Kapitalistenklasse hat ihren Siegeszug gemacht und steht auf der Höhe ihrer Entwicklung. Alte Gewalten, Fürsten und Junker, haben mit der neuen Gewalt sich vereinigt, um den ungeheueren Reichtum zu verteilen, den die gewaltige Produktionsentwicklung, den der Fleiß des Riesenheeres von Proletariern schafft. Die kapitalistische Klasse, die 1848 sich freie Bahn zu erwirken begann, sie ist die gebietende Klasse geworden, die nun der Arbeiterklasse verbietet, freie Bahn für ihre Entfaltung, für ihren Aufstieg zu brechen. Mächtig ragen in unseren Tagen noch die Zwingburgen, in denen die alten Gewalten und die neuen Gewalten sich verschanzen gegen die vorwärts schreitende Arbeiterklasse. Doch just in diesen Märztagen pfeift der Wind einer neuen Zeit ungestüm um die Zinnen der alten Gemäuer, daß es ihren Insassen gar unerquicklich wird, daß sie angstvoll fragen, was da kommen solle, und daß sie in hastiger Pein Steine herbeizuwälzen versuchen, um die schon klaffenden Breschen nochmals zu schließen.

Mit der neuen Wirtschaftsordnung und den neuen Klassenbildungen sind auch neue Kampfesformen entstanden, die neuen Kampfeszielen dienen. Vor zwei Menschenaltern galt es, den Einzelnen zu befreien von den hemmenden Banden überlebter Wirtschaftsverhältnisse. Heute gilt es, die Vielen zu schützen und zu befreien von der Uebermacht der Einzelnen, die rücksichtslos die ganze Nation ihren Interessen untertan machen. Vor zwei Menschenaltern kam die Revolution des Individualismus herauf — heute leben wir in der Revolution des Sozialismus gegen den Individualismus des Großkapitals, gegen den neuen Uebermenschen, der in wirtschaftlicher Sprache heißt: Aktiengesellschaft, Syndikatsgewalt, Bankenfusion, Börsenfinanz. Und die Waffen in dieser Revolution der Gegenwart, das sind Aufklärung und Bildung, wirtschaftliche und politische Organisation. Langsam allzu langsam wohl für unsere Wünsche, wirken diese Kampfeskräfte, aber sie wirken sicher. Immer weiter ausgreifende Organisationen umfassen die Arbeiterklasse, und immer klareres Erkennen, immer reifere Fähigkeit verleihen dem Willen dieser festgegründeten Organisationen immer mehr Ueberlegenheit und unwiderstehliche Kräfte.

Weil die Arbeiterklasse unserer Zeit eine revolutionäre Klasse ist, weil sie die Welt befreien will von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, darum feiert sie andachtsvoll und begeistert das Andenken von 1848. Sie feiert es um so freudiger im heurigen März, da die Wahlrechtsstürme urkräftig durch das Preußenland fahren allwo noch immer die Reaktion gegen Fortschritt und Freiheit am heftigsten trotzt.

Die Märztage von 1848 sind nicht tot. Sie leben, und sie leben nicht allein in der Erinnerung, sie leben in der Wirklichkeit, im Wollen und Wirken unserer heutigen Arbeiterklasse!

Junker, Pfaffen und preußisches Volk.

Die dritte Lesung.

Auch in dritter Lesung ist das Wahlgesetz durch das preußische Dreiklassenhaus gequetscht worden. **Mit 238 Stimmen der Konservativen und Klerikalen gegen 168 Stimmen** der übrigen Parteien gelangte das Gesetz ganz nach den Kommissionsbeschlüssen, ganz nach den Wünschen des Junkers Heydebrand und des Klerikalen Herold zur Annahme. Die Sitzung, in der dieser weitere Schritt auf dem Wege zur Durchführung der Schandvorlage geschah, war überaus sturmvoll bewegt und es gab nochmals Erklärungen der Parteiführer, in denen die Anschauungen der verschiedenen Parteien knapp zusammengefaßt sind und die deshalb zur Erkenntnis der preußischen Zustände von großer Bedeutung sind.

Auch die preußische Regierung hat sich nun zu einer Meinung durchgerungen, wie sie sich zu den Beschlüssen der Parteien verhalten soll, durch die ihre eigene Vorlage gründlichst auf den Kopf gestellt wurde. Vorige Woche noch wollte Herr v. Bethmann-Hollweg den Anschein geben, als ob er noch nicht genau wisse, wie er sich verhalten solle. Er redete davon, die Regierung „vinkuliere" sich nicht, lege sich nicht fest. In Wahrheit getraute er sich nur nicht, seine „gottgewollte Abhängigkeit" vom konservativ-klerikalen Regiment so schnell zu gestehen. Jetzt aber mußte er wohl oder übel Farbe bekennen und bekannte die Farbe, die ihm entspricht, er bekannte die totale Unterwürfigkeit unter schwarz-blaue Diktatur, unter das Kommando der Junker und Pfaffen. Das ist die famose preußische Regierung, die „über den Parteien" steht!

Unser Parteigenosse Liebknecht hat im Namen der kleinen sozialdemokratischen Fraktion des Abgeordnetenhauses, aber zugleich im Namen der Millionen entrechteter preußischer Staatsbürger, nochmals das schändliche Treiben der herrschenden Parteien scharf gebrandmarkt. Seine Worte wirkten auf die konservativen und klerikalen Dreiklassenhausmänner wie Peitschenhiebe, wild schrien sie auf. Als Liebknecht ihnen zurief, ihr Treiben mache das Abgeordnetenhaus zu einer Schacher- und Trödelbude, da kannte die Wut der Gekennzeichneten keine Grenzen mehr. Wüste Schimpfworte flogen zu der Rednertribüne hinauf, Fäuste reckten sich und eine Weile schien es, als hätten die Hüter von Anstand und Sitte Lust, sich handgreiflich als Stallknechte zu produzieren. Dabei hatte Liebknecht nicht einmal ganz recht, denn in einer Schacher- und Trödelbude geht es immer noch viel anständiger und manierlicher zu als in diesem Hause der „Volksvertreter", die höhnisch und brutal ihrer Klasse Vorteile einheimsen und das Volk entrechten und vergewaltigen. Liebknecht ließ die Wutstürme der Gezüchtigten und die Ordnungsrufe des Präsidenten sich austoben und er betonte mit Recht, wie sehr sich die Parteien täuschen werden, die jetzt glauben, ihre Beute in Sicherheit zu bringen; der Kampf werde fortgeführt werden und es werde keine Ruhe in Preußen geben.

Auch das verlogene Spiel der verbündeten Konservativen und Klerikalen trat nochmals in den Erklärungen der Wortführer dieser Parteien deutlich hervor. Herr v. Heydebrand hat dabei durch die junkerliche Rücksichtslosigkeit seines Auftretens seinen Freunden vom Zentrum einige Schwierigkeiten bereitet. Er erklärte dreist, gerade darin liege der Vorzug der Beschlüsse, **daß sie den Massen nicht gefallen.** Der übermütige Junker glaubt auf die Zustimmung der Massen pfeifen zu dürfen, weil er annimmt, daß die konservativen Wähler auf dem Lande in ihrer geistigen Rückständigkeit doch weiter sich als Stimmvieh mißbrauchen lassen werden. Aber dem Zentrum kann solch Wort ganz und gar nicht passen. Denn diese Partei — und die Ausführungen des Abg. Herold zeigten es wieder — muß Rücksicht nehmen auf die christlichen Arbeiter. Sie sucht es deshalb mit aller Arglist so darzustellen, als ob das neue Wahlgesetz immerhin Vorteile für die Masse bringe und als ob alles Erreichbare erreicht sei. Wie will das Zentrum aber seine Wähler noch über die Bedeutung der jüngsten Vorgänge in die Irre führen, wenn der Herr und Meister des schwarzen Blocks selbst sagt, **daß die Beschlüsse absichtlich so gefaßt seien, daß sie den Beifall der Masse nicht finden können?!**

Auch die Haltung der Nationalliberalen war überaus kläglich. Herr Friedberg lehnt es weit ab, als ob die ablehnende Haltung seiner Fraktion irgend etwas wie Linksabmarsch bedeuten solle. Wie bei der vorjährigen Reichsfinanzreform sind die Nationalliberalen nur darüber erbost, daß die Konservativen in dem Zentrum einen noch zuverlässigeren Reaktionsgenossen gefunden haben. Herr Friedberg deutete sogar an, daß seine Partei schließlich doch noch für das Gesetz eintreten werde. Dies kann dann der Fall sein, wenn das Gesetz vom Herrenhaus etwa noch einigen Abänderungen unterworfen wird und an das Abgeordnetenhaus nochmals zurückkehrt.

Das schmähliche Gesetz geht seiner Vollendung entgegen. Aber Herr v. Heydebrand hat selbst den Fehdehandschuh den Massen zugeworfen. Die Massen werden ihn aufnehmen!

* * *

Dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Abg. v. Heydebrand (kons.):

Einige meiner Freunde werden gegen den ganzen Entwurf stimmen, weil sie eine Aenderung des preußischen Wahlrechts überhaupt nicht für notwendig erachten, teils auch, weil ihnen die geheime Wahl unannehmbar ist. Die anderen Mitglieder meiner Partei sind geneigt, für die Kommissionsbeschlüsse zu stimmen, obwohl wir nicht mit allem einverstanden sind und auch nicht meinen, die Vorlage im ganzen sei eine unbedingte Notwendigkeit. Wir sind vielmehr der gegenteiligen Meinung, daß das bisherige preußische Wahlrecht sich in vollstem Maße bewährt hat. (Lautes Lachen links.) Sehr leicht hätten wir, wenn wir gewollt hätten, es dahin bringen können, daß nichts zustande gekommen wäre. (Sehr richtig! rechts.) Viele unserer Freunde im Lande meinen heute noch, das wäre vielleicht das Beste gewesen. (Rufe links: Tun Sie es doch noch!) Wir legen aber Wert darauf, mit einer Regierung, die im wesentlichen unser Vertrauen genießt (Zurufe links: im wesentlichen!) — wenn Sie das Wort stört, so will ich es weglassen —, zusammen zu arbeiten, wenn sie Fragen von großer Bedeutung loyal zu lösen bestrebt ist. Wir würden uns freuen, wenn es möglich wäre, eine große Mehrheit für die Vorlage zu finden. Es ist für uns ein schweres Opfer gewesen, das Zugeständnis zu machen, daß ein Teil der Wahl in Zukunft geheim erfolgen soll, und wir sagen ganz offen, daß die Erhaltung der öffentlichen Wahl bei der Wahl des Abgeordneten für uns von ganz außerordentlicher Bedeutung ist. (Lachen und ironische Zurufe links.) Auch auf die indirekte Wahl glauben wir das allergrößte Gewicht legen zu müssen.

Ein letztes Wort: Wir sind nicht im Zweifel, daß das, was hier beschlossen wird, nicht überall Beifall findet. (Sehr richtig! links.) Sicher werden die Theoretiker und Phantasten (Lärm und Oho!-Rufe links) mit der Vorlage nicht einverstanden sein. **Am allermeisten aber sind wir davon überzeugt, daß das Gesetz den Beifall der Massen nicht finden wird.** (Sehr richtig! links.) Wir sind aber auch ganz sicher, daß mit dem Tage, wo dieses einmal der Fall wäre, wir für die Zukunft Preußens zu fürchten hätten. (Lebh. Zustimmung rechts. Große Unruhe und Widerspruch links.)

Abg. Herold (Z.):

Ich habe verschiedentlich schon betont, daß die Beschlüsse der zweiten Lesung unseren Ansprüchen durchaus nicht gerecht werden,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100317/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aber wir sehen ein, daß wir das Ziel unserer Wünsche zurzeit nicht erreichen, und haben uns daher veranlaßt gesehen, weitgehende Zugeständnisse zu machen (Zuruf links: Sehr weitgehende!), um wenigstens eine Verbesserung herbeizuführen. Es ist uns außerordentlich schwer geworden, der indirekten Wahl zuzustimmen. (Gelächter links.) Aber wir legen großes Gewicht auf die geheime Wahl, die wir nur erreichen konnten durch ihre Verbindung mit der indirekten. Befriedigt uns das Gesetz also auch nicht, so sehen wir doch in den Beschlüssen der zweiten Lesung so weitgehende Verbesserungen, daß wir ihnen unsere Zustimmung glauben geben zu können. Wir glauben hiermit dem Vaterlande einen wesentlichen Dienst zu erweisen. (Bravo! im Zentrum. Lachen links.)

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.):

Meine politischen Freunde werden die Beschlüsse der zweiten Lesung nicht annehmen. (Bravo! links.) Wir bedauern das im Interesse des Landes. Wir erkennen an, daß die Beruhigung im Lande um so gewisser und besser eintreten wird, je größer die Basis ist, auf der das Gesetz zustande kommt. Daß eine Verständigung nicht möglich ist, liegt aber m. E. daran, daß die Regierungsvorlage in ihr Gegenteil gekehrt worden ist. (Sehr wahr! links.) In die Regierungsvorlage hätte sich mühelos die geheime Wahl einfügen lassen (Sehr wahr! links), und nur bei der direkten Wahl ist es möglich, die geheime wirklich zu sichern. (Wiederh. Zustimmung links.) Es ist aber natürlich unser Wunsch, die geheime Wahl, wenn wir sie einführen, auch im vollem Umfange verwirklicht zu sehen. Wenn also für uns eine Kombination der geheimen und indirekten Wahl in Frage kommen sollte, so müßte die Wirkung der indirekten Wahl erheblich abgeschwächt werden. Unsere dahinzielenden Anträge sind aber abgelehnt worden. Sollten neue Vorschläge kommen, so werden wir sie nach bestem Gewissen zu prüfen haben.

Ich glaube, die Herren Konservativen täuschen sich über die Wirkung, welche die Kombination der indirekten und geheimen Wahl haben wird. Man wird einsehen, daß die geheime Wahl wenig nützt und die ganze Stoßkraft der Agitation wird sich gegen die indirekte Wahl wenden, so daß es nur eine Frage der Zeit sein kann, wie lange die Beseitigung auf sich warten läßt. (Sehr wahr! links.)

Unser sogenannter Linksmarsch ist ja manchen Parteien im Lande sehr willkommen. An diese Vorwürfe haben wir uns allmählich gewöhnt. Man sollte aber beachten, daß wir vor allem in der Wahlrechtsvorlage sehr wesentlich von den Parteien abweichen, denen wir uns angeblich in die Arme stürzen. (Lebh. Zustimmung bei den Natl.) Schrieb doch sogar die Kölnische Volkszeitung von einem Block der Linken unter Bassermanns Führung. (Große Heiterkeit.) Wer das Haus kennt, weiß daß das der barste Unsinn ist. (Lebh. Zustimmung.) Wer nur die geringste Ahnung von Politik hat, weiß, daß eine Verständigung zwischen uns und den Sozialdemokraten gerade in der Wahlrechtsfrage ganz und gar unmöglich ist. (Lebh. Zustimmung bei den Natl.) Daß aber die Kreuzzeitung es so hinstellt, als ob die Notiz der „K. V." richtig sei, das halte ich für außerordentlich bedauerlich im Interesse des Zusammenarbeitens mit den Konservativen. (Beifall bei den Natl.)

Inzwischen ist ein Antrag Arendt (freikons.) eingegangen, der die Drittelung über die ganze Gemeinde einführen will.

Abg. Freiherr v. Zedlitz (freikons.):

Auch wir werden unbeirrt durch die Kritik der großen Massen und der Presse den Weg gehen, den Pflicht und Vaterland uns weisen. Der weitaus größte Teil meiner Freunde steht noch heute auf dem Standpunkt der öffentlichen Wahl. Durch die Wendung, die die Dinge genommen haben, ist aber die öffentliche Wahl definitiv ausgeschaltet. (Sehr richtig! links.) Deshalb mußten wir uns auf den Standpunkt stellen: indirekte und geheime Wahl, öffentliche Wahl der Abgeordneten. Die geheime Wahl begünstigt zweifellos die Sozialdemokratie und danach die Polen. (Widerspruch im Zentrum.) Der Einfluß der katholischen Geistlichkeit auf die Wahlen wird ganz außerordentlich gestärkt, und das wird sich auch im Kampfe der Polen gegen das Deutschtum fühlbar machen. Genau in derselben Richtung wirkt die Drittelung nach Urwahlbezirken, sie gewährt in künstlicher Weise gerade den Teilen der Bevölkerung einen über das Maß der Steuerleistung hinausgehenden Einfluß, welche der Fahne der Sozialdemokratie folgen, oder in den gemischtsprachlichen Gebieten der polnischen Bevölkerung angehören. Die Drittelung nach Urwahlbezirken verschärft daher die schädlichen Folgen der geheimen Abstimmung. Sie zu beseitigen, liegt im dringendsten Interesse der Erhaltung des Dreiklassenwahlrechts. Indessen, wir sind nicht im Zweifel darüber, daß gegenwärtig keine Aussicht vorhanden ist, die Drittelung nach der Gemeinde durchzusetzen. Wir wären deshalb bereit, einem Antrag zu folgen, der ein Mittelding zwischen der Drittelung nach Stimmbezirken und nach Gemeinden zeigt, und wollen gerne, da Herr v. Heydebrand dazu seine Bereitwilligkeit erklärt hat, mit ihm in Verhandlungen über die mittlere Linie eintreten. So großen Wert wir auch auf eine möglichst große Mehrheit legen, so müssen wir doch, wenn unsere aus konservativem Standpunkt hergeleiteten Bedenken unberücksichtigt bleiben, gegen das Gesetz stimmen. (Lebh. Beifall rechts.)

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg:

Die Königliche Staatsregierung ist von der Auffassung ausgegangen, daß an dem System des abgestuften Wahlrechts grundsätzlich festgehalten werden muß und das direkte und geheime Wahlrecht gleichzeitig nicht gegeben werden kann. Aus den von mir bereits dargelegten Gründen hat sie sich dahin entschieden, die direkte Wahl einzuführen, die Oeffentlichkeit der Wahlhandlung aber aufrecht zu erhalten. Die Regierung hält diese Lösung auch heute noch für die zweckmäßigste.

Wenn sich indessen eine erhebliche Mehrheit dieses Hauses dahin entscheidet, die indirekte Wahl zu erhalten und die geheime Stimmabgabe für die Wahlmännerwahlen vorzusehen, so wird die Königliche Staatsregierung diese Lösung annehmen, ohne sich im übrigen an alle Einzelheiten des Entwurfs in seiner jetzigen Gestalt zu binden. (Bravo! rechts und im Zentrum, Lachen links.)

Abg. Fischbeck (Fortschr. Volksp.):

Wir meinen, daß diese Vorlage **abzulehnen ist** und wir haben die Gesamtheit unserer Wähler hinter uns. Dabei nehmen wir in Anspruch, daß unsere Wähler gute preußische Patrioten sind. Alle unsere Anträge, dem Wahlrecht den plutokratischen Charakter zu nehmen, sind abgelehnt worden. Die Privilegierung der Inhaber von Reifezeugnissen halten wir für keine Verbesserung, sondern für eine Verschlechterung des bestehenden Wahlrechts. (Sehr richtig! links.) Man wird dem Volke nicht die Ueberzeugung ausreden können, daß es sich bei der Verknüpfung der geheimen Wahl mit der indirekten um weiter nichts handelt, als darum, die Wirkung der bisherigen öffentlichen Wahlen aufrecht zu erhalten und den Volkswillen einzudämmen. (Sehr richtig! links.) Das Volk sieht in dieser Vorlage **nicht die Erfüllung der in der Thronrede feierlich angekündigten Reform.** (Sehr richtig! links.) Den Schaden wird nicht das Volk haben **sondern die Regierung.** (Sehr richtig! links.) Die Erklärung des Ministerpräsidenten hat soeben wieder gezeigt, wie in einer wichtigen Frage die Autorität der Regierung an dem Verhalten der Konservativen Schiffbruch gelitten hat. (Sehr richtig! links.) Diese Vorlage könnte jetzt ebenso gut lauten: Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden, geben Konservativen und Zentrum das Recht, das Wahlrecht zu gestalten, wie sie es wollen. (Sehr gut! links.) **Eine Beruhigung des Volkes wird auf diese Art nicht erreicht.** Wir aber werden den Weg des Rechtes weitergehen, wir werden im nächsten Jahre einen neuen Antrag in dieser Richtung vorlegen und nicht ruhen, bis ein Wahlrecht zustande kommt, das unseren Forderungen entspricht. (Lebh. Beifall links.)

Abg. v. Jazdzewski (Pole)

erklärt, daß seine Freunde als Anhänger der geheimen und direkten Wahl die Vorlage ablehnen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Das preußische Wahlrecht, wie es nach der Kompromißvorlage sein wird, ist schlechter als das Wahlrecht der russischen Duma. Aber sogar die Partei, die stets hier als ein Fels gegolten hat, an dem alle Umsturzfluten abprallen sogar die Konservativen sind nun in Unsicherheit geraten, eine Unsicherheit, die fast einzig in der Weltgeschichte dasteht und sich vielleicht nur vergleichen läßt mit der Unsicherheit der Vorfahren der preußischen Herren Junker in den Zeiten von Jena und Auerstedt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) **Ich bezweifle, daß die Regierung und die Führer der großen Parteien den Ernst der Situation** erkannt haben, wie sie das versichern. Sie sehen nicht, daß es sich um eine **allgemeine innere politische Krise von größter Bedeutung handelt.** (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sie sehen nur den Ernst einer verzwickten parlamentarischen Situation.

Bei dem Handelsgeschäft, welches jetzt hier so eifrig betrieben wird, daß man meinen kann, an der Börse zu sein (Sehr gut! b. d. Soz.), sind wir nicht beteiligt. Das will ich Herrn Dr. Friedberg gerne bestätigen, daß die Behauptungen über ein geschäftsmäßiges Zusammenarbeiten zwischen seiner Partei und der meinen völlig aus der Luft gegriffen sind. Im Namen der **Millionen, die draußen im Lande hinter uns stehen** will ich Sie noch einmal warnen vor dem letzten gewagten Schritt, den Sie zu tun im Begriff sind. Die Thronrede verhieß eine organische **Fortentwicklung des Wahlrechts** entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung, des politischen Verständnisses und der Verstärkung des staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls. Wenn man diese Worte in einem verständigen Sinne auffaßt, so müssen die Herren, die hier die Mehrheit bilden, ihres Mandats verlustig gehen, denn alles das, was die Thronrede als Voraussetzung für die Ausübung des Wahlrechts gelten läßt, insbesondere das politische Verantwortlichkeitsgefühl, trifft viel mehr für die breiten Volksmassen zu; den Herren der Rechten aber streiten wir es mit allem Nachdruck ab. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sie handeln nicht wie Männer, die sich ihrer politischen Verantwortung bewußt sind. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sie treiben das Volk, indem Sie an Ihren Privilegien halsstarrig festhalten, in die schwerste innere Krise. Sie dienen Sie gewiß nicht dem Heil des preußischen Volkes. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Das Fazit der zweiten Lesung ist nicht wesentlich verschieden von dem Ergebnis der Kommissionsberatung. Das Dreiklassenwahlrecht bleibt, der Geldsack regiert nach wie vor. Das Recht, in der ersten Klasse zu wählen, ist eine Prämie auf die Ausbeutung der Mitmenschen. Darin dokumentiert sich die gottgewollte Nächstenliebe! Der Terrorismus wird außerdem aufrecht erhalten. Und in alledem sehen Sie einen der „Fortentwicklung **des politischen Verantwortlichkeitsgefühls**" entsprechenden Fortschritt.

Die vom Zentrum ganz **aus freien Stücken in die Vorlage** hineingebrachte Privilegierung der Akademiker trifft gerade Kreise, die man nicht als politisch besonders tüchtig und reif bezeichnen kann. Es soll hier so eine Art Leibgarde der Hohenzollern privilegiert werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sie wissen ja, daß die Professoren so bezeichnet worden sind. Ich glaube nicht, daß die Zentrumsarbeiter dafür Verständnis haben.

Millionen von Menschen stehen, bildlich gesprochen, vor der Pforte dieses Hauses und harren des Rechts, das ihnen gewährt werden soll. **Hier drinnen aber wird gehandelt und geschachert um die Fraktionsinteressen.** (Lärm rechts und im Zentrum.) **Um einen Quark!**

Es ist eine wahre Trödelbude geworden, eine wahre Schacherbude, dieses Abgeordnetenhaus.

(Minutenlanger Lärm rechts und im Zentrum, auf der Rechten wird im Takte gerufen: Raus, raus!)

Vizepräsident Dr. Porsch (sehr aufgeregt):

Für diese unerhörte Beleidigung des Abgeordnetenhauses rufe ich Sie zur Ordnung. (Stürmisches Bravo rechts und im Zentrum, die Rechte ruft weiter: Raus, raus! **Unverschämtheit! Rufe bei den Sozialdemokraten: Zur Ordnung!**)

Abg. Dr. Liebknecht:

Ich habe wiederholt gehört, daß mir das Wort Unverschämtheit zugerufen wurde. (Die Rechte ruft weiter im Takte: Raus, raus!)

Vizepräsident Dr. Porsch:

Hätte ich das gehört, würde ich es sicher gerügt haben. (Erneute Rufe rechts: Raus mit dem Kerl!) Ich bitte dringend um Ruhe. Ich kann es ja vollständig verstehen, daß die Herren sehr erregt sind, aber ich muß doch bitten, dem Redner Gehör zu verschaffen. (Rufe rechts: Wir wollen ihn gar nicht hören!)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) fortfahrend:

Auf die Dauer wird es unmöglich sein, ein innerlich von der Tyrannei der herrschenden Klassen längst befreites und seiner selbst bewußtes Volk gegen seinen eigenen Willen zu regieren. Meinem Parteifreund Hirsch hat man einen schweren Vorwurf daraus gemacht, daß er das Wort „leider" dazwischen warf, als man von der Vormachtstellung Preußens im Reiche sprach. Mancher große deutsche Mann hat ähnlich gedacht. Von Herwegh will ich nicht sprechen. Aber ein Winkelmann ist es gewesen, der sagt: „Auf Preußen drückt der größte Despotismus, der je erdacht ist. (Lachen rechts.) Ich denke mit Schaudern an dieses Land." (Lärm und Lachen rechts, Rufe: Ist schon lange her!) Es ist aber nicht besser geworden seitdem. Und kein anderer als Lessing hat Preußen das sklavischste Land der Erde genannt. (Rufe rechts: Ist schon 150 Jahre her!) Nun, auch heute haben manche Leute, die Sie als Leuchten der Wissenschaft und Kunst bezeichnen, ähnliche Urteile über Preußen gefällt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sitzung vom vergangenen Freitag hat blitzartig die Stellung der Konservativen zur Wahlrechtsreform enthüllt. Sie hat gezeigt, daß sich die Herren absolut nicht sicher und nicht wohl fühlen in ihrer Haut. Die Sehnsucht der Konservativen und der Herren vom Zentrum nach der Mitarbeit ihrer Feinde, der Nationalliberalen (Heiterkeit) ist nichts anderes, als **die Sehnsucht nach weiteren Mitschuldigen an dieser Schandtat.** (Lärm rechts und im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Krause:

Wegen dieser Beleidigung großer Parteien rufe ich Sie zur Ordnung. (Abg. v. Pappenheim (kons.) und Zentrumsabgeordnete rufen: Das zweitemal!) **Ich mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam.**

Abg. Dr. Liebknecht (fortfahrend):

Die Herren denken offenbar, daß gemeinsame Schuld nur halbe Schuld sei. Ihr Liebeswerben um die Nationalliberalen erinnert lebhaft an das jetzt überall gesungene Lied:

Man steigt nach, man steigt nach,
Und das hilft, und das hilft, dann und wann.

(Heiterkeit.) Bisher hat es noch nicht geholfen, vielleicht wird es aber noch helfen. Wir wollen jedenfalls für die Herren Nationalliberalen nicht die Hand ins Feuer legen. Jedoch scheint es erfreulicherweise, daß sie bei ihrer Stellungnahme bleiben wollen.

Was die Herren von der Regierung anbelangt, so wundert mich nur, daß sie überhaupt noch da sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ueberall herrscht also Unsicherheit. Auch die Freikonservativen waren neulich mal für das Kompromiß, heute sind sie mal wieder gegen das Kompromiß. Ein reines Würfelspiel. Bei dieser allseitigen Unsicherheit müßte das Zentrum, wenn es ihm ernstlich um die Durchführung seiner programmatischen Wahlrechtsreform zu tun wäre, die Gelegenheit ausnützen. Diese Forderungen wären mit der Linken zusammen zweifellos durchgesetzt worden. Statt dessen hilft es bei der Durchpeitschung, die in Wahrheit nichts anderes ist als eine Flucht vor dem Volke! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Lachen im Zentrum.) Sie meinen nun, **wenn Sie diese Beute eingesackt haben,** so wird es ruhig werden innerhalb dieses Hauses. (Lärm im Zentrum.) **Das ist aber eine kleine Täuschung.** In der Zentrumsarbeiterschaft gärt und brodelt es. Von den Zentrumsabgeordneten wird man Rechenschaft fordern. **Man wird nicht verstehen, daß die hier sitzenden Zentrumsarbeiter** hier nicht mit der Faust auf den Tisch schlagen und das Tischtuch zwischen sich und der Fraktion zerschneiden.

Der Tag der Rache und Vergeltung wird kommen, [illegible] gericht wird Sie treffen an Haupt und Gliedern. [illegible] mentarischen Sieg können Sie hier erfechten, aber [illegible] teuer zu stehen kommen. Mit uns rufen die Millionen [illegible] draußen: **Trotz alledem, der Kampf geht weiter!** (Bravo! [illegible] Sozialdemokraten, Lärm und Lachen rechts.)

Abg. Dr. Bell (Zentr.):

Es ist unter meiner Würde, auf die Rede zu antworten (Bravo! im Zentrum und rechts), aber die Rede regt die Frage an, ob wir [illegible] lichen Parteien uns einen solchen Ton auf die Dauer gefallen lassen sollen. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) [illegible] des Abg. Liebknecht hörte, glaubte ich, der sozialdemokratische [illegible] der allen 20jährigen Weiblein das passive Wahlrecht geben [illegible] schon durchgeführt. (Johlende Heiterkeit im Zentrum und [illegible]) Alle Versuche anderer Parteien, unsere Wähler übers Ohr zu [illegible] werden an der Treue und Aufklärung unserer Wähler [illegible] (Stürmische Heiterkeit links.) Uns leiten nur sittliche [illegible] (Lachen links.) Wir sind stolz darauf, an der Erfüllung eines [illegible] werts mitgewirkt zu haben. (Beifall im Zentrum.)

Damit schließt die Generaldebatte. Es [illegible] Spezialberatung. Zu fast allen Paragraphen [illegible] tionelle Abänderungsanträge vor, die sämtlich abgelehnt werden.

Es kam noch zu einer größeren Auseinandersetzung [illegible] (Anrechnung der Steuer bei der Abteilungsbildung). [illegible] konservativen verlangen Drittlung der Steuern nicht nach den [illegible] bezirken, sondern **nach ganzen Gemeinden.** Hierdurch soll [illegible] werden, daß in einzelnen Bezirken die unbemittelten Wähler [illegible] zweite und erste Klasse gelangen können. Abg. v. Zedlitz [illegible] erklärte, bei Nichtannahme dieses Antrags würde seine Partei [illegible] das ganze Gesetz stimmen. Die Deutsch Konservativen lehnten [illegible] diesen Antrag ab, weil sie wiederum auf das Zentrum Rücksicht nehmen mußten, das unbedingt die Drittlung in Urwahlbezirken [illegible]

Der Rest des Gesetzes wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Ueber das Gesetz im ganzen wird auf [illegible] lichen Antrag namentlich abgestimmt. Das Gesetz wird mit 2[illegible] 168 Stimmen angenommen. Es stimmen dafür geschlossen [illegible] trum und die Konservativen mit Ausnahme der Abgg. v. [illegible] v. Dasler, Krüger-Marienburg, v. Jagow und v. Wenzel. [illegible] stimmen die Freikonservativen mit Ausnahme der Abgg. v. [illegible] Colborn und Dr. Schrock, geschlossen die Nationalliberalen, die [illegible] schrittliche Volkspartei, die Polen und die Sozialdemokraten.

Die Resolutionen der Nationalliberalen auf [illegible] Abgeordneten nach Maßgabe der veränderten wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse, der Volkspartei auf Aenderung der [illegible] auf Grund der letzten Volkszählung und der Sozialdemokraten [illegible] Herabsetzung des Wahlberechtigungsalters auf 20 Jahre für [illegible] Geschlechter werden abgelehnt.

Hierauf vertagte sich das Haus bis zum 7. April. Am 12. [illegible] soll die durch die Verfassung vorgeschriebene dritte Lesung der [illegible] lage erfolgen. **Dann geht der Entwurf an das Herrenhaus.**

* * *

Polizeiliche Nervosität.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Berliner [illegible] befürchtet für den 18. März Massendemonstrationen [illegible] bunden mit Arbeitsruhe. Man nimmt an, [illegible] geheime Ordre die Massen nach einem bestimmten [illegible] dirigiert werden, um dort einen März- und Wahlrechts[illegible] gang zu machen. Aus diesem Anlaß sollen die neuen [illegible] an die Polizeimannschaften verteilt werden. Auch [illegible] Absicht, am 18. März das gesamte Militär in den [illegible] konsigniert zu halten.

Wir können dazu mitteilen, daß die Befürchtungen [illegible] Polizei vollständig grundlos sind. Die Vorbereitungen zum Straßenkampf sind sonach völlig überflüssig und [illegible] höchstens, daß man an gewissen Stellen jede ruhige [illegible] legung eingebüßt hat.

*

Die Justiz am Werke.

Der Spaziergang im Tiergarten und nach Treptow [illegible] 6. März hat 71 Straffälle gezeitigt: 25 Vergehen und [illegible] tretungen sind in Berlin und 14 Vergehen und 7 Uebertretungen in Treptow zur Anzeige gekommen; die Straftaten [illegible] Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beleidigung, [illegible] befolgung polizeilicher Maßnahmen und groben Unfug [illegible] gangen sein.

Wegen der Vorfälle in Neumünster am 13. [illegible] ist gegen zehn Personen, darunter zwei Frauen, Anklage [illegible] hoben worden, die jetzt die Anklageschrift erhalten [illegible] Während es aber früher hieß, daß Anklagen wegen [illegible] und Landfriedensbruchs erhoben werden sollten, [illegible] Anklage nur auf Beihilfe und gegen einige der Angeklagten auf Uebertretung des Vereinsgesetzes und Widerstand.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag erledigte am Mittwoch zunächst [illegible] Etats des Auswärtigen Amts. Es gab dabei [illegible] heftigen Zusammenstoß zwischen dem Antisemiten Liebermann von Sonnenberg und dem Reichskanzler, der zum ersten [illegible] unter dem Beifall der Linken sprach und dessen Ausführungen auch unsere Partei ihre Anerkennung nicht versagte. [illegible] könnte Bethmann-Hollweg in diesem Falle höchstens vorwerfen, daß er den antisemitischen Klopffechter überhaupt einer [illegible] Erwiderung würdigte. Von unserer Seite legte Genosse David noch einmal klipp und klar unsere Stellung [illegible] Streit zwischen dem Auswärtigen Amt und den Chauvinisten dar. Wir wissen sehr wohl, daß auch die auswärtige Politik ein Teil der rückständigen Gesamtpolitik Deutschlands ist. [illegible] Arbeiterschaft hat genug Beschwerden gegen das Auswärtige [illegible] wo es sich aber um entschlossene Abwehr frivoler chauvinistischer Umtriebe handelt, wird die Sozialdemokratie ihre Unterstützung nicht versagen.

In der sehr ausgedehnten Spezialdebatte rügte Genosse Scheidemann, dem in diesem Falle auch der Freisinnige Heckscher ziemlich energisch beisprang, das geradezu [illegible] Verfahren eines deutschen Konsuls in Brasilien gegen deutsche Arbeiter, die durch trügerische Versprechungen nach dort [illegible] worden sind.

Aus der Beratung des Reichsschatzamts wurde [illegible] Veteranen- und die Cosingerstenfrage ausgeschieden, die [illegible] Ostern besonders behandelt werden sollen. Den Unfug, den [illegible] Agrarier mit den Einfuhrscheinen treiben, geißelte Genosse Stolle, während Genosse Molkenbuhr unsere Resolution auf Erhöhung der für die durch die famose Reichsfinanzreform geschädigten Tabakarbeiter ausgesetzten Summe begründete. — Man denkt in dieser Sitzung mit der zweiten Lesung fertig zu werden und am Donnerstag in einer gewaltigen Dauersitzung die dritte Lesung zu erledigen.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100317/2
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Parlamentarisches.

Der Reichstagskommission zur Vorberatung der Strafprozeßordnung hat die Fortschrittliche Volkspartei eingebracht. Der erste erstrebt die Berechtigung ordneten zur Zeugnisverweigerung in stellen, die ihnen als Abgeordnete bekannt geworden sind. soll als Zusatz im § 48 der neuen Strafprozeßordnung sein. Der zweite Antrag bezieht sich auf die Sicherung des Wahlgeheimnisses. Und zwar soll in einem neu bestimmt werden: „Kein Zeuge darf über Tatsachen die darauf schließen lassen, für wen er bei geheimer bei Wahlen für Staat und Gemeinde gestimmt hat." Antrag (Dissidenteneid) geht dahin, dem § 62 zu geben: „Auf Antrag des Zeugen geschieht die in der Weise, daß der Richter an den Zeugen die Worte schwören, nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt verschwiegen zu haben" und daß der Zeuge hierauf die (Eidesformel): „Ich schwöre es."

Geschäftsordnungskommission des Reichstags Mittwoch nach einem Antrage der Nationalliberalen, daß pellationen nur an den Reichskanzler gerichtet werden Der Reichstag kann den Termin der Behandlung der Inter schlagen, falls eine Verzögerung der Antwort um mehr als eintritt. Die Beschlußfassung über die Frage, ob An Anschluß an die Interpellationen gestellt werden dürfen, vertagt.

Gesetzentwurf zur Ausführung der revidierten Uebereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur ist dem Reichstage zugegangen. Die Aenderungen, die Internationalen Konvention vorgenommen worden sind, in der Hauptsache einen erhöhten Schutz der und pantomimischen Werke und der Werke der gegen mechanische Wiedergabe, ferner eine Beschränkung von Zeitungsartikeln auf den Abdruck in anderen und Bestrafung der Richtangabe der Quelle. Außerdem revidierte Uebereinkunft die Dauer des Schutzes nach dem Urhebers grundsätzlich auf 50 Jahre fest. Die Beibehaltung Schutzfrist ist den Verbandsstaaten aber unbenommen. verzichtet auch der Entwurf des Bundesrats auf die der Schutzfrist auf 50 Jahre, sondern läßt es bei einer 30 Jahren.

Die konfiszierliche Märzzeitung.

Auch die Polizei in Frankfurt a. M. übt sich weiter mit und Pflicht in dem Werke, Preußen vor dem Umsturz retten. In der Buchhandlung Volksstimme ist eine Exemplare der Wiener Märzzeitung konfisziert worden, weil darin ein Farbendruck aus dem Jahre reproduziert wurde, der die große Barrikade nächst der kirche in der Jägerzeile unter dem Befehl des Generals wiedergab. Diese polizeiliche Beschlagnahme ist gericht bestätigt worden. In dieser Reproduktion eine „Aufforderung zum Ungehorsam und eine Anreizung Gewalttätigkeiten" zum Ausdruck kommen. Die bildliche lung eines geschichtlichen Vorgangs ist demnach in den der polizeilichen und der ersten gerichtlichen Instanz staatsgefährliche und strafwürdige Handlung. Noch polizeigenialer würde es sein, einfach jede Geschichtsung der Vorgänge von 1848 zu verbieten.

Borniertheiten.

Den gewerbsmäßigen Scharfmachern ist jede Art Sozialgesetz ein Greuel und mit allen Mitteln wird dagegen Sturm ge Besonders ist es der schüchterne Versuch der bayrischen ung auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, Wut des Scharfmachertums hervorgerufen hat. beschäftigte sich eine Versammlungen der Innungsschüsse des Kreises Schwaben in Augsburg mit der Frage. fabrikant Roth referierte im Stile des Reichsverbandes Arbeitslosenversicherung. „Eine Versicherung gegen Arbeits durch Staat oder Gemeinde würde den Sparsinn der töten. Der Arbeiter müsse sich selbst helfen." Die Ausungen des Redners fanden natürlich bei den Zünftlern unge Beifall. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, verlangt wird, jede Art von Arbeitslosenverung, sei sie vom Reich, Staat oder Kommune, abzu Die Stadtverwaltung Augsburg wird gebeten, weder Ratschlägen der Staatsregierung zu folgen, dem Drängen der Gewerkschaften nach Einung einer Arbeitslosenversicherung durch die einde nachzugeben.

Weiter behandelte die Versammlung die von der Reichsung in Vorlage gebrachte Reichsversicherungsung. Auch diese sei strikt abzulehnen, „da das Hand eine weitere Belastung durch sozialgesetzgeberische Maßnahmen vertragen könne".

Der deutsch-bolivianische Handelsvertrag. Die Ratifikationsden des deutsch-bolivianischen Handelsvertrages sind am 15. März Paz ausgewechselt worden. Der Vertrag tritt zehn Tage nach der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Die „faulen Köpfe". Der antisemitische Abgeordnete Werner vor kurzem in Potsdam eine Versammlung abgehalten, um die Organisation wieder einigermaßen zusammenzuleimen. Das burger Antisemitenblatt bemerkt dazu:

„.... Vor allen Dingen sollte man dort die „faulen Köpfe" zu Paaren treiben, welche die ganze Bewegung durch ihre faulen Geschäfte zugrunde gerichtet haben."

Es fragt sich nur, ob überhaupt noch jemand übrig bleibt, wirklich alle antisemitischen „faulen Köpfe" zu Paaren ge werden!

Der neugierige Landrat. Die Northeimer Neuesten Nachrichten berichten ein schönes Exempel von dem Wissensdurst eines schen Landrats. Das Blatt richtet unterm 8. März an den heimer Landrat folgende Anfrage:

„Dem Verlag der Northb. N. N. ist zur Kenntnis gekommen, auf Veranlassung des Landrats in den Ortschaften durch liche Organe festgestellt wird, wieviele Northb. N. N. onniert sind und von wem sie gelesen werden. In hausen zum Beispiel war es der Gendarmerie-Wacht Runge, der in seiner Eigenschaft als Polizeibeamter des Kreises Northeim unseren Boten danach befragte. Wir richten an Geheimrat Landrat Krichelsdorff die öffentliche Anfrage, welchem Zweck die Nachforschungen angestellt wurden, und bitten Beruhigung unserer Leser um Auskunft."

Die Northb. N. N. sind ein nationalliberales Organ, den rein bündlerische Tendenzen verfolgenden Kreisblatt unbe zu werden anfängt. Vielleicht erscheint nächstens „auf Verfügung des Landrats" ein Ukas im Jagowstil, durch den die des Herrn Landrats gewarnt werden, andere Geistes als die kreisblättliche zu sich zu nehmen.

Kleine politische Nachrichten. Lord Cawdor erklärte in gelegentlich einer Rede über das Anwachsen der schen Flotte, Großbritannien dürfe es in Zukunft niemals kommen lassen, im Bau von Schiffen etwas nachholen zu — Die belgische Regierung hat im Hinblick auf den französischen Zolltarif bei der Kammer eine Erhöhung Zölle beantragt. Der Zoll für Schaumweine wird auf Frank, für andere Weine auf 80, für Liköre auf 500 Frank pro, für Parfümerien auf 25 Proz. und für Seide auf 20 Proz. des Fakturenwerts erhöht. — Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters ist der frühere Sekretär Poitel des Liquidators Duez unter der Anklage, 30 000 Frank veruntreut zu haben, verhaftet worden. — In einer zum Protest gegen die Rustschuker Ereignisse von Studenten einberufene Versammlung kam es in Sofia zu großen antimilitärischen Kundgebungen. Nach der Versammlung zogen die Teilnehmer vor das königliche Schloß. Die Menge wurde auseinandergetrieben, ohne daß ernste Verletzungen vorkamen. Abends wiederholten sich die Kundgebungen, wobei es wieder zu Zusammenstößen kam. Viele Personen wurden verletzt. Die Demonstranten verlangen den Rücktritt des Kabinetts. — Der russische Justizminister hat die Duma-Abgeordneten der Rechten, die in einem Gesuch um strafrechtliche Verfolgung der russischen Gruppe der Interparlamentarischen Union gebeten hatten, schriftlich benachrichtigt, daß in der Bildung einer besonderen Dumagruppe der genannten Union keine kriminell strafbare Handlung zu erblicken sei. Deshalb könne ihrem Gesuch auch keine Folge gegeben werden.

Zusammenbruch der österreichischen Beamtenwirtschaft.

-th- **Wien,** 16. März. Die österreichische Finanzwirrnis spottet jeder Beschreibung. Da steht der Finanzminister und verlangt vom Parlament die Ermächtigung zu einer Anleihe von 181 Millionen. Wofür? Das weiß er selbst nicht genau zu sagen. Es handelt sich größtenteils um Deckung von Auslagen, die während des Annexionsrummels gemacht wurden. Man denke: ein Jahr ist vergangen seit Erledigung der Annexionskrise und anderthalb Jahre seit deren Beginn. Und noch weiß kein Mensch, weder in Oesterreich, noch in Ungarn, wofür eigentlich die halbe Milliarde ausgelegt wurde und wie hoch sich in genauer Begrenzung die verausgabte Summe eigentlich beläuft. Auch anderwärts wird unbewilligtes Geld ausgegeben; man holt wenigstens nachträglich die Indemnität ein. Nun haben jedoch bei uns in Sachen des Heeres die Delegationen das Bewilligungsrecht, und diese sind seit zwei Jahren unter allerlei Vorwänden nicht mehr einberufen worden! Da indes die Delegationen bloß votieren und die beiden Staaten zahlen — so haben die Finanzminister der Kriegsverwaltung einfach vorgeschossen, was sie ansprach. Und fragt man Herrn Bilinski, zu welchem Zwecke, so erwidert er: es sei ihm gesagt worden, für Kanonen und Schiffe seien diese Summen nötig gewesen, kontrollieren könne er das nicht, man möge in den Delegationen vom Kriegsminister Rede und Antwort verlangen. Indessen seien die Staatskassen leer, müßten nachgefüllt werden, und gestattete man die Anleihe nicht sofort aufzulegen, so würde er bei hohem Zinsfuß kurzfristige Schulden machen müssen. Zuerst das Geld und dann vielleicht im Herbst oder Gott weiß wann die Begründung! Ende 1910 wird man sich über die Verausgabungen von 1908 unterhalten. Mit demselben Effekt könnten die Delegationen die Kosten der punischen Kriege in Erörterung ziehen.

Für so viel und so ausgesuchte Frechheit mußte der Regierung denn doch eine Lektion erteilt werden. Die Sozialdemokraten brachten einen Antrag gegen die beschleunigte Beratung der Anleihe ein und erzielten gegen die Regierung die Mehrheit. Man muß indes erwägen, daß über die Mißwirtschaft im Staate heute nur noch eine Stimme herrscht. Der Bankrott kündigt sich an allen Punkten an. Zuerst hat der Staat den Ländern die besten Einnahmequellen entzogen, alle arbeiten mit Defiziten und helfen sich jetzt, indem sie das Bier verteuern. Böhmen kann dies nicht, der Landtag ist gesperrt. Also tritt die Landesverwaltung einfach in Konkurs. Oder wie soll man es nennen, daß der Bau aller Bürgerschulen eingestellt wurde, desgleichen der Spitäler, und daß man sogar, um Verpflegungskosten zu ersparen — 280 Irre freiläßt! Sehe man nun den Staat selbst an! Sein Glück ist des Volkes Elend! Weil im vorigen Jahr die Ernte unergiebig war, an Weizen allein 44½ Million höhere Zollerträge eingenommen wurden: nur darum ist das Defizit nicht ins Tolle gewachsen. Im übrigen gleicht die Staatswirtschaft dem Gießen ins bodenlose Faß. Wir haben die Verstaatlichung der Bahnen im großen Stile durchgeführt, das Ergebnis ist: daß das Defizit der Staatsbahnverwaltung auf 100 Millionen emporschnellt. Die Nordbahn, eine der reichsten Bahnen Europas, hat im ersten Jahr ihres Betriebs Gewinn in Verlust verwandelt. Unbesonnene Investitionen, Vermehrung der Beamten an den unrechten Stellen, aber nach den Wünschen der sich bekämpfenden nationalen Cliquen, sind die offensichtigsten Ursachen. Dazu die schamloseste Liebesgabenpolitik. Die Branntweinsteuer fließt hauptsächlich in die Taschen der Grundbesitzer, um die abgekrachten galizischen Petroleumjobber zu retten, hat, wie Genosse Diamand jüngst nachwies, die Staatsbahnverwaltung Rohöl mit 2,80 Kronen statt zu dem Marktpreis von 80 Heller gekauft! Was kosten die Triester Hafenbauten, was die Kanäle, die man noch dazu nicht bauen wird, die aber in Vorspesen schon 50 Millionen verschlungen haben? Das waren Trinkgelder für unzufriedene nationale Parteien.

Dabei blüht die Protektion wie noch nie. Was in den Zentralämtern unnütze Protesser, Verwandte von hohen Beamten und Günstlinge von Abgeordneten herumsitzen, ist unbeschreiblich. In Galizien wieder ist in den unteren Rängen die Beamtenschaft, wie Diamand darlegte, auf russische Art korrupt, namentlich die Steuereinhebung ein freches Schachergeschäft. Die Dinge sind so arg geworden, daß selbst die Regierung nicht mehr aus und noch ein weiß, das völlige Versagen der Bureaukratie bekennt und vorschlägt, eine Verwaltungskommission zur Prüfung der nötigen Reformen einzusetzen. Sie will sich also selbst einen Vormund geben! Aber es wären nur neue „Esser" und das Ergebnis neue Gehälter und Pensionen. Man hat das Experiment schon vor dreißig Jahren bei völligem Mißlingen gemacht.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

Sitzung vom 17. März, vormittags 10 Uhr.

Am Regierungstische: Kultusminister Dr. Beck, Minister des Innern Graf Vitzthum.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung der Bericht der Gesetzgebungsdeputation über den Antrag Brodauf und Genossen (Fortschr. Volksp.) auf

Aenderung der Bestimmungen über die Ruhe an Sonn- und Feiertagen und über die geschlossenen Zeiten.

Die Deputation beantragt, die Staatsregierung zu ersuchen, die Verordnung über die geschlossenen Zeiten dahin abzuändern, daß die Tage vom Sonnabend vor dem Sonntage Palmarum bis mit dem 1. Osterfeiertage und die Tage vom 22. Dezember bis mit dem 1. Weihnachtsfeiertage als geschlossene Zeiten zu gelten haben. Ferner beantragt die Deputation gegen 2 Stimmen, die Staatsregierung zu ersuchen, eine Bestimmung dahin zu treffen, daß in der Karwoche Familienfestlichkeiten mit Tanz bis einschließlich Mittwoch vor Ostern erlaubt sind. — Bezüglich des Gesetzes über die Sonntagsruhe stehen sich ein Mehrheits- und ein Minderheitsgutachten gegenüber. Die aus Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten bestehende Mehrheit will Billard-, Kegel- und Kartenspiel und lärmenden Verkehr in Gast- und Schankhäusern an Sonntagen bis 6 Uhr ausgedehnt wissen, die aus den Konservativen bestehende Minderheit, der sich auch der Nationalliberale Dr. Löbner zugesellt hat, nur bis 2 Uhr morgens. Ferner beantragt die Deputation, die hierzu vorliegenden Petitionen durch diese Beschlüsse für erledigt zu erklären bezw. auf sich beruhen zu lassen.

Abg. **Hartmann** (natl.) begründet in längerer Weise die Deputationsanträge.

Minister des Innern Graf Vitzthum erklärt zugleich im Namen des Kultusministers Dr. Beck, daß die Regierung zu dem vorliegenden Antrage im allgemeinen den gleichen entgegenkommenden Standpunkt einnimmt, den sie bereits in der Deputation zum Ausdruck gebracht hat. Die Regierung ist bereit, die Verordnungen vom 11. April 1874 und 22. Januar 1900 einer Durchsicht daraufhin zu unterziehen, inwieweit diese Vorschriften eine Milderung erfahren können. Hinsichtlich der Verkürzung der stillen Zeit trägt die Regierung ebenfalls keine Bedenken, einer solchen näher zu treten, sie behält sich jedoch einen endgültigen Beschluß bis zur Stellungnahme beider Kammern vor. Dagegen trägt die Regierung Bedenken, der Zulassung von Tanzvergnügen in der Karwoche sowie an Sonntagen bis früh 6 Uhr stattzugeben. Sie ist der Meinung, daß eine derart ausgedehnte Benutzung der Nachtzeit vor Sonntagen zu Vergnügungen nicht im Einklang zu den Bedürfnissen und Gefühlen der christlichen Bevölkerung steht. Die Regierung wird noch in Erwägung ziehen, welche andere Stunde sich zur Festsetzung der Beendigung von Vergnügungen vor Sonntagen eignet.

Abg. Dr. **Spieß** (kons.) begründet das Minderheitsgutachten.

Abg. **Nitschke** (natl.): Meine politischen Freunde halten eine Neuregelung der in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen für notwendig, weil viele wirtschaftliche Gründe dafür sprechen. Die Mehrheit meiner Fraktionsfreunde wird für den Antrag der Deputationsmehrheit eintreten.

Abg. **Brodauf** (Fortschr. Volksp.): Der Deputationsantrag geht nicht so weit, wie wir gewünscht haben, trotzdem werden wir dafür stimmen. Wenn der kirchliche Sinn zurückgegangen ist, so muß man sagen, trotz der Bestimmungen, die für eine Erhaltung des kirchlichen Sinns getroffen worden sind.

Abg. **Riem** (Soz.):

Wir haben in der Deputation denselben Standpunkt vertreten, den wir schon bei der ersten Beratung im Plenum eingenommen haben. Wir haben die gänzliche Aufhebung der stillen Zeit beantragt, da wir der Meinung sind, daß eine solche überhaupt nicht nötig ist. Mit der Religion hat diese Sache überhaupt nichts zu tun. Wir haben die Aufhebung der stillen Zeiten mit Rücksicht auf die prekäre Lage der Interessentenkreise beantragt, sind aber dann, als unser Antrag abgelehnt wurde, und um wenigstens etwas für jene Erwerbskreise zu tun, für den am weitgehendsten Antrag, den des Berichterstatters (Beschränkung der stillen Zeit vor Ostern auf drei Tage) eingetreten. Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt, so daß schließlich nichts weiter übrig blieb, als für den Deputationsantrag einzutreten. Wir betrachten denselben aber nur als Abschlagszahlung und glauben, daß mit der längst überlebten stillen Zeit endlich ganz aufgeräumt werden wird. Wahre Religion ist nicht an die Zeit gebunden. Die Regierung will aber nicht einmal auf eine Beschränkung der geschlossenen Zeiten auf die Zeit von Sonnabend vor Palmarum bis zum 1. Osterfeiertage zukommen. Das ist bedauerlich im Interesse der Erwerbsstände. Für die Kellner und Zivilmusiker wird die stille Zeit zu einer unfreiwilligen Fastenzeit. Unverständlich ist es auch, daß die Regierung sich zur Ausdehnung der Vergnügungen bis 6 Uhr an Sonntagen ablehnend verhält. Für die kleinen Leute ist der Sonnabend der einzige Tag, an dem sie Vergnügungen besuchen können, weil sie Sonntags nicht arbeiten brauchen. Darum sollte man ihnen diesen Tag nicht derart verkürzen, daß die Abhaltung von Vergnügungen an Sonnabenden überhaupt unmöglich wird. Es liegt also auch hier eine Beeinträchtigung der ärmeren Kreise vor. Die Regierung bietet somit herzlich wenig. Weite Kreise werden von der Haltung der Regierung, der Konservativen und auch der Nationalliberalen, die nicht einmal so weit gehen wollten, als es anfänglich der Berichterstatter beantragte, nicht erfreut sein.

Wenn man sich sonst immer als Freund des Mittelstandes und insbesondere der Saalbesitzer geriert, dann soll man bei passender Gelegenheit auch diese Freundschaft beweisen, dann sollen sie vor allem auch gegen den Boykott dieser Leute vorstellig werden. Stellen die Wirte allen Parteien ihre Säle zur Verfügung, dann kommen die bürgerlichen Parteien und bedrohen sie mit dem Boykott, wie dies jetzt erst wieder in Mutzschen vorgekommen ist. Ganz besonders erinnere ich an das Militärverbot, das direkt ungesetzlich ist, aber das Militär darf sich schon so etwas erlauben. Unsere Stellung ist jedenfalls klar und wird im Lande verstanden werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Horst** (kons.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Dr. Spieß an.

Weiter sprechen noch die Abgg. Kockel (kons.), Dr. Hähnel (kons.) und Dürr (freikons.)

(Die Verhandlungen dauern bei Schluß der Redaktion fort.)

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 18. März 1910.

Lebhafte nordwestliche Winde; wolkig bis bedeckt; kühl; zeitweise Niederschlag.

Dresdner Polizeibericht vom 17. März.

Am 15. März nachmittags gegen 5 Uhr ist einem ersatzpflichtigen Kutscher von einem Rollwagen eines hiesigen Transportgeschäfts in Altstadt eine Kiste, gezeichnet St. 1428, 31 Kilogramm schwer, enthaltend 3000 Zigarren in 100-Stück-Kistchen, Marke „Samarita", abhanden gekommen. Sachdienliche Wahrnehmungen werden an die Kriminalabteilung erbeten.

Aus noch unbekanntem Grunde schoß sich am Mittwoch mittag in der Wohnung seines Freundes auf der Schloßstraße ein 19jähriger Musiker aus einem Revolver eine Kugel in den Kopf. Eine Stunde später verstarb der Lebensmüde im Stadtkrankenhaus.

Letzte Telegramme.

Sozialdemokratischer Wahlsieg.

Flensburg, 17. März. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl wurden zum ersten Male zwei Sozialdemokraten gewählt. Sie siegten mit einer Majorität von 200 Stimmen.

Die Lehrermaßregelungen in der Bremer Bürgerschaft.

Bremen, 17. März. In der gestrigen Sitzung der Bremer Bürgerschaft fanden aus Anlaß der **Beratung des sozialdemokratischen Antrages** wegen der Lehrermaßregelungen Tumultszenen statt. Die bürgerliche Mehrheit ließ jedesmal das Fallbeil der Schlußbeantragung fallen. Der Präsident ließ die Tribünen räumen.

Rustschuk.

Sofia, 17. März. Das Begräbnis der Opfer der Rustschuker Tragödie fand unter Beteiligung einer ungeheuren Menschenmenge ohne Zwischenfall statt. Der Rustschuker Metropolit, der Exminister Panajodow und andere Persönlichkeiten hielten Grabreden, wobei die Redner das Vorgehen der Behörde und des Militärs streng verurteilten. Zahlreiche Teilnehmer an der Leichenfeier wurden gemaßregelt. Alle Beamten, die ihr beiwohnten, wurden strafweise entlassen und viele Gymnasialschüler aus den Schulen ausgeschlossen. Wegen dieser strengen Maßnahmen der Behörde herrscht unter der Bevölkerung Rustschuks große Aufregung. Nach den Behauptungen der Presse soll das Militär in bestialer Weise gegen die Volksmenge, sogar gegen Frauen und Kinder, vorgegangen sein. Von den Verwundeten zeigen viele sehr schwere Verletzungen. Der Zustand einzelner Verwundeter läßt keine Hoffnung, sie am Leben zu erhalten. Die Blätter veröffentlichen haarsträubende Einzelheiten über das Renkonter, wodurch die allgemeine Erregung der Bevölkerung noch gesteigert wird. Während die Kavallerie die Volksmenge attackierte, die sich mit Karnevalsvergnügungen belustigte, soll von entgegengesetzter Seite her Infanterie hineingeschossen haben, so daß zahlreiche Kinder getötet und verwundet wurden.

Unruhe in Marokko.

Fez, 17. März. Es wird berichtet, daß die Mahallah, die am 8. März in einem Kampfe mit mehreren, dem Sultan feindlichen Stämmen eine schwere Niederlage erlitt, sich in einer schwierigen Lage befindet. Mulen Hafid sei sehr beunruhigt, da sich unter diesen Stämmen eine Bewegung zugunsten des Exsultans Abdul Asis bemerkbar mache.

Das heutige Blatt umfaßt 14 Seiten.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100317/3
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Organisierte Arbeiter!

Sie werden hiermit gebeten, in einer am **Freitag den 18. März**, abends 8½ Uhr, im großen **Volkshaussaale** stattfindenden

Protest-Versammlung

das **unparteiische Richteramt** zu übernehmen, ob man eine Arbeiter-Organisation deshalb beschimpfen und verhöhnen darf, weil in dieser **nur** politisch oder gewerkschaftlich organisierte Genossen und Kollegen aufgenommen werden können, wie dies Herr H. Peus aus Dessau am 5. März bei seinem Vortrag im hiesigen Odeum getan hat, und jeden, der es wagte, einer anderen Meinung als er zu sein, in der unerhörtesten Weise angriff. In derselben Versammlung erklärte Peus, daß er Sozialdemokrat sei. Dies ist aber nun ein dringender Grund, in der morgigen Protestversammlung recht zahlreich zu erscheinen, um uns energisch dagegen zu verwahren, daß das Gebaren des Peus auch unsere Kampfesweise sei. Es werden aber auch alle anderen, nicht dem Arbeiterstande angehörenden Besucher der letzten Peusversammlung freundlich gebeten, zu erscheinen, damit sie sehen, wie Sozialdemokraten ihr blankes Schild des parlamentarischen Anstandes zu wahren wissen. **Redefreiheit ist jedem verbürgt!**

Der Deutsche Arbeiter-Esperantisten-Bund.

J. A.: Leopold Schlak, Behrischstraße 41.

Gesang-Verein Senefelder, Dresden
Leitung: Herr **E. Pötzsch**

Gesang-Verein Freie Sänger, Striesen
(Leitung: Herr **A. Petzold**)

Programmbücher à 40 Pf. sind bei den Mitgliedern beider Vereine zu haben

Der Reinertrag des Konzertes wird für ein Grabmal des verstorbenen Komponisten verwendet.

Sonnabend den 19. März, in Hammers Hotel, Sitzer

Riva-Abend

mit Orchester (30 Mann)
unter Mitwirkung des Konzertsängers Herrn
Hermann Nüssle.

Ansprache: Herr Redakteur **F. Düvell.**

Einlass 7½ Uhr. **Anfang 8½ Uhr.**

Sämtliche Chöre sind Werke des am 17. März d. J. verstorbenen Komponisten **Heinrich Riis.**

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Kreis-Sekretariat: Töpfer, Dresden, Friedrichstraße 27 II. Fernspr. Amt Dresden Nr. 774.

Bureaustunden: Wochentags von 8 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr. Montags bis 7 Uhr abends.

Bezirk Niedergorbitz und Umgegend.

Sonnabend den 19. März, abends 9 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im **Gasthof zu Oberpesterwitz.** Tagesordnung: 1. **Liebesgaben und Steuerprivilegien.** Referent: Genosse **Göllrich.** 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Allgemeines.

Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Bezirk Leutewitz-Briesnitz.

Sonnabend den 19. März, abends 9 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im **Gasthof zur Höhe** zu Leutewitz. Tagesordnung: 1. **Vortrag** des Landtagsabgeordneten **Karl Sindermann** über: **Der sächsische Staatshaushaltsetat.** 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Verschiedenes.

Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Fernspr. 18771 **Münchner Platz** Fernspr. 18771

Circus Angelo

Eigentümerin und Direktorin **Mad. Solange d'Malide**

Oster-Sonntag den 27. März 1910

Gala-Premiere

mit einem für die Haupt- und Residenzstadt Sachsens **sehenswertem Programm.**

4 Uhr nachmittags. 8¼ Uhr abends.

Der Kartenvorverkauf beginnt am 21. März im Havanahaus **Wolf,** Seestrasse 4.

Direkte Strassenbahn-Verbindung.

Oster-Montag und Oster-Dienstag

4 je zwei Vorstellungen 8¼

Die Circus-Zeitung erscheint in den nächsten Tagen.

Bahn- und Dampfschiff-Restaurant

Dresden-Cotta.

Freitag, Sonnabend und Sonntag den 18., 19. und 20. März

Einzugs-Schmaus

verbunden mit **großem Bockbier-Rummel.** Für musikalische Unterhaltung ist bestens gesorgt.

Um gütigen Zuspruch bitten **Otto Kelling und Frau.**

Bürger-Schänke

Palmstr. 1 eine Min. n. Postpl. v. d. Wettiner Str.

erhalten Sie ein **tadellos gepflegtes Bier**

dafür bürgt mein zirka 25jähriges Bestehen.

Hochachtungsvoll **Eduard Zehl.**

A. Häsers Restaurant zur Mickten er Baubörse

Dresden-Mickten, Homiliusstraße, Ecke Trachauer Straße empfiehlt seine schönen, geräumigen Lokalitäten. Vereinszimmer, 40 Personen fassend, steht jederzeit zur Verfügung. **Alpha's Kegelbahn.**

Imperial-Kino

Dresden-A., Marienstrasse 3

Programm v. 15.–18. März

Raub der Sabinerinnen
Kunstfilm altröm. Drama koloriert
gespielt von ersten italienischen Künstlern
Dauer 30 Minuten

sowie 8 weitere Schlager. – Kommt und sehen!

Vorzügl. mehlreiche rote u. weiße Speisekartoffeln
per Zentner 2 M., empfiehlt
Gustav Döring, Potschappel, Bahnhofstraße 4/5.

Konfirmanden-Ausstattung

in bewährten Qualitäten!

Hüte, steif und weich, neueste Fassons	1.50, 2.00, 2.50, 2.80
Krawatten, moderne Fassons	10, 20, 30, 40, 50 Pf.
Kragen, garantiert Ia. 4fach	3 Stück 95 Pf.
Manschetten, garantiert Ia. 4fach	3 Paar 1.10
Chemisetts, Ia. Qualität	35, 45 und 50 Pf.
Handschuhe, Glacéleder	Paar 1.20, 1.45
Hosenträger, schöne Muster	Paar 50 Pf.

Straßburger Hutbasar

Wettinerstraße, Ecke Zwingerstraße
Hauptstraße 2, Am Markt

Die höchste Zeit

wird es zu sparen, um der allgemeinen Teuerung zu begegnen. So z. B. läßt sich die kostspielige Butter vorzüglich ersetzen durch die altbewährten und viel billigeren van den Bergh'schen Margarine-Marken

Clever Stolz und Vitello.

Die Ersparnis ist bedeutend.

In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Möbel- und Fußboden-Lack „Domo“

streichfertige, hochglänzende Lackfarbe
schnelltrocknend, nicht klebend
in 6 verschiedenen Farben, Dosen à 1 kg und ½ kg

Konsum-Verein Potschappel und Umg.
E. G. m. b. H.

Mod. Kind rw. und Sportw. [illegible] **Liliengasse 8, pt.**

Alte Federbetten kauft Federreinigung **Amalienstr. 12.**

Bezirk Pieschen-Trachenberge

Die für **Freitag** den 18. März geplante Versammlung [illegible] **besonderer Umstände** [illegible] **aus. Die Verwaltung.**

Bez. Trachenberge: [illegible]

E. Schurigs Restaurant

14 Stiftstraße 14

Grosser Mittagstisch

Freitag: **593. Schlachtfest**

Verkehrs-Lokal der Radfahrer

Frische Eier
Stück 5 und 6 Pf.
Mandel 73 und 88 Pf.

Palmonia
½ Pfund 42 Pf.

Cocosa,
Palmin,

Feinste Tafelbutter
ausgewogen und in Packung

Feinste Braunschweiger Thüringer Wurstwaren
Allerfeinsten Schinken- u. Speckwurst
empfiehlt

A. Bargholz
Oschatzer Str. 19

Achtung!

Damen-Konfektion
Ca. 400 Stück modern

Kostüme u. Jacketts
zu jedem annehmbaren Preise

E. Schröter, Dresden-A.
Frauenstrasse
Ecke Schössergasse

Herren-Wäsche
Krawatten, blaue Ausl.
kauft man am billigsten bei
E. Köhler, Am Zw.

---

12 Kabinett-Photographien von 3 M. an liefert
Photograph Rich. Jähnel
Marienstraße Nr. 12
im Hause von Weigel & Sohn

Flotte
Sakko-Schneider
für prima Konfektion **auf Werkstatt** gesucht
Rob. Eger & Sohn
König-Johann Straße

Flotte Blumenarbeiterinnen
können jeden Mittwoch nachmittag von 2–5 Uhr [illegible] Arbeit erhalten bei **Frau Jäckel, Kemnitz b. Dresden,** Bahnhofstr. 15 [illegible]
Gustav Marschner, Blumenfabrik, Mugeln-Zwickau.

Für unsere geehrten Abonnenten der Leipziger Vorstadt und der Vorstädte Pieschen, Mickten, Trachau, Kaditz und näherer Umgegend liegt der heutigen Nummer ein Prospekt des Spezialgeschäfts für Damenputz, K. Hultzsch, Fürstenstraße, Oschatzer Straße, bei, auf den wir hierdurch noch besonders hinweisen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Grötzsch, Dresden-Neustadt.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Robert Leuthold, Dresden-Mickten.
Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Gegen den Präsidenten. — Das Wahlrecht der Steuerrestanten. — Justizetat.

In der Zweiten Kammer war am Mittwoch ein großer Tag. Eine lange, lange Tagesordnung lag den Landboten vor, unter wichtige Punkte. Es soll offenbar vor den Osterferien noch möglichst viel fertig werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kam es zu einer Sensation. **Präsident Dr. Vogel** erklärte, noch auf die Vorgänge in der Sitzung vom 9. März zurückkommen zu müssen. Er erwähnte mehrere konservative Blätter, die durch den Finanzminister Dr. Rüger verursachten erregten Szenen zu einer Hetze gegen den liberalen Präsidenten benutzt, ihn für unfähig und als Mann hingestellt hatten, der Zwischenrufe, die allen vernehmlich seien, nicht höre. Der Präsident verliest diese Artikel, weist zurück, was erforderlich ist, und überläßt das weitere dem Urteile des Hauses. Mit Ausnahme der konservativen Clique stimmte das Haus dem Präsidenten lebhaft zu, während Zwischenrufe: **Konservative Korrespondenz!** auf die Urheber des verlogenen Kesseltreibens gegen den Präsidenten hinwiesen, das der ohnmächtigen Wut darüber entsprungen ist, daß die konservative Clique nicht mehr die Alleinherrschaft im Präsidium besitzt. Das traurige Amt der Inszenierung dieser Hetze hat sie dem Macher der konservativen Korrespondenz übertragen, dessen skrupellose Methoden wir bei anderen Gelegenheiten schon mehrfach gekennzeichnet haben, indem wir ihm nachwiesen, daß er nach allen Regeln der Kunst Dinge erdichtet und zu Angriffen gegen die sozialdemokratische Presse verwendet hat. Mit solcher Skrupellosigkeit betreibt der Herr jetzt auch die Hetze gegen den liberalen Kammerpräsidenten. Und das scheint seinen Auftraggebern, zu denen sicher auch der frühere Präsident der Zweiten Kammer Dr. Mehnert und einige jetzige konservative Abgeordnete gehören, recht zu sein. Es ist ein ekelhaftes Spiel, das von den Konservativen in Szene gesetzt wird. Das Aergste aber ist in diesem traurigen Treiben in diesem Zusammenhang verübt worden. Um dem Finanzminister aus der fatalen Situation, die er sich am 9. März durch seine „Ungezogenheit“ bereitet hat, herauszuhelfen, ist einer Anzahl Zeitungen der Zwischenruf **Pfui Teufel!** berichtet worden, der den Finanzminister zu seiner ausfälligen Bemerkung veranlaßt haben soll. Im Hause ist dieser angebliche Zwischenruf **nicht gehört** worden — im gesamten Hause hat niemand etwas Aehnliches vernommen, im amtlichen **stenographischen Bericht** war er **nicht verzeichnet**. Da war die konservative Presse auf einmal in der Lage, sich auf den **Landtagsbericht des Dresdner Journals** berufen zu können, der nichts anderes als eine etwas gekürzte stenographische Niederschriften ist. Wie kam der Zwischenruf Pfui Teufel! in den Bericht des Dresdner Journals, nachdem festgestellt war, daß er sich im amtlichen Stenogramm nicht befand? Unter großer Entrüstung des Hauses stellte der Präsident Dr. Vogel fest, **daß** das **Stenogramm**, ehe es an die Druckerei des Dresdner Journals gelangt war, **von unberufener Hand durch nachträgliche Einfügung des „Pfui Teufel!“** gefälscht worden ist. Diese Fälschung war wieder zu Hetzereien gegen den Präsidenten Dr. Vogel ausgenützt worden. Solches Treiben kann man allerdings am treffendsten mit einem Pfui Teufel! richtig kennzeichnen.

Wie die Dresdner Nachrichten heute mitteilen, ist die Einfügung des angeblichen Zwischenrufs „Pfui Teufel!“ von einem der die Redaktion der Landtagsmitteilungen im Journal besorgenden Assessoren bewirkt worden. Angeblich sollen sie sich vorher an verschiedenen Stellen erkundigt haben, ob der Zwischenruf gefallen ist. Die Mitteilung der Dresdner Nachrichten ist sehr interessant. Es handelt sich hier um dieselben Herren, die den Landtagsbericht im Journal so einseitig redigierten, daß die Entrüstung des Landtags darüber laut zum Ausdruck kam. **Dieselben Herren also, die ohne Skrupel, wie festgestellt ist, Reden oppositioneller Abgeordneter zur Hälfte ganz unterdrücken, die nur so viele streichen, dagegen konservative Reden ausführlich bringen, stellen Ermittlungen an, ob ein Zwischenruf gefallen ist, und fügen ihn nachträglich ein.** Die Unbedenklichkeit, mit der auf der einen Seite Reden unterdrückt werden, und die große Gewissenhaftigkeit, mit der man Zwischenrufen nachspürt, die der konservativen Preßmeute gerade in den Kram passen, wirft ein helles Licht auf die Objektivität, mit der die Herren Assessoren die Landtagsmitteilungen für das Journal bearbeiten. Diese Vorgänge sind ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokraten Recht hatten, wenn sie behaupteten, daß sich zu solcher Arbeit junge, abhängige und strebsame Assessoren nicht eignen, sondern man dazu unabhängige, erfahrene Journalisten verwenden sollte.

Die Mitte und die linke Seite des Hauses ließ keinen Zweifel darüber, daß sie einmütig und scharf das **ekelhafte Treiben der konservativen Preßmeute verurteilt.**

Mit lebhaftem Beifall wurden die Erklärungen des Präsidenten aufgenommen, mit bewegter Entrüstung die Feststellung der Hetzereien begleitet. Bewegte Stimmung herrschte längere Zeit im Hause.

Darüber gingen die Ausführungen des Abg. Dr. Böhme über den Bericht der Gesetzgebungsdeputation, den Antrag Hettner über **Verkürzung der Verjährungsfristen** betreffend, verloren. Der Antrag bezweckte hauptsächlich die widersinnige Auslegung des § 10 f des **Landtagswahlgesetzes** insoweit einzuschränken, daß die **Steuerrestanten** nicht auf unbegrenzte Zeit ihres Wahlrechts verlustig gehen. Von sozialdemokratischer Seite war durch den Genossen **Nitzsche** schon bei der Vorberatung darauf hingewiesen worden, daß durch den Antrag der gewollte Zweck nicht erreicht, sondern daß eine Aenderung oder Beseitigung des § 10 f erforderlich sei. Das hat sich in der Gesetzgebungsdeputation auch als richtig erwiesen, wo man erkannte, daß nur durch eine Aenderung des Paragraphen 10 f des Landtagswahlgesetzes zum Ziele zu gelangen sei. Die Regierung lehnte aber jede Aenderung des Landtagswahlgesetzes ab. Nun blieb nichts weiter übrig, als den Versuch zu machen, durch Einführung einheitlicher verkürzter Verjährungsfristen für Gemeinde- und Staatssteuern die Entrechtung der Steuerrestanten einzuschränken. Der Antrag der Deputation geht dahin, durch ein Gesetz eine Verkürzung der Verjährungsfristen herbeizuführen.

In der Verhandlung in der Zweiten Kammer wies Genosse **Nitzsche** nach, daß durch den Antrag der Deputation der gewollte Zweck nicht erreicht werde, sondern man zu einer Aenderung des § 10 f des Landtagswahlgesetzes greifen müssen. Nach einem kurzen Geplänkel zwischen unsern Genossen und einigen nationalliberalen Rednern, die etwas falsch verstanden hatten, wurde der Antrag der Deputation angenommen, der kurze Verjährungsfristen für Steuern durch ein Gesetz fordert. Die Sozialdemokraten werden die Vorlage abwarten und dann nochmals mit der nötigen Schärfe Stellung nehmen.

Vor fast leeren Bänken wurde sodann in langen Ausführungen der **Justiz-Etat** beraten. Die Debatte eröffnete der Konservative Opitz mit der üblichen konservativen Justizrede. Genosse **Riem**, der ihm folgte, schilderte die Justiz als Bestandteil des Klassenstaats, streifte die Klassenurteile, bemängelte die Zusammensetzung der Schöffen- und Geschworenengerichte, die Handhabung der Todesstrafe in Sachsen und streifte noch andere Fragen der Justiz in längeren, beifällig aufgenommenen Ausführungen. Ueber die Ueberfüllung des Juristenstandes lamentierte sehr ausführlich der nationalliberale Abg. Dr. **Kaiser**, der sich über die Rechtspflege verbreitete und dabei im allgemeinen humane Ansichten vertrat. Der Justizminister Dr. **Otto** bestritt natürlich das Bestehen der Klassenjustiz und führte die Ueberfüllung des Juristenstandes auf die Bestrebungen der Staatsbeamten zurück, ihre Söhne wieder in Staatsstellen unterzubringen. Im übrigen verbreitete sich der Minister über das neue Strafrecht, wobei er mitteilte, daß danach die Strafgrenze von 12 auf 14 Jahre heraufgesetzt werden solle. Eine Unmenge Einzelheiten kramte der freisinnige Landrichter **Brodauf** aus, während der nationalliberale Amtsrichter Dr. **Rudolf** die Ueberlastung der unteren Richter beklagte. Mit den vorgebrachten Beschwerden und Wünschen beschäftigte sich noch eingehend der Justizminister, worauf Abg. Günther noch allerhand Beschwerden unter kritischen Bemerkungen Ausdruck verlieh.

Nun kam als zweiter sozialdemokratischer Redner Genosse **Müller** zum Wort. Er kennzeichnete unter Anführung mehrerer krasser Beispiele die heutige Rechtsprechung als Klassenjustiz, wobei er auch einige persönliche Erlebnisse erwähnte. Mit teilweise drastischen Ausdrücken charakterisierte der sozialdemokratische Redner treffend die von ihm angeführten Auswüchse der Klassenjustiz unter der Zustimmung der sozialdemokratischen Vertreter. Mit einem schwachen Verteidigungsversuche schloß endlich auf Grund vorhergehender Vereinbarungen abends ³/₄7 Uhr nach fast neunstündiger Verhandlung die Debatte durch Annahme eines Schlußantrags, nachdem der Justizminister sich noch kurz mit den Ausführungen des Genossen Müller beschäftigt und betont hatte, daß er die meisten vorgebrachten Fälle nicht kenne, daß er aber die allgemein erhobenen Vorwürfe zurückweisen müsse. Der Berichterstatter, Abg. **Anders**, konstatierte noch unter allgemeiner Heiterkeit daß gegen die zur Beratung stehenden Kapitel nichts eingewendet worden sei, worauf sie bewilligt werden.

Abends gegen 7 Uhr beginnt noch die Beratung über neun Petitionen, die in einer Stunde erledigt waren, so daß abends 8 Uhr nach zehnstündiger Dauer die Sitzung zu Ende war.

Zur Langhammer-Affäre.

Am Mittwoch nahm der Leipziger Jungnationalliberale Verein in einer Sitzung einstimmig folgende Resolution an: „Der Verein erklärt alle Versuche, die Vorgänge bei der Vorstandswahl des nationalliberalen Landesvereins am 6. März in Chemnitz als einen Schlag des sogenannten rechten Flügels der Nationalliberalen gegen den sogenannten linken Flügel auszubeuten, für völlig verfehlt. Er stellt ausdrücklich fest, daß er in vollkommener Uebereinstimmung mit dem Nationalliberalen Verein für Leipzig und Umgegend die **Nichtwiederwahl des Abgeordneten Langhammer** in den Vorstand des nationalliberalen Landesvereins im Interesse der gesamten Landespartei **billigt**. Der Verein steht im übrigen vollkommen auf dem Boden der Resolution des Landesausschusses, worin dieser der Landtagsfraktion die Zustimmung zu deren bisheriger Haltung in allen sachlichen Fragen ausspricht.“

Aus einer Zuschrift des obengenannten Vereins an die Leipziger Abendzeitung geht übrigens hervor, daß das Verhalten Langhammers in der Tiagangelegenheit die Ursache gewesen ist, daß die Leipziger Nationalliberalen gegen seine Wiederwahl agitiert und gestimmt haben. Es wird in dieser Zuschrift der nationalliberalen Landtagsfraktion auch ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie Langhammer zum zweiten Vorsitzenden gewählt habe, ehe die Tiagaffäre völlig aufgeklärt gewesen sei.

Auf den Vorwurf, die Leipziger Opposition habe mit Aktenmaterial aus dem Tiagprozeß gegen ihn operiert, das von seinem Prozeßgegner herrührte, wird wie folgt geantwortet. „Man habe Herrn Langhammer ersucht, ihr die Akten zur Verfügung zu stellen. „Herr Langhammer lehnte indessen,“ so heißt es wörtlich weiter, „seltsamerweise diese Bitte mit einem ganz unfreundlichen Briefe ab und verweigerte die Herausgabe der Unterlagen. Jetzt erst (und das muß den Vorwürfen Herrn Langhammers gegenüber besonders hervorgehoben werden) wurde ein rechtskundiger Gewährsmann beauftragt, sich in anderer Weise Einblick in die Unterlagen zu verschaffen. Durch Prüfung der Gerichtsakten wurde nun festgestellt, daß die Vorwürfe, die gegen Herrn Langhammer erhoben worden waren, von ihm nicht aus der Welt geschafft waren (wie er behauptet hatte), sondern daß durch Zurücknahme des Strafantrags in einigen recht schwerwiegenden Punkten **die Wucht der ihm gemachten schweren Vorwürfe auf ihm lasten geblieben war.** Unter solchen Umständen hielten es die Leipziger allerdings für ausgeschlossen, Herrn Langhammer wiederum in den Vorstand des Landesvereins zu wählen. Zu ihrer großen Freude haben sie auch gesehen, daß sie sich damit in Uebereinstimmung mit einem großen Teil ihrer Parteifreunde im Lande befanden, denn der Ausfall der Wahl ist für Herrn Langhammer eine deutliche Sprache gewesen. Nur aus diesen **rein sachlichen Gründen** ist die **Opposition** des Leipziger „Geheimbundes nationalliberaler Parteifreunde“ (der nur in der Phantasie des Herrn Langhammer besteht) zu erklären.“

Zittau. Die Saal- und Gastwirte im Saalinhaberverband hatten an den Zittauer Stadtrat das Ersuchen gerichtet, künftig außer dem ersten und dritten Sonntag in jedem Monat regulativmäßig auch den zweiten Sonntag zu öffentlicher Tanzmusik freizugeben. Die Gesuchsteller begründen ihr Gesuch mit der schlechten wirtschaftlichen Lage und mit den immer höheren Lasten, die dem Gastwirtsgewerbe durch die neuen Steuern auferlegt worden sind. Sodann greift man in dem Gesuch zu den bekannten Gründen, mit denen man auch die Abschaffung des sächsischen Bußtages und des Hohneujahrstages begründen will, die Bevölkerung ginge, wenn sie in Zittau nicht tanzen könne, in die benachbarten Ortschaften und namentlich nach Böhmen. Die Gründe konnten den Zittauer Stadtrat nicht bestimmen, das Gesuch zu befürworten. Die Erteilung der Genehmigung muß bekanntlich durch die Kreishauptmannschaft erfolgen.

Chemnitz. Die Kreishauptmannschaft hat gemäß des § 8 des Krankenversicherungsgesetzes den Betrag des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter im Bezirke der Amtshauptmannschaft Chemnitz wie folgt neu festgesetzt: für erwachsene männliche Personen auf 2,40 M., für erwachsene weibliche Personen auf 1,50 M., für männliche Personen zwischen 14 und 16 Jahren auf 1,30 M., für weibliche Personen zwischen 14 und 16 Jahren auf 1,10 M., für Knaben unter 14 Jahren 65 Pf. und für Mädchen unter 14 Jahren 60 Pf.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die Hausbesitzer in **Mylau** beschlossen, eine **Erhöhung der Wohnungsmieten** allenthalben eintreten zu lassen. — Im Rayon des Berliner Bahnhofs in **Leipzig** spielte sich am Dienstag nacht in der zwölften Stunde, kurz nachdem der Schnellzug aus Halle eingelaufen war, ein Aufsehen erregender Vorfall ab. Es krachte plötzlich ein Schuß. Das Geschoß streifte einen Bahnbediensteten am rechten Unterarm. Es stellte sich heraus, daß sich ein **Revolver**, den ein Reisender in seinem Koffer aufbewahrt, beim Transport des Gepäckstücks aus einem Abteil nach einem andern **von selbst entladen** hatte. — Gestern abend wurde in **Warnsdorf** der Schaffner Geißler **überfahren**. Das linke Bein ist schwer beschädigt, wahrscheinlich muß auch der linke Unterschenkel abgenommen werden. — Eine bedeutende **Preissteigerung der Butter** ist in **Plauen** eingetreten. Die Steigerung beträgt für das halbe Pfund zehn Pfennig. Begründet wird diese Steigerung mit der geringen Futterernte und dem teuren Kraftfutter. — Wegen **Körperverletzung** wurde vom **Werdauer** Schöffengericht der praktische Arzt Dr. Tinner aus Kassel zu 800 M. Geldstrafe verurteilt. Der Arzt hatte nach einem Vortrag etwa 20 Personen, die mit Nasenpolypen behaftet waren, behandelt, jedoch für eine entsprechende **Nachbehandlung** keine Sorge getragen. — Ein Bauschüler in **Freiberg** hatte ein Verhältnis mit einem jungen Mädchen. Der Vater des jungen Mannes erhiel Kenntnis von der Liebelei seines Sohnes durch mehrere **anonyme Briefe**, in denen unter anderem gesagt wurde, der Sohn sei durch das Verhältnis moralisch und sittlich tief gesunken. Der Vater machte darüber dem Sohn heftige Vorwürfe, die sich dieser so zu Herzen nahm, daß er sich am 14. Februar **erschoß**. Jetzt hat die Angelegenheit eine überraschende Wendung genommen: im Zusammenhang mit diesem Selbstmord ist vor einigen Tagen ein bisher bei der hiesigen Polizeibehörde beschäftigter Registrator von seinem Amte suspendiert worden, da er dringend verdächtig ist, die Briefe geschrieben zu haben. — Der mit seiner Frau in Ehezwistigkeiten lebende und dem Trunke verfallene Buchbinder Janozowsky in **Großschönau** trank Lysol, um sich zu vergiften, und ist an den Folgen gestorben. — In **Hermsdorf** **schoß sich** der zur Tanzmusik gewesene 21jährige Schüneck mit einem Revolver **in den Kopf**. Das Motiv der Tat soll in einem Liebesverhältnis bestehen. — **Falsche Butter.** Bei dem in **Bautzen** stattfindenden Wochenmarkte kaufte eine hiesige Bürgersfrau von einer Landfrau eine halbe Kanne Butter. Als sich die Käuferin die Butter dann näher betrachtete, machte ihr diese keinen guten Eindruck; sie zerschnitt sie deshalb in zwei Hälften, wobei sie zu ihrem Erstaunen bemerkte, daß die Butter in der Mitte ausgehöhlt und mit einer undefinierbaren Substanz gefüllt war. Die Verkäuferin, welche dies bemerkt hatte, wollte die Flucht ergreifen, wurde aber gefaßt und der Polizei übergeben.

Stadt-Chronik.

Ein Mahnwort!

Es wird uns geschrieben: Das bevorstehende Osterfest bedeutet für Tausende junger Volksgenossen und -genossinnen einen wichtigen Wendepunkt ihres Lebens; die sorglose Kinderzeit wechselt mit dem Gang ins ernsthafte Leben, die jungen Leute werden eingespannt in den kapitalistischen Frondienst. Deswegen wird ihnen eine Reihe gutgemeinter Ratschläge mit auf den Weg gegeben. Leider beziehen sie sich meistens nur auf das fernere geistige Wohl der jungen Leute, die Mehrzahl der Erzieher übersieht sehr oft die Tatsache, daß auch die Pflege des Körpers für das fernere Wohl und Gedeihen der Jünglinge und Jungfrauen von großem Wert ist. Ohne Gesundheit, ohne gegen alle Gefahren gestählten Körper ist es schwer, in den bevorstehenden Kampf ums Leben einzutreten.

Zur Erhaltung und Befestigung der Gesundheit kann aber sehr viel beitragen die Teilnahme an geregelten Leibesübungen, am Turnen. Wir halten es für unsere Pflicht, den zeitgemäßen Mahnruf an die jugendlichen Volksgenossen ergehen zu lassen: Geht zum Turnen! Die körperliche Ausbildung der reiferen Jugend ist von der größten Wichtigkeit; die Periode des körperlichen raschen Wachstums legt den Erziehern die Pflicht auf, ihr Augenmerk auf die körperliche Ausbildung ihrer Pfleglinge zu richten. Wenn beides, geistige und körperliche Bildung, harmonisch gewahrt wird, kann in wirksamer Weise der Körper gekräftigt werden für den meist schweren Lebenskampf, in den die jungen Leute eintreten müssen.

Das ist gerade für die Jugend der arbeitenden Bevölkerung am nötigsten. Wo aber ist die Stätte für die körperliche Ausbildung der arbeitenden Bevölkerung? In allen Ortschaften von Dresdens Umgebung und in Dresden selbst bestehen Turnvereine, die, dem Arbeiter-Turnerbund angehörend, für geistige und körperliche Ausbildung in anerkannt bester Weise Sorge tragen. Die Vereine des Arbeiter-Turnerbundes sind die Stätten, wo jeder turnende Arbeitsgenosse hingehört. Sie haben sich das Ziel gesteckt, das Turnen zum Gemeingut des arbeitenden Volkes zu machen. Obwohl der Dresdner Bezirk der Bundesvereine ganz bedeutende Entwicklung aufzuweisen hat (es gehören ihm jetzt 70 Vereine an), kann man doch

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100317/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

noch so manchen Arbeitsgenossen in der Gefolgschaft der Deutschen Turnerschaft sehen. Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß die Deutsche Turnerschaft nur die „Pflege der vaterländischen Gesinnung" in den Vordergrund gestellt hat. Das Turnen ist in diesen Kreisen nahezu nur Mittel zum Zweck geworden. Leider stehen diesen Vereinigungen auch die weitesten Unterstützungen der Kommunalbehörden in der parteiischsten Weise zur Verfügung. Während man den Vereinen des Arbeiter-Turnerbundes alle Rechte auf die Gemeindeturnhallen vorenthält, unterstützt man die Vereine der Deutschen Turnerschaft finanziell und materiell in der entgegenkommendsten Weise.

Auch in diesem Jahre kann man wieder bemerken, daß sich die Lehrer bei der Schulentlassung in den Dienst der Deutschen Turnerschaft stellen. Man scheut sich nicht, die Schule dazu zu benutzen, Flugblätter für die „Altdeutsche Turnerschaft" zu verbreiten. Man benutzt fortgesetzt auch die Fortbildungsschulen als Werbeort für die genannten Vereine, und bestraft die jungen Leute, die sich ihr gutes Recht nicht nehmen lassen, in Arbeiterturnvereinen zu turnen.

Arbeitsgenossen und -genossinnen, laßt euch dadurch nicht beirren: der Arbeiter-Turnerbund ist die Stätte, wo jeder fortschrittlich denkende Arbeiter hingehört! In diesen Vereinen gilt die Körperbildung als Hauptzweck, und jeder Arbeitsgenosse findet dort, gleich geachtet, neben dem gesellschaftlichen Verkehr die beste körperliche Ausbildung.

Wendet euch ab von der Deutschen Turnerschaft, die zur Stütze und Trägerin der Reaktion geworden ist; sie ist ein Glied in der Kette eurer Gegner und Feinde. Stärkt die Vereine eurer Klassengenossen, den fortgesetzten Anfeindungen und Unterdrückungen der Gegner zum Trotz! Gewissensfreiheit und frisch-fröhliche Geselligkeit ist neben ernster Körperpflege in den Arbeiterturnvereinen zu finden. An die Erzieher und Eltern richten wir die dringende Bitte: **Schickt eure der Schule entwachsenen Kinder in die Bildungsstätten der arbeitenden Klassen, dort werden sie zu charakterfesten Menschen erzogen, nur dort finden sie ihre wahren Freunde!**

Arbeiter-Straßenbahnverkehr.

Die vielen Klagen aus Arbeiterkreisen über die unzweckmäßigen Bestimmungen über Arbeiterfahrkarten im städtischen Straßenbahnbetriebe nehmen kein Ende. Jetzt erhielten wir wieder aus einem großen Fabrikbetriebe folgende Zuschrift:

Bekanntlich besteht für die Benutzung der Arbeiterwochenkarten die Bestimmung, daß diese im Sommerhalbjahr erst von 6 Uhr abends gültig sind. Da nun bei vielen Firmen die Arbeitszeit im Sommer 1/4 6 Uhr endet, wird die Vergünstigung der Karten vollständig aufgehoben. Wenn man nicht von Böswilligkeit reden will, so muß man doch mindestens völlige Unkenntnis über die Einrichtung der Arbeitszeit in Fabrikbetrieben bei der Verwaltung der Straßenbahn annehmen. Denn im Winter, wo die Arbeit durchweg später aufhört, kann man bereits um 5 Uhr fahren und im Sommer, wo das Gegenteil zutrifft, erst um 6 Uhr. Wie mitgeteilt worden ist, haben bereits von verschiedenen Betrieben die Arbeiter Gesuche an den Stadtrat eingereicht mit dem Ersuchen, die Bestimmungen dahingehend zu ändern, im Sommer die gleiche Zeit wie im Winter zur Berechtigung der Karten festzusetzen. Diese Gesuche sind aber abschlägig beschieden worden. Wir sind daher der Ansicht, daß die Angelegenheit Tausende von Arbeitern betrifft, daß durch unsre Presse und eventuell im Stadtverordnetenkollegium alles zu versuchen ist, um uns nicht die kleine Vergünstigung der Wochenkarten auf diese Weise verekeln zu lassen.

An der Kritik in unserm Blatte hat es wahrhaftig nicht gefehlt, und auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben sich die redlichste Mühe gegeben, Remedur zu schaffen. Die Straßenbahnverwaltung ist jedoch allen diesen Klagen der Arbeiter gegenüber unglaublich dickfellig.

Andere Schulgelderhebung.

Zurzeit wird das Schulgeld in den städtischen Volksschulen von Schulgeldeinnehmern monatlich zweimal in den Klassenzimmern eingehoben, in den höheren Schulen von dem mit den Einnahmegeschäften beauftragten Hausmeister. Die im letzten Jahre vom Schulgeldeinnehmer Richter begangene Unterschlagung eingehobener Schulgelder hat jedoch gezeigt, daß dieses Verfahren nicht hinreichend Gewähr gegen Veruntreuungen bietet. Es ist nun das Schulamt beauftragt worden, eine gründliche Neuordnung des Schulgeld-Einnahmedienstes, dessen hauptsächlichster Mangel die fehlende regelmäßige, unmittelbare Kassenkontrolle war, vorzuschlagen. Das Schulamt hat hierzu eingehende Vorschläge unterbreitet, denen folgende Hauptgesichtspunkte zugrunde gelegt worden sind: Keine Schulgeldeinkassierung mehr ohne unmittelbare Kontrolle. Verstärkung des Personals der Schulamtsbuchhalterei, um häufigere und eingehendere Kontrolle des Schulgeldeinnahmegeschäfts zu ermöglichen. Für die einzelne Ausgestaltung sind ferner die folgenden Maßnahmen ins Auge gefaßt worden: Verlegung der Schulgeldeinnahme aus den Schulen in sechs Hebestellen, die über die einzelnen Stadtbezirke zu verteilen und in der inneren Altstadt mit vier, in der Neustadt mit drei und in den übrigen Stadtteilen mit zwei Beamten zu besetzen sind. Trennung der Tätigkeit der Schulgeldeinnahme von der des Schulkanzleibeamten; entsprechend der Verminderung der Tätigkeit der Kanzleibeamten, die bisher zugleich in erheblichem Umfange Einnehmergeschäfte zu erledigen hatten, Zuteilung der Kanzleibeamten zu abwechselnder Tätigkeit an eine größere Zahl von Volksschulen als bisher. Entsprechende Abtrennung des Schulgeldeinnahmegeschäfts von der Kanzleitätigkeit der Hausmeister an den höheren Unterrichtsanstalten und demgemäß Zuteilung der bisherigen Hausmeister als Kanzleibeamte zu abwechselnder Tätigkeit an je einer höheren Schule und einer nahegelegenen Volksschule. Einführung vierteljährlicher Zahlungstermine, auch bei den Bürger- und Bezirksschulen, jedoch unter Nachlaß monatlicher Zahlung. Zur Erleichterung des Schulgeldzahlungsgeschäftes außer der Einrichtung über den Stadtbezirk verteilter, gegen bisher erheblich zentralisierter Hebestellen, Einrichtung sogen. fliegender Zahlstellen in abgelegenen Stadtteilen, jedoch nur für bestimmte Zahltage, während zu der übrigen Zeit die Zahlungen an der — entfernter gelegenen — Hebestelle angenommen werden. Einführung des Wertmarkensystems für die Schulgeldzahlungen. — Der Rat hat die vom Schulamt gemachten Vorschläge genehmigt.

Oeffentliche Ordnung und Gewerbebetrieb.

Ein Karussellbesitzer zeigte der hiesigen Polizeidirektion an, daß er sein Karussell am 30. und 31. Oktober und 1. November auf einem Privatplatze in Pieschen aufstellen und bis abends 10 Uhr in Betrieb setzen wolle. Die Drehorgel werde er zum Zwecke der Abdämpfung mit einer Decke überhängen, damit die Musik nur in unmittelbarer Nähe hörbar sei. Die Polizeidirektion eröffnete ihm hierauf, daß für den angezeigten Gewerbebetrieb, wie dies allen derartigen Unternehmungen gegenüber in den Monaten Oktober und November gleichmäßig geschähe, als Schlußstunde 8 Uhr abends festgesetzt werde. Denn, abgesehen von den mit solchen Veranstaltungen unvermeidlich verknüpften Störungen und Belästigungen der Anwohner erscheine es in sittenpolizeilicher Beziehung höchst bedenklich, ‚Lustbarkeiten,' wie die angemeldeten, in den späteren Abendstunden zuzulassen. (!) Der hiergegen erhobene Rekurs wurde von der Kreishauptmannschaft verworfen. Die Anfechtungsklage hat das Oberverwaltungsgericht aus folgenden Gründen beachtet: Die Polizeidirektion habe ihre Anordnung in der Hauptsache auf sittenpolizeiliche Gründe gestützt, und die Kreishauptmannschaft ihr hierin insbesondere auch insoweit beigepflichtet, als die in den Monaten Oktober und November nach 8 Uhr herrschende Dunkelheit und die unzureichende Beleuchtung des Aufstellungsplatzes sittliche Ausschreitungen begünstigen sollen. Tatsachen, die den Kläger in dieser Beziehung belasten, seien von den Verwaltungsbehörden nicht geltend gemacht worden. Letztere beriefen sich vielmehr nur auf „allgemeine Erfahrungen". Es handle sich also im Streitfalle nicht um die Abstellung schon in die Erscheinung getretener polizeiwidriger Zustände, sondern lediglich um eine polizeiliche Verbeugungsmaßregel. Zum Erlaß derartiger in den Rechtskreis der davon Betroffenen eingreifender Maßregeln sei aber die Polizeibehörde nicht schon dann befugt, wenn nach ihrer subjektiven Annahme die Möglichkeit einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung bestehe, sondern, abgesehen von besonderen, gegenwärtig nicht in Betracht kommenden Ausnahmen, nur dann, wenn Tatsachen vorlägen, welche die Wahrscheinlichkeit einer solchen Gefährdung in gewissem Grade zu rechtfertigen vermöchten. Die Verwaltungsbehörden hätten sich nun auf Erfahrungen bezogen, die von ihnen bei andern Karussellbetrieben gemacht worden seien. Es könne dahingestellt bleiben, ob solche ausreichend nachgewiesen seien. Jedenfalls sei es unzulässig, mit Ausschreitungen des Publikums um deswillen zu rechnen, weil der Aufstellungsplatz des Karussells schwach beleuchtet sei. Bestanden in dieser Beziehung Bedenken, so hätte die Polizeibehörde dem Unternehmer die Herstellung ausreichender Beleuchtungseinrichtungen aufgeben müssen, nicht aber den Betrieb nach 8 Uhr abends ohne weiteres untersagen dürfen: denn die zur Verhütung eines polizeiwidrigen Zustands zu treffenden Maßnahmen seien nur so weit auszudehnen, als die Erreichung jenes Zwecks erfordere. Ebenso vermöge die Schwierigkeit, den Betrieb genügend überwachen zu lassen, keinen stichhaltigen Grund für die angeordnete Einschränkung abzugeben. Bei der kurzen Dauer der Karussellbelustigung könne ferner von einer erheblichen Belästigung der Nachbarschaft nicht die Rede sein. Aber selbst wenn nachgewiesen wäre, die Musikbegleitung bedeute eine Gesundheitsgefährdung für die Anwohner, so würde dies doch nur dazu führen, die Musikbegleitung zu verbieten, nicht aber die Untersagung des gesamten Gewerbebetriebs für die Zeit nach 8 Uhr rechtfertigen.

Gesundheitsschädliches Naschwerk.

Das Wohlfahrtspolizeiamt macht bekannt: Da Gegenstände von Backwerk, Zuckerbackwerk oder Schokoladenmassen — Figuren, Trompeten, Tiere, Eier und dergl. —, die mit metallenen, nicht sichtbaren Einlagen versehen sind, namentlich Kindern, denen sie als Spielzeug oder zum Genusse überlassen werden, sehr leicht gefährlich werden und auch tatsächlich bereits zu lebensgefährlicher Gesundheitsbeschädigung eines Kindes, das beim Verzehren des Backwerks das darin befindliche Messingblättchen mit verschluckt hatte, geführt haben, so warnen wir hiermit vor der Ueberlassung derartiger Backwerks-, Zucker- oder Schokoladengegenstände an Kinder und verbieten das Verkaufen und Feilhalten dieser Gegenstände in Dresden. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden, soweit nicht die schärferen Strafbestimmungen des Reichsgesetzes anzuwenden sind, mit Geldstrafen bis zu 60 M. oder mit Haft geahndet. Auch werden wir zur Verhütung weiterer Gefährdung der Einwohner die Einziehung solcher Gegenstände, wenn sie bei Händlern vorgefunden werden, verfügen.

Sonntagsruhe der Apotheken. Das Ministerium des Innern will versuchsweise und unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs genehmigen, daß in Orten mit mehreren, nicht weit voneinander entfernten Apotheken diese Apotheken abwechselnd in der Nacht, die auf einen Sonn- oder Feiertag folgt, geschlossen werden dürfen. Die in Frage kommenden Medizinalbehörden — in den Städten mit revidierter Städteordnung die Stadträte, im übrigen die Amtshauptmannschaften — haben darüber zu befinden, ob die Apotheken nahe genug liegen, um diese Schließung unbedenklich erscheinen zu lassen, und haben anzuordnen, wie das Publikum darüber, welche Apotheke geöffnet ist, auf möglichst augenfällige Weise in Kenntnis zu setzen ist.

Die Inhibierung eines Begräbnisses erregte gestern nachmittag auf dem Friedhofe in Löbtau Aufsehen. Es sollte der bei dem Kesselsdorfer Automobilunfall tödlich verunglückte Drehermeister Funke begraben werden. Der Sarg sollte eben eingesenkt werden, als durch einen Vertreter der Staatsanwaltschaft das Begräbnis inhibiert wurde und die Leiche wieder nach der Halle zurückgebracht werden mußte. Ueber den Grund dieser Maßregel war nichts zu erfahren.

Bezirk Dresden-Neustadt. Heute Donnerstag findet im Ballhaus, Bautzner Straße, eine Mitgliederversammlung statt, in der Genosse Dr. Georg Gradnauer über das Thema: Vom Handwerk zum Trust sprechen wird. Die Parteigenossen und -genossinnen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Bezirksverwaltung.

Kaufmannsgericht.

Der Reisende Leo Bernhardt war für die Firma H. Wallenberg vom 1. bis 27. Januar auf der Reise. Er wurde zurückgerufen, weil die Erfolge nicht genügten. Am 10. Februar sollte er wieder auf die Reise gehen, aber nur bei halbem Gehalt. Damit war er nicht einverstanden und er wurde entlassen. Er fordert 220 M. Gehalt, Spesen- und Gehaltsentschädigung. Die Beklagte macht noch einen weiteren Entlassungsgrund geltend. Die Beklagte erhielt von einem Kunden einen Brief, in dem dieser sich darüber beschwerte, daß der Reisende nicht zu ihm gekommen war, obwohl er ihn für einen bestimmten Tag bestellt habe. Dieser Tag war derselbe, an dem der Reisende zurückberufen wurde. Da der Kläger seine Tätigkeit einstellen sollte, liegt kein Entlassungsgrund vor. Vergleichsweise zahlt die Firma 200 M.

Der Gemeindekassenbuchhalter Richard Beyer macht gegen die Firma Franz Spindler eine Provisionsforderung von 522,66 M. geltend. Die Forderung war ihm von einem Reisenden der Beklagten abgetreten worden, der bei ihr vom Herbst 1903 bis Ende 1905 in Stellung war gegen 150 M. Monatsgehalt, 15 M. Tagesspesen und 2 Proz. Umsatzprovision bei einem Jahresumsatze von 30 000 Mark an. Am 15. Februar 1906 trat der Reisende wieder neu in das Geschäft der Beklagten. Das Gehalt wurde auf 200 M., die Spesen auf 18 M. erhöht. Im übrigen sollten die Bedingungen bestehen bleiben — wie der Kläger behauptete. Der Reisende war … tember 1906 tätig. Die Beklagte will die Provision … weil der Reisende wohl über 30 000 M. Jahresumsatz … nicht 40 000 M. erreichte. Es seien aber ausdrücklich … die Erhöhung der sonstigen Bezüge 40 000 M. … Ein Vertrag ist nicht schriftlich aufgestellt worden. … stellung des Reisenden spricht aber der Umstand, daß er sich … weigerte, den neuen Vertrag mit der Bedingung von 40 000 … zu unterschreiben. Es fand dann eine Aussprache mit dem … statt, und der Reisende ging auf die Tour, ohne den Vertrag … unterschreiben. Durch verschiedene Zeugenaussagen gewann das … richt aber die Ueberzeugung, daß 40 000 M. vereinbart waren. … Klage wurde abgewiesen. (Vorsitzender: Stadtamtmann … Prinzipalsbeisitzer: Direktor Harnisch und Kaufmann … gestelltenbeisitzer: Lagerist Fichtmann und Materialverwalter … sohn.)

Eine Gehaltsentschädigung von 640 M. fordert … Dekorateur Schwarz vom Kaufmann Müller. Sch. war gegen … Gehalt engagiert. Die erste Woche — vom 14. Februar an — … nach seiner Behauptung Probezeit sein. Da er erst am … entlassen wurde, liegt seiner Ansicht nach ein festes Dienst… mit gesetzlicher Kündigung vor. Der Beklagte behauptet, die Probezeit sei auf 14 Tage vereinbart worden. Da der Beklagte … beeidet, muß der Kläger seine Klage zurückziehen. (Vorsitzender: Stadtamtmann Dr. Großer. Prinzipalsbeisitzer: Kaufleute … und Otto. Angestelltenbeisitzer: Expedient Rankowitz und … Rennert.)

Aus der Umgebung.

Blasewitz. Als der hiesige elf Jahre alte Schüler Horst Wagner auf einem Zweirade durch die … hinter einem Straßenbahnzug her stadtwärts fuhr, hielt letzterer plötzlich an der Haltestelle nahe des Postamtes. … Junge bog nach links aus, um den Wagen zu überholen, … aber direkt in ein aus der Stadt kommendes, von ihm … bemerktes Droschkenautomobil hinein. Der Anprall war … art stark, daß der Junge im Bogen direkt in das Kraftfahrzeug hineingeworfen wurde, wo er nur wenig verletzt zum … kam, um dann zu Fuß den Heimweg anzutreten.

Klotzsche. Freitag den 18. März Sitzung im Erbgericht …

Leubnitz-Neuostra. Hier wurde am Ausgange des „… ligen Brunnens" der Leichnam eines neugeborenen Kindes aufgefunden. Die kleine Leiche war in eine braune … schachtel, der helles Papier als äußere Hülle diente, eingewickelt und nochmals in einen blauleinenen, mit weißen und … Punkten versehenen Frauenrock geschnürt. In dem Sack … den Weizen- und Haferkörner mit vorgefunden. Der Polizeihund Reif verfolgte eine Spur etwa 600 Meter nach … Neuostra. Die Sektion des Kindesleichnams ergab, daß der Tod des Kindes schon vor zwei bis drei Wochen erfolgt … Daß wahrscheinlich ein Verbrechen vorliegt, ersieht man daraus, daß etwa 250 Gramm Roßhaare im Munde des Kindes sich befanden, so daß der Tod durch Ersticken erfolgt sein …

Potschappel. Der Pionier F. von hier, der bereits … mal ohne Urlaub die Kaserne verließ und sich versteckt …, wurde zum dritten Male wegen dieses Vergehens … genommen und seinem Bataillon zugeführt.

Kötzschenbroda. Morgen Freitag, abends 7 Uhr, … im Sitzungssaale des Gemeindeamts öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Die Tagesordnung umfaßt Bau-, Finanz-, … beschau- und Hausausschußsachen sowie die Bekanntgabe … Protokolles der Realschulkommission vom 1. März 1910 … die Bekanntgabe der Stättegeldeinnahme vom Jahrmarkt …

Niederlößnitz-Zitzschewig. Am 31. März bez. 1. … werden für das laufende Jahr fällig der 1. Termin Landes-Brandkassenbeitrag, Schulgeld und Landeskulturrente. … Niederlößnitz außerdem der 2. Termin Wasserzins.

Niedersedlitz. Auf dem Hofe der hiesigen Chemischen Fabrik, Schamottewaren- und Mosaikplattenfabrik von … Kauffmann ereignete sich gestern vormittag ein schwerer Unfall. Von dem oberen Kranze des hohen Schornsteins des Fabrikgebäudes lösten sich plötzlich Mauermassen größeren Umfanges ab. Ein bei der Firma beschäftigter Werkmeister … ein Arbeiter, die in demselben Augenblicke die Stelle passierten, wurden von den herabstürzenden Gesteinsstücken getroffen … erlitten beide so schwere Verletzungen, daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Der Unfall soll durch eine … explosion verursacht sein.

Gerichtszeitung

Geschworenengericht.

Leichtsinniger Eid. Unter dieser Marke brachten wir … 27. Januar den Bericht über eine Verhandlung des hiesigen Schöffengerichts. Der Verhandlung lag folgender Tatbestand zugrunde: … Neukunnersdorf bestand schon längere Zeit zwischen den Familien Ullrich und Kramer ein gespanntes Verhältnis. Am Abend des 31. März v. J. überfiel die U. mit ihrer verheirateten Tochter, … Scholze, und noch einer schulpflichtigen Tochter ihre Feindin, Frau K., als sie vom Kaufmann kam. Frau K. wurde von … lichen Teil der Familie U. tüchtig durchgeprügelt. Sie rief um … und stellte Strafantrag in Aussicht. Die U. und die Sch. … wieder in ihr Haus und erzählten dem Ehemanne der Scholze, … mit dem dort wohnenden 20jährigen Arbeiter Paul Otto … Legler Karten spielte, das Vorkommnis. Scholze sagte seiner … und seiner Schwiegermutter auf den Kopf zu, daß sie die Angreifer gewesen wären und eine energische Strafe zu gewärtigen hätten. … Frauen sagten, es sei kein Zeuge bei dem Vorfall gewesen, … 14jähriges Mädchen, und das dürfe doch nicht schwören. … doch nicht schlimm, wenn die Männer sich als Augenzeugen des … falles aufspielten und die Affäre in dem Sinne beschwören, … Kramer als Angreiferin gelten müsse. Scholze lehnte … auf das nahe verwandtschaftliche Verhältnis ab, aber Legler … nach der gewünschten Art als Zeuge zu fungieren. Er leistete … in der Verhandlung einen Meineid. Auf Grund seiner Aussage wurden die Frauen U. und Sch. freigesprochen. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein und gleichzeitig erhielt … Gendarm Auftrag, über diese Sache weiter zu recherchieren. … Gendarm das erstemal zu L. kam, gestand dieser, daß er … Meineid geschworen hatte und von den Frauen dazu angestiftet … Am 29. August wurden L. und die U. verhaftet und gegen … Verfahren eingeleitet. In der vorigen Schwurgerichtsperiode … die Angelegenheit schon an und lautete die Anklage bei … Meineid und bei den Frauen U. und Sch. auf Anstiftung … Geschworenen beantragten damals, den L. auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Nach dem Gutachten des Gerichtsarztes … der Angeklagte L. geistig etwas minderwertig. Er ist … sieht ein, wohin ihn sein Leichtsinn gebracht. Die Frauen … beide, den L. angestiftet zu haben. Durch die Beweisaufnahme … die U. im Sinne der Anklage überwiesen, während der Beweis … deren Tochter, der Frau Sch., nicht zureicht. Die … bejahten bei L. und der Frau U. die Schuldfragen. … das Urteil bei Legler auf 1 Jahr 6 Monate und bei der … auf 3 Jahr 6 Monate Zuchthaus, Verlust der … Ehrenrechte, auch werden sie dauernd für unfähig erklärt, als … oder Sachverständige zu fungieren. Bei L. gelten 4 … 2 Monate als verbüßt. Die Scholze wurde freigesprochen.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100317/6
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

Jugendgerichte.

Beitrag zur Sexualpsychologie. Ein 14jähriges Mädchen ter der Anklage der verleumderischen Beleidigung nach § 187 afgesetzbuchs. Das junge Mädchen ist schon früh ent- s besuchte bis Ostern d. J. die Volksschule in Deuben, an der 33jährige Lehrer Schreiber tätig war. Bei einem meister in Stellung, lernte es einen Kaufmann Rückert kennen, Kunde des Schneidermeisters war. Dieser nahm das junge , das er für 17 bis 18 Jahre alt hielt, einige Male auf Spazier- . Auf einem solchen erzählte ihm das Mädchen, sie habe Lehrer Schreiber gern gehabt, jetzt hasse sie ihn aber, weil vor ihrer Konfirmation am 16. März in seiner Wohnung habe. Als der Dienstherr von dem Verkehr des jungen mit seinem Kunden Kenntnis erhielt, machte er ihm Vorhalt das jugendliche Alter desselben mit. Der Kunde war jugendliche Alter erstaunt und teilte dem Dienstherrn die mit dem Lehrer mit. Das Gerücht kam zur Kenntnis der und der Lehrer wurde suspendiert. Die Staatsanwaltschaft gegen ihn ein Verfahren ein, das aber wieder eingestellt , obwohl nach Ansicht der Anklagebehörde kein Zweifel , daß die Angaben des jungen Mädchens auf Wahrheit Die Einstellung erfolgte, weil die Tat nach den Angaben drei Tage nach Vollendung ihres 14. Lebensjahres be- worden war. Es lag mithin ein sogenanntes Antragsdelikt der Vater der Verletzten hatte es abgelehnt, gegen den Lehrer zu stellen. Die an sich dunkle Geschichte wurde aber noch durch die Einmischung des 23jährigen Gemeinde- Köpelmann aus Deuben. K. benutzte seine Wissenschaft Sache, um mit dem Kinde ein Liebesverhältnis anzuknüpfen. ater des jungen Mädchens war K. als Mädchenjäger bekannt, seiner Tochter den Umgang mit ihm. Heimlich verkehrten Leute aber weiter miteinander und schrieben sich postlagernd Liebesbriefe. K. gelang es unter Anwendung des denkbar seelischen Druckes, das junge Mädchen zum Schreiben eines Schuldirektor gerichteten und von ihm diktierten Briefes zu , worin die Schreiberin jene Angaben über den Lehrer Sie erklärte darin u. a., sie wolle lieber als Lügnerin da- als eine Familie ins Unglück stürzen. (Der betreffende Lehrer it 1907 verheiratet.) Jetzt stellte der Lehrer Schreiber gegen dchen Strafantrag wegen Verleumdung. Er schloß sich dem fahren als Nebenkläger an. Außer mehreren Zeugen waren Verhandlung der Schulrat Fink und als Sachverständiger Butter erschienen. Da sich der Nebenkläger um eine Kantor- Döhlen beworben hat, wohnte der Verhandlung auch der Ge- stand von Döhlen bei. Von dem Ausgange dieses Prozesses die wirtschaftliche Existenz des Nebenklägers als Lehrer jugendliche Angeklagte blieb mit aller Bestimmtheit bei der Darstellung des Vorganges stehen. Der Nebenkläger war Klassenlehrer. Nach ihrer Behauptung ist sie vor dem frag- Vorgange einige Male der Einladung Schreibers zu einem gefolgt, bis dieser sie in seine Wohnung bestellt habe, zu ihm zu bringen. Der als Zeuge vernommene Neben- behauptete unter Eid, die Angeklagte habe niemals Bücher zu , er habe sie niemals bestellt, sei nie mit ihr spazieren und habe auch nie freundschaftlich mit ihr gesprochen. Als Angeklagte die einzelnen Vorgänge vorhielt, erwiderte er, er davon nichts. Gegenüber dieser eidlichen Zeugenaussage sind zwei gravierende Tatsachen nicht aus der Welt zu schaffen. ngeklagte vermag eine ziemlich genaue Schilderung der Wohnung ehrers sowie deren innerer Einrichtung zu geben. Sie machte Angaben über das Vorhandensein eines Bildes, das Sch. als darstellt. Sch. besitzt ein solches Bild. Ferner hat Sch. ihr „Seebad" Leipzig eine Ansichtskarte geschrieben, die statt der die Worte enthielt: „Rate mal, wer ich bin." Diese letzte vereinbart sich durchaus nicht mit der Angabe des Zeugen, er in keinerlei Beziehungen zu dem Mädchen gestanden haben — Der Zeuge Kögelmann behauptet, mit der Angeklagten einmal verkehrt zu haben. Das wird von dem Mädchen ganz ent- in Abrede gestellt. Dieser Zeuge ist vollends ein psychologisches . Er hat sich in die Sache eingemischt, ohne daß hierfür ein ersichtlich wäre. Zunächst wurde angenommen, daß er sich der tigung schuldig gemacht habe. Er und Sch. bestreiten aber, miteinander gesprochen zu haben und sich zu kennen. Wäre die des Zeugen richtig, dann würde sich sein Verhalten dem gegenüber als eine Teufelei sondergleichen darstellen. In ist aber hinter seine Aussage ein großes Fragezeichen zu , denn der Amtsanwalt wies ihm aus seinen eigenen Briefen edene direkte Unwahrheiten an seiner Aussage nach. Zahlreiche sprechen dafür, daß die von dem Zeugen geschilderten Vor- ein Phantasieprodukt von ihm sind. Hierfür spricht besonders Ton, in dem seine Briefe an die Angeklagte gehalten sind. macht er ihr weis, er liege todkrank danieder und es würde sein Tod sein, wenn sie der Wahrheit gemäß angebe, daß er ihr Brief an den Schuldirektor diktiert habe. Trotz dieser dreisten auptungen bleibt der Fall dunkel wie zuvor. Diese Auffassung auch der Amtsanwalt, der erklärte, die Anklage wegen Ver- nicht halten zu können. Er beantragte nur Bestrafung wegen nicht erweislich wahrer Tatsachen. (§ 186 R.-Str.-) Das Gericht hielt aber für erwiesen, daß die Behauptungen jungen Mädchens unwahr waren und daß sie wider besseres Wissen wurden. Das Urteil lautete auf 3 Wochen Gefängnis.

Deutscher Reichstag.

Sitzung. Mittwoch, 16. März, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg und ssekretäre.

Die Debatte über auswärtige Politik wird fortgesetzt.

Abg. v. Dirksen (Reichsp.) wendet sich zunächst gegen die Stim- mache der Mannesmannpartei und polemisiert darauf gegen demann, der Preußen und den Reichskanzler in ungerechtfertigter herabgesetzt habe. (Beifall rechts.)

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Das Berggesetz, auf das die Mannesmannschen Konzessionen stützen, entspricht unzweifel- nicht den Festsetzungen der Algecirasakte. Es besteht kein tat- cher, kein rechtlicher und kein politischer Grund, zugunsten der hohen wirtschaftlichen Werte der Mannesmannkonzessionen eine k des Vertragsbruchs zu betreiben. Ich meinerseits werde mich zu einer solchen Politik hergeben. Innerhalb der durch inter- nale Verträge und Abmachungen gezogenen Grenzen werden die wirtschaftlichen Interessen des Herrn Mannesmann fördern, und diese Förderung auch nicht durch das Auftreten der Brüder Mannesmann erleichtert ist. (Sehr richtig!) Die Preßangriffe auf gebliche Schwäche und Nachgiebigkeit der auswärtigen Politik diese vor dem Inland und Ausland. Beweise für die uptungen kann man nicht erbringen und hat auch Herr Strese- nicht erbracht. Ich werde der auswärtigen Politik, diesem en Teile meiner Aufgaben, meine höchste und ernstliche Auf- samkeit zuwenden. Man hat meine angeblich schwächliche und auswärtige Politik mit der inneren Politik in Verbin- bracht. Ich bitte aber

alle Parteien ohne Ausnahme

Unterstützung der Regierung in der auswärtigen Politik nicht von inneren Politik abhängig zu machen. Auch ich lasse mich durch nge der inneren Politik nicht in der auswärtigen Politik beirren, eil ich von dem Vertrauen getragen bin, daß in allen Fragen der lung Deutschlands in der Welt der

ganze Reichstag einig sein wird.

(Bravo!)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Vgg.): Herr Scheide- hat den Reichskanzler und den Polizeipräsidenten plump an- en. Ich meinerseits habe mich über die energische preußische Sprache des Polizeipräsidenten gefreut. (Große Heiterkeit links.) Den Demonstranten täte ein kalter Wasserstrahl not. (Zuruf: Ihnen könnte er auch nicht schaden! Heiterkeit links.) Alsdann schilt Redner auf den Staatssekretär Schoen, der eine welfische Politik treibe, die nach matter Limonade schmecke. (Beifall bei den anwesenden drei Antis.)

Abg. Dove (Fortschr. Volksp.) verzichtet unter lebhaftem Beifall der Linken darauf, auf die Ausführungen des Vorredners einzugehen, hebt hervor, daß die reaktionäre Politik im Inlande nicht ohne schädliche Rückwirkungen auf Deutschlands auswärtige Politik bleiben könne, spricht aber im übrigen dem Reichskanzler trotz scharfen Gegensatzes zu seiner inneren Politik das Vertrauen seiner Partei in Sachen der auswärtigen Politik aus und schließt sich namentlich den Ausführungen des Kanzlers über die Mannesmannaffäre an. (Lebh. Beifall links.)

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Die Angriffe des Abg. Liebermann v. Sonnenberg auf das Auswärtige Amt und seinen verdienstvollen Leiter sind (äußerst erregt) das Unerhörteste, was mir je vorgekommen ist. (Lebh. Zust. im Z. und links.) Ich weise solche Verunglimpfungen auf das entschiedenste zurück. (Lebh. Zust. auf der gesamten Linken, im Z. und bei einem Teil der Rechten.) Ich weise auch zurück die Unterscheidung, die der Abgeordnete zwischen dem Auswärtigen Amt und mir gemacht hat. Ich trage die volle Verantwortung für die auswärtige Politik; hat man Beschwerden, wende man sich an mich. (Lebh. Beifall beim größten Teil des Hauses.)

Staatssekretär v. Schoen wendet sich gegen die Angriffe auf die Tätigkeit der deutschen Konsulate. Die Konsulate erfüllen in jeder Beziehung ihre Pflicht; aber unerfüllbare Forderungen, wie z. B. Beeinflussung der Rechtsprechung anderer Länder, können sie natürlich nicht erfüllen. (Sehr richtig! links.) — In bezug auf die Zulassung deutscher Juden in Rußland sind Vorstellungen erhoben worden; Rußland hat erklärt, daß eine Aenderung seines gesamten Paßwesens geplant sei; vorher könne nichts geschehen. Die Behauptung des Abg. Hansen, daß wir Dänemark gegenüber die Vertragstreue verletzen, ist entschieden zurückzuweisen. Mit aller Entschiedenheit weise ich die Angriffe des Abg. Liebermann v. Sonnenberg zurück, der sich auf die Seite derer gestellt hat, die mit Klatsch und Tratsch gegen mich arbeiten. (Beifall.)

Abg. Dr. Arning (natl.) bestreitet, daß das deutsche Volk durch die Mannesmann-Presse belogen worden sei und tritt für die Gebrüder Mannesmann ein.

Abg. Dr. David (Soz.): Was die Gebrüder Mannesmann beanspruchen können, sind Billigkeitsgründe, und die hat man ihnen von vornherein zugestanden. Die Budgetkommission in ihrer großen Mehrheit hat durchaus den Standpunkt des Auswärtigen Amtes akzeptiert. Gewisse Leute hätten am liebsten am Feuerchen der Mannesmannfrage einen Weltkrieg entzündet. Selbstredend haben wir uns auf das schärfste gegen derartige Frivolitäten gewandt. Die Alldeutschen haben sich als beste Stütze einer antidemokratischen Politik vorgestellt. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wir wahren die höchsten Interessen des deutschen Volkes gegenüber dem unverantwortlichen Treiben einer Clique; aber die Unterstellung, daß wir die Interessen des Auswärtigen Amtes um der schönen Augen des Herrn v. Schoen willen vertreten, ist geradezu lächerlich. Auch wir haben dem Auswärtigen Amt Unterlassungssünden genug vorzuwerfen. Es ist nicht dem Paßzwang gegenüber ausländischen Arbeitern und den Schiffahrtsabgaben entgegengetreten, obwohl beides höchst störend in unsere auswärtigen Beziehungen eingreift. Unser Standpunkt in der Mannesmann-Affäre wurde diktiert von der Ueberzeugung, daß Einzelinteressen gegenüber Gesamtinteressen zurückzustehen haben. Es mag ja sein, daß, wie Herr Stresemann sagte, die ganze diplomatische Geschichte eine Diebesgeschichte ist (Heiterkeit), wir aber halten Ehrlichkeit und Rechtsgefühl im internationalen Verkehr für besser als gegenseitige Begaunerung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Der Kardinalpunkt der Frage des Weltfriedens ist unser Verhältnis zu England. Die englischen Marinemilliardenforderungen sind das Resultat der deutschen Flottentreiberei, die Herr v. Holstein mit Recht als perfide bezeichnet hat. Bei ihrem Eintritt in das Amt war die liberale Regierung zu Flottenreduktionen geneigt. Sie hat aber mit ihren offiziellen und inoffiziellen Anregungen kein Entgegenkommen in Deutschland gefunden, und hat jetzt unter dem Eindruck der Chauvinistenerfolge bei den letzten Wahlen die von den Konservativen geforderte ungeheure Flottenvermehrung in ihr eigenes Programm aufnehmen müssen. Die Erklärung des jetzigen Herrn Reichskanzlers klang ja entgegenkommender als die des Fürsten Bülow. Hoffentlich folgt ihr die Tat. Wäre unser Antrag auf Begrenzung der Flottenrüstungen im vorigen Jahre angenommen worden, so wäre das eine vortreffliche Waffe der englischen Liberalen gegen die Marinisten, Chauvinisten und Schutzzöllner geworden; daß ein englischer Schutzzoll eine kolossale wirtschaftliche Gefahr für Deutschland bedeutet, gab gestern ja auch Graf Kanitz zu. Es ist ja auch bekannt, wie sehr der französische neue Hochschutzzolltarif die deutschen Interessen bedroht. Statt aber, wie Herr Bassermann in einer Resolution vorschlägt, für den Zollkrieg zu rüsten, sollten wir lieber auf eine internationale Verständigung auf Herabsetzung der Zollsätze hinwirken, zumal auf Antrag unseres Freundes Jaurès die französische Kammer einen derartigen Antrag angenommen hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nur auf diesem Wege ist eine Wirtschaftskatastrophe von kolossalen Dimensionen zu vermeiden, die allerdings das eine Gute haben würde, die preußische Junkerschaft hinwegzufegen. Das preußische Volk wird nicht ruhen, bis es diese Junkerherrschaft gestürzt hat. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Jedem Volke seine nationale Selbständigkeit, im Verkehr mit den Völkern die Verwirklichung des alten christlichen Ideals der Solidarität: das ist das Prinzip unserer Internationalität. So will ich denn schließen mit dem Worte eines Führers der englischen Arbeiterpartei, hinter der bereits 1½ Million englischer Arbeiter stehen: „Je stärker die internationale Arbeiter- und sozialistische Bewegung wirkt, desto unmöglicher wird es für Diplomaten, Aristokraten, Kriegshetzer und Völkerverhetzer werden, die Arbeiterklassen aller Länder in einen Krieg gegeneinander zu hetzen." (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär v. Schoen bestreitet, daß die Schiffahrtsabgaben einen Vertragsbruch gegenüber Oesterreich bedeuten sollen.

Die Debatte wird geschlossen, der Titel Staatssekretär wird bewilligt.

Beim Kapitel „Gesandtschaften und Konsulate" stellt Abg. Gothein (Fortschr. Volksp.) fest, daß es stets die preußische Regierung ist, die mit Subventionierung nationalistischer Hetzblätter, mit Zollkriegsempfehlungen und Schiffahrtsabgaben usw. störend in unsere Beziehungen zum Ausland eingreift und dem Auswärtigen Amt die Pflege guter internationalistischer Beziehungen erschwert. (Zustimmung links.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Die Madeira-Mamoré-Gesellschaft baut in Brasilien eine Eisenbahn, wozu sie deutsche Arbeiter suchte. Unser Auswärtiges Amt und die Zentrale für Auswandererwesen warnten ausdrücklich. Trotzdem fanden sich mehrere hundert Arbeiter bereit, weil ihnen der Verdienst von 15 M. und eine achtstündige Arbeitszeit — für jenes Klima ist das außerordentlich viel — zugesichert waren.

In Hamburg warnte auf Veranlassung des Auswärtigen Amts der Senat die Arbeiter noch einmal. Diese Warnung war aber vergebens, weil ein Telegramm vom deutschen Konsul in Manaos einmal, der das Klima für erträglich erklärte. Als die Arbeiter in Manaos ankamen, wurde ihnen erklärt, der in Deutschland geschlossene Vertrag sei ungültig, sie bekämen nur 8 M. und müßten 16 Stunden arbeiten. Bei ihren Beratungen wurden sie von Angestellten der Gesellschaft mit geladenen Flinten bewacht. Unter diesem Druck sind etwa 200 auf die Bedingungen eingegangen, die anderen wurden in den Urwald getrieben. (Hört, hört! bei den Soz.) Sie bauten sich Flöße, um zurückzukehren, eines zerbrach, ein Teil der Arbeiter ertrank, ein Teil wurde von den Indianern ermordet, ein Teil wurde nach Manaos zurückgebracht, fast alle in krankem Zustand. Auch dann hat sich der Konsul wieder ganz unglaublich benommen. Erst ließ er die Leute auf der Straße liegen und dann auf Karren ins Spital schaffen, wo in fünf Tagen neun von ihnen starben.

Endlich nahm sich der Konsul in Rio de Janeiro der Leute an. 44 ließ er nach Hamburg zurückbringen, wovon freilich nur 38 lebend ankamen. In Hamburg wurde ihnen ein Revers zur Unterschrift vorgelegt, wonach sie sich verpflichten sollten, die Reisekosten an das Auswärtige Amt zurückzuzahlen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Ich möchte alle Parteien bitten, in ihrer Presse die Arbeiter vor der Madeira-Mamoré-Gesellschaft zu warnen, den Staatssekretär aber frage ich, in welcher Weise er sich mit dem Konsul in Manaos auseinandergesetzt hat. (Bravo! bei den Soz.)

Direktor im Auswärtigen Amt Franßius gibt die Darstellung des Abg. Scheidemann als richtig zu.

Abg. Dr. Heckscher (Freis. Vgg.): Wir haben in der Erklärung der Regierung vermißt, was mit dem Konsul in Manaos geschehen ist, durch dessen Verhalten ein wahrhaft frevelhaftes Spiel mit dem Leben deutscher Arbeiter getrieben wurde.

Abg. Scheidemann (Soz.): Ich bitte das Auswärtige Amt, eine strenge Mahnung an unsere Vertreter im Auslande ergehen zu lassen, in derartigen Fällen sinngemäße Auskunft zu erteilen und nicht auf kapitalistische Gesellschaften Rücksichten zu nehmen, wie es hier geschehen ist. (Bravo! bei den Soz.)

Direktor Franßius: Wir haben von dem Konsul in Manaos einen Bericht gefordert, der noch nicht da ist. Es handelt sich um einen Wahlkonsul, der dort lebt und das Klima wahrscheinlich nicht für sehr schlecht hält.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Allgemeine Fonds" werden von 1 300 000 M. „zu geheimen Ausgaben" gemäß Kommissionsantrag 300 000 Mark gestrichen. Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt.

Etat des Reichsschatzamtes.

Die vorliegenden Resolutionen zur Cosinfrage und Veteranenfrage werden zur Beratung nach Ostern zurückgestellt.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) u. Gen. wünscht Aenderung des Tabaksteuergesetzes dahin, daß den Einzelstaaten weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Hausgewerbetreibenden und Arbeiter, die infolge des Gesetzes arbeitslos geworden sind, ausreichend zu unterstützen.

Abg. Stolle (Soz.): Der Reichstag hat am 4. März v. J. eine Petition um Wiedereinführung des Identitätsnachweises und Aufhebung der Ausnahmetarife der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Hierauf ist nichts geschehen, während agrarischen Wünschen sofort Rechnung getragen wird. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch in diesem Jahre hat sich die Roggenausfuhr bedeutend vergrößert, und durch das System der Einfuhrscheine wird die Reichskasse jährlich um viele Millionen geschädigt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich frage, was gedenkt die Regierung demgegenüber zu tun? Sie handelt wie immer auf Kommando der Agrarier. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Redner weist aus der Statistik nach, daß trotz der guten Ernte die Brotpreise gestiegen sind. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auf dem Gastmahl des Landwirtschaftsrats hat Graf Schwerin-Löwitz gesagt, die Verteuerung der Lebensmittel rühre von den gesteigerten Löhnen der Arbeiter her. Ich frage den Präsidenten, was für Löhne die Arbeiter bekommen.

Präsident Graf Schwerin: Der Präsident des Reichstags ist nicht in der Lage, Auskunft zu geben über das, was der Graf Schwerin-Löwitz im Landwirtschaftsrat gesagt hat. (Große Heiterkeit.)

Abg. Stolle (Soz.) (fortfahrend): Nun, die Arbeiterlöhne, die Graf Schwerin so hoch findet, betragen ganze 13 Pf. in der Stunde. (Hört, hört! bei den Soz.) Es ist Zeit, mit der gesamten Zollpolitik zu brechen. (Bravo! b. d. Soz.)

Reichsschatzsekretär Wermuth: Eine Denkschrift über die Einfuhrscheine wird dem Reichstage in den nächsten Tagen zugehen.

Die fortdauernden Ausgaben werden bewilligt.

Zu den einmaligen Ausgaben steht der bereits mitgeteilte Antrag Albrecht (Soz.) zur Debatte sowie ein weiterer Antrag Albrecht, den Wortlaut des von der Kommission beantragten Titels auf Unterstützung der Tabakarbeiter abzuändern.

Reichsschatzsekretär Wermuth: Der Fonds von 4 Millionen wird im Hochsommer zu Ende gehen. Für die weiteren Unterstützungen wird der von der Kommission eingesetzte Betrag von 740 000 M. reichen bis der Reichstag wieder zusammentritt. Sollte das aber nicht der Fall sein, so werde ich mich zu weitherziger Auslegung des Gesetzes berechtigt erachten.

Abg. Molkenbuhr (Soz.): Unser Antrag auf Abänderung des Gesetzes würde alle Schwierigkeiten beseitigen.

Daß die vier Millionen nicht reichen, haben wir vorausgesagt. Das Zentrum hat aber den Fonds auf vier Millionen beschränkt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Mit Rücksicht auf diese geringe Summe wird nun eine Reihe von Bedürftigen von der Unterstützung ausgeschlossen, zunächst viele kleine Fabrikanten, die eigentlich Arbeiter sind und ihr Gewerbe aufgeben mußten. Ebenso auch Zigarrenarbeiter, die infolge der Finanzreform brotlos wurden. Ferner sind Leute ausgeschlossen, die Zigarrenmacher waren und vom Militär kamen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Wie sollen die Zollbehörden überhaupt die Hilfsbedürftigkeit feststellen? Deshalb haben wir in unserem Antrag verlangt, daß die Worte: „in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit" zu streichen sind, denn es darf nicht nur dann ein Arbeiter unterstützt werden, wenn er schon soweit heruntergekommen ist, daß er Armenunterstützung bezieht. (Zustimmung bei den Soz.)

Ich bitte um Annahme unserer Anträge. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Everling (natl.): Für meine Person stimme ich für Streichung der Worte: „in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit."

Ministerialdirektor Kühn bittet, die Worte aufrecht zu erhalten.

Abg. Hormann (Fortschr. Volksp.) spricht sich für die Streichung aus.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.): Am praktischsten wäre es, eine neue entsprechendere Fassung zu finden.

Inzwischen ist ein Antrag Bebel (Soz.) und Genossen eingegangen, anstatt der zu streichenden Worte zu setzen: „Die wegen der Aenderung des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909 arbeitslos geworden sind."

Der Antrag Bebel wird angenommen und mit dieser Aenderung der Antrag der Kommission.

Die einmaligen Ausgaben werden bewilligt und der Rest des Etats debattelos erledigt.

Beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern rügt Abg. Huber (Soz.) Härten der bayrischen Zollverwaltung und Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.) Unstimmigkeiten in den Ausführungsbestimmungen zum Branntweinsteuergesetz.

Der Etat wird bewilligt! Debattelos bewilligt werden der Etat der Reichsschuld, Etatsreste und das Etatsgesetz. Die Novelle zum Besoldungsgesetz betreffend Stellung der Veterinäre wird in erster und zweiter, das Reichskontrollgesetz in zweiter Lesung debattelos angenommen, desgleichen die Resolution Bassermann (natl.) auf Regelung des Rechnungswesens und auf kaufmännische Buchführung in den Reichsbetrieben.

Hierauf vertagt das Haus sich auf Donnerstag vormittag 10 Uhr (dritte Lesung des Etats, der Novelle zur Besoldungsordnung, des Reichskontrollgesetzes).

Schluß 9¼ Uhr.

Vereinskalender für Freitag.

6. Kreis. Bezirk Gittersee-Coschütz. Abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung in Bormanns Gasthof in Zschiedge.

6. Kreis. Bezirk Deuben und Umg. Abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung in Kunaths Restaurant in Deuben.

Vereinigter Männerchor und Freie Sänger, Plauen. Singstunde im Kaulbachhof.

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund, System Arends. Abends 8½ Uhr Uebungsabend im Kleinen Volkshaus, Plauen.

Victoria-Salon.
„Eine Haremsnacht"; die schöne Amerikanerin Miss Mabel Berra; die Humoristen Böhme u. Schubert; 3fache Reckturner Artols; Familie Adelmann usw.
Anfang 8 Uhr. Sonntags nachm. 4 und abends 8 Uhr.
Tunnel-Kabarett: Total neues Ensemble.

Brauchen Sie einen neuen Anzug oder Paletot so besichtigen Sie bitte erst unser Lager: **Wilsdruffer Str. 16, I. Et.**, bevor Sie anderweit kaufen.

Ersparnis hoher Ladenmiete und teilweise eigene Fabrikation der Stoffe ermöglichen uns, Ihnen wesentliche Vorteile beim Einkauf zu bieten.

Fertige Herren-Anzüge:

Jackett-Anzug aus Reise-Cheviot, gut tragfähig, in prakt. Farben, mit guten Zutaten . . M. **15.75**

Jackett-Anzug aus modebraunem Kammgarn, mit guten Zutaten . . . . . M. **22.00**

Jackett-Anzug aus dunkelgemust. Buckskin, sehr haltbar, mit guten Zutaten . . . . . M. **25.50**

Jackett-Anzug aus hochmodernem Sommer-Kammgarn mit soliden Zutaten **26.50**

Jackett-Anzug aus kräftigem, graugestreiftem Kammgarn, hochmodern, auf Rosshaar gearb., M. **32.00**

Jackett-Anzug aus pa. Aachener Kammgarn, effektvolle neue Ausmusterung, auf Rosshaar, M. **39.00**

Fertige Sommer-Paletots:

Sommer-Paletot aus modefarbig. Diagonal in hochmod. Fischgrätenmuster, a. Rosh. gearb. M. **21.50**

Sommer-Paletot, elegant. dunkler Palet., marengo mit zarten Streifen und pa. Sergefutter, M. **27.50**

Sommer-Paletot aus gestr. mittelgrauem Diagonal, Revers u. Spaz. v. Seidenserge, a. vorn., M. **36.00**

Sommer-Ulster in hellen englisch. Mustern, vornehm. weiter Schnitt, innen mit Kappnähten, M. **28.50**

Pelerinen aus gutem Strichloden . . . . von M. **5.50—10.50**

Pelerinen aus verzfal. chem. sogen. Kamelhaar-Loden . . . . von M. **12.50—15.50**

Konfirmanden-Anzüge

aus kammgarn oder kammgarnähnl. Cheviot, blau oder schwarz, mit guten Zutaten und solider Verarbeitung

Anzug: 11.50, 13.75, 15.50, 17.50 bis 26.00 M.

Knaben-Anzüge

Neuheiten für Frühjahr und Sommer, aus solidem Stoff, i. modernen, praktischen Fassons

Anzug: 3.75, 4.90, 5.75, 6.75 bis 18.00 M.

Knaben-Paletots

solide blaue Pyjass in entzückender Ausführung

Paletot: 6.50, 7.57, 8.75, 9.50 bis 13.75 M.

Praktische Schul-Anzüge in grosser Auswahl sehr preiswert

Unsere fertige Konfektion ist nur aus nadelfertigen Stoffen gearbeitet, so dass ein Einlaufen derselben beim Tragen ausgeschlossen ist.

Boesig & Co. Görlitz :: Dresden

Verkaufsstelle in Dresden: **Wilsdruffer Str. 16, I. Etg.,** kein Laden.

Kinematograph

Radebeul, Dresdner Str. 10 unterhalb der Krone. **Leuben,** Schulstr. 3 gegenüber der Malzfabrik.

Freitag, Sonnabend, Sonntag und Montag

ununterbrochene Dauer-Vorstellung.

Sonntag von 2—11 Uhr, Freitag, Sonnabend und Sonntag von 5—11 Uhr

Es laden ergebenst ein **A. Ritter & Ko.**

Achtung! Achtung!

Meiner werten Kundschaft zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich die bei mir aushelfenden Kollegen nach den Lohnsätzen des neuen Tarifs bezahle und bitte, sich davon überzeugen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Robert Schmidt, Schneidermeister, **Potschappel.**

Pillnitzer Str. 14,	Tel. 3102.	Kesselsdorfer Str. 47	Tel. 4114.
Blaunstraße 4,	„ 2257.	Wettinerstraße 17,	„ 1635.
Bismarckplatz 13,	„ 4162.	Rosenstraße 43	„ 1735.
Rollnerstraße 12,	„ 3806.	Hechtstraße 27,	„ 4596.
Bienertstraße 11,	„ 4871.	Torgauer Straße 40,	„ 1530.
Warthaer Str. 14,	„ 4665.	Trompeterstraße 5,	„ 2967.
Pirnaenbauerstr. 24,	„ 3070.	Kesselsdorfer Str. 18,	„ 4114.

Kontore, Lagereien, Versand: **Wölfnitzstr. 1. Tel. 1034.**

Infolge riesiger Fänge

sind die

Fischpreise wieder gesunken.

In feinsten Qualitäten aus unserem Hochsee-Fischdampfer „Frigg":

Kabljau, ohne Kopf in ff. großen Fischen . . . . . **Pfd. 16** Pf.

Seelachs, ohne Kopf in ff. großen Fischen . . . . . .

Schellfisch, ohne Kopf in ff. großen Fischen . . . . . **Pfd. 22** Pf.

Schellfisch, „Helgol." ff. mittelgroßer . . . . . .

Austernfisch, ohne Kopf in delikaten, fetten Exemplaren . . . **Pfd. 25** Pf.

Goldbarsch, ohne Kopf fett wie Tafelkarpfen . . . . . .

Ganz besonders empfehlenswert ist wieder:

Angelschellfisch, Pfund **25 Pf.**

in ausgewählt großen, fleischigen Exemplaren. . Pfd. 30 Pf.

Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis.

Täglich frisch vom Rauch:

ff. grosse Fettpöklinge . . . . . Kiste **90** Pf.
bei 10 Kisten a **85** Pf., 25 Kisten a **80** Pf., 50 Kisten a **75** Pf.

Feinste echte Makrelen . . . . . ½ Pfd. **25** Pf.

ff. geräucherter Schellfisch . . . . ½ Pfd. **15** Pf.

ff. ger. Stromlachs, mild und fett, in Stücken, Pfd. **120** Pf.
für auswärts in Hälften von etwa 8 Pfd. . . Pfd. **100** Pf.

ff. Kieler Speckaal, starker . . . . . ½ Pfd. **40** Pf.

Zu **Heringssalaten** sehr empfehlenswert:

Riesen-Speckheringe . . **3 Stück 25** Pf.
die etwa 8 Zentner schwere Tonne, etwa 850 Stück . . 31 M.

Riesen-Speckheringe, das Stück fast ein Pfund schwer. . **10** Pf.
die etwa 8 Zentner schwere Tonne, etwa 850 Stück . . 33 M.

Walzkes Ball-Etablissement, Dr.-Mickten.

Sonntags feiner Residenz-Ball.

Empfehle meinen freundl. kleinen Saal als Vereinszimmer, zur Abhaltung von Hochzeiten, Familien- u. Vereinsfestlichkeiten. Raum bis 120 Personen.

Achtungsvoll **Walzke.**

Geschäfts-Uebernahme.

Einer hochgeehrten Einwohnerschaft von **Coschütz und Umgegend** hierdurch zur gefl. Kenntnis, daß ich am 15. März mein

Kolonialwaren-Geschäft

an Herrn **Rob. Alex. Fischer** käuflich abgetreten habe. Hierdurch danke ich nochmals meiner geehrten Kundschaft, Partei- und Gewerkschaftsgenossen für das mir geschenkte Vertrauen und Wohlwollen und bitte, dasselbe auf meinen Nachfolger gütigst zu übertragen.

Hochachtungsvoll **A. Hempel.**

Auf obiges höflichst Bezug nehmend, richten wir an die verehrte Kundschaft von **Coschütz und Umgegend** die ergebene Bitte, das unserem Vorgänger erwiesene Wohlwollen gütigst auf uns zu übertragen. Es wird unser eifrigstes Bestreben sein, stets mit guter und reeller Ware zu dienen und bitten ergebenst, uns in unseren Bestrebungen gütigst zu unterstützen.

Coschütz, am 15. März 1910.

Hochachtungsvoll

Rob. Alex. Fischer und Frau.

Zuerst kommt Palmona,

denn sie ist reine Pflanzen-Butter-Margarine, ersetzt die unerschwinglich teure Kuhbutter vollkommen und übertrifft alle anderen Fette an Reinheit und Wohlgeschmack.

H. Schlinck & Cie. A.-G.

Alleinige Produzenten von „Palmin" und „Palmona"

Paul Kaden Wäsche u. Manufakturwaren
Spezialität: Turnbekleidung
Pirnaschen, Torgauer Strasse 88.

Möbel aller Art kauft man am vorteilhaftesten bei
Curt Wilkerling
Pirnaschen, Mohnstr. 1. Auch auf Teilzahlung

Soeben erschienen:

Die neuen Reichsfinanzgesetze

Textausgabe mit Register.

Inhalt: 1. Gesetz, betr. die Ordnung des Reichshaushalts und die Tilgung der Reichsschuld vom 8. Juni 1906. Gesetz, betr. Aenderung im Finanzwesen vom 15. Juli 1909. 2. Leuchtmittelsteuergesetz. 3. Zündwarensteuergesetz. 4. Branntweinsteuergesetz. 5. Brausteuergesetz. 6. Schaumweinsteuergesetz. 7. Tabaksteuergesetz. 8. Stempelsteuergesetz. 9. Wechselstempelgesetz. 10. Reichsstempelgesetz. 11. Erbschaftssteuergesetz.

Preis 2 Mark.

Volksbuchhandlung, Dresden, Zwingerstr. 21.

Wir empfehlen als ganz besonders geeignet zu

Konfirmations-Geschenken

in eleg. Einbänden von Leinen oder Leder mit Goldschnitt

Schillers Gedichte von a M. 1.50 an
Goethes Gedichte von a M. 1.50 an

sowie sämtliche Klassiker.

Volks-Buchhandlung Dresden-Altstadt
Große Zwingerstraße 14.

Grosse frische

Eier

1 Stück 6 Pf., 1 Mandel 85 Pf.
1 Schock 3.30 M.

F. E. Krüger
Webergasse 18
Filiale: Schäferstraße 15. Telephon 1912.

Freier Versand nach allen Stadtteilen.

Bestell. auf Kohlenfuhren nimmt entgegen Ernst Pfuhner, Coschütz, Dresdner Straße 63, Hh.

Meine Uhr geht nicht mehr! Wo soll ich sie hinschaffen? Zu

H. Lorenz
nur Schäfergasse Nr. 4
neben Herzfeld
vom Altmarkt aus rechte Seite
wo man alle Uhren aus und billig reparirt. Preisangabe sofort.
Neue Uhren billigst.
Trauringe in grosser Auswahl
und in allen Preislagen.

Wir empfehlen:

Stern-Büchlein
für das Jahr 1910
Erste Einführung in die Astronomie
Mit 12 Monatskarten und vielen Abbildungen
Preis 75 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
u. die Zeitungsträger.

Niederpesterwitz.

Bestellung auf die Dresdner Volkszeitung sowie auf sämtliche Parteiliteratur nimmt entgegen

W. Heinrich
Oberpesterwitzer Straße 38.

Kinder-, Sport-Liegewagen

sind billig zu haben bei
Felix Löbner, Sattlermstr.
Potschappel, Wilsdruffer Str. 3

Militärschuhe und Stiefel

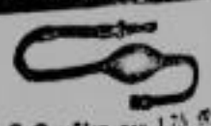
Ko firmanden- u. Tanzschuhe
Rich. Nicolai, Fl. Brüdergasse

---

2 Pfd. Kindlesteh

Schumannstr. 3L, Ecke Nordstr.
G. K.

Mutterspritzen



mit 2 Ventilen von 1.75 M.
Spülkannen, Leibbinden, Gummiartikel, Kopfkissen, Bettfedern, Federn, Federpulver, Kopfkissenbezüge

Frauen-Artikel

Versandhaus, Bad Kötzschenbroda

Frau Heusinger
37 Am See 37
Ecke Tippoldiwalder Platz
Man achte auf die Firma.

Ein guter Artikel zu billigen Preisen, gute Arbeit, Anzüge, Hemden, Hosen, Kostüme, Schlafröcke, Schlafanzüge, Wäsche

Idee?

Rover, Nähmaschinen
zw. Leipzi. Str. Brüdergasse

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 62. | Dresden, Donnerstag den 17. März 1910. | 21. Jahrgang.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

Sitzung vom 16. März, vorm. 10 Uhr.

(Schluß.)

Abg. Nitzsche (Soz.):

...ie von einem großen Teil der Presse gegen das Präsidium ein... Hetze ist der Erörterung einer so trockenen Frage, wie es die ...ist wenig günstig: die Ausführungen des Berichterstatters ...de in der großen Unruhe des Hauses zum großen Teil unverständlich ...Der Antrag Hettner hatte ursprünglich den Zweck, die ver...en Auslegungen des § 10f des Wahlgesetzes zu verhindern oder ...vorzubeugen. § 10f betrifft das Wahlrecht der Steuerrestanten. ...waren bisher vom Wahlrecht ausgeschlossen, wenn es sich um ...reste handelte, die schon länger als 10 Jahre zurückliegen. Das ...den Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben, weshalb verschiedene ...inden bereits durch ortsgesetzliche Bestimmungen die Verjährung ...teuern geregelt haben. Schon bei der Vorberatung des Antrages ...habe ich darauf hingewiesen, daß der Gesetzgeber nur gewollt ...daß Steuerreste, die länger als ein Jahr vor der Wahl zurück..., die Wahlentrechtung zu Folge haben. Damals ist kein Ver... gemacht worden, meine Ausführungen zu widerlegen, man kam ...mit maliziösen Redensarten, damit kann man aber keine Be...führung erschüttern. Nach den vorliegenden Anträgen muß die ...der Nationalliberalen als unklar bezeichnet werden. ...legt man sich die Frage vor: **Wird eine Klarheit be...lich des § 10f durch die vorliegenden Deputa...tionsanträge gebracht?** so muß man darauf eine ver...nende Antwort geben. Es wird nicht erreicht, was ursprünglich ...dem Antrage Hettner beabsichtigt worden ist. Demgegenüber muß ...betonen, daß es ein Leichtes gewesen wäre, dem § 10f eine solche ...ng zu geben, die jeden Zweifel ausschloß. Auch die Regierung ...es abgelehnt, den § 10f abzuändern, so daß man beinahe auf die ...mutung kommen muß, daß sie, wozu allerdings kein Anlaß vor..., auf den § 10f besonders stolz ist. Durch die ablehnende ...ung der Regierung wurde natürlich die Situation in der Depu...n sehr erschwert, es mußte nun alles Gewicht auf eine Verkürzung ...Verjährungsfrist gelegt werden. Aber auch insoweit haben sich ...tand Schwierigkeiten ergeben. Durch die Annahme des Antrages, ...r jetzt vorliegt, wird gerade das Gegenteil von einer Einheitlich...erzielt. Der Antrag hat zur Folge, daß es künftig zweierlei Ver...ungsfristen gibt, solche, die Hemmungen kennen, und solche, die ...ihrem Ablauf das Erlöschen der Forderung zur Folge haben. Die ...eitung wird also noch größer werden, alle Zweifel des § 10f ...ben nach wie vor bestehen. Und dabei hat man es mit einer Be...ung zu tun, die ganz anders gehandhabt wird, als es der Gesetz...er gewollt hat. Wir beschränken uns für heute darauf, den Gesetz...urf abzuwarten, dann werden wir weiter Stellung nehmen. Aber ...kann ich schon heute sagen: Wir werden nicht ruhen bis volle ...rteil des § 10f erreicht ist, die allerdings am besten durch gänzliche ...seitigung des § 10f erreicht wird, durch Beseitigung des Plural...rechts und durch Annahme unseres Antrages auf Einführung des ...gemeinen gleichen Wahlrechts. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schönfeld (kons.): Hemmungsbestimmungen müssen vor...den sein, schon mit Rücksicht auf die böswilligen Steuerzahler, die ...sonst wohl um ihre Pflichten drücken, aber dennoch wählen ...

Abg. Hettner (natl.): Alle Erwartungen sind durch die Deputa...tionsanträge gewiß nicht erfüllt worden. Aber ich muß mich doch ...gen den Abg. Nitzsche wenden, der auch heute wieder behauptet ..., wir hätten mit unserem Antrage eine Abänderung des § 10f ...zweckt. Er hat auch hierbei den Nationalliberalen den Vorwurf ...Unklarheit gemacht. Gegen solche Kampfesweise muß ich mich ...entschieden wenden.

Abg. Günther (Fortschr. Volksp.) bedauert die Haltung der Re...gierung, weil dadurch nun doch keine stabilen Verhältnisse geschaffen ...den. Wir stimmen aber dem Antrage zu, obgleich er nicht alles ...füllt, was wir wünschen.

Abg. Nitzsche (Soz.)

...weist darauf hin, nicht behauptet zu haben, daß die Nationalliberalen ...ne Beseitigung des § 10f gewollt hätten. Uebrigens war man nahe ...dran, in der Deputation einer Abänderung des § 10f zuzustimmen, ...ch die Nationalliberalen wollten zustimmen. Es wäre auch dazu ...kommen, wenn die Regierung nicht gesagt hätte, sie mache auf ...nen Fall mit.

Nach einigen kurzen Bemerkungen der Abgg. **Hettner** (natl.) ...d **Langhammer** (natl.) wird dem Votum der Deputation ein...stimmig beigetreten.

Hierauf wird das **Dekret Nr. 12** über den Gesetzentwurf be...treffend einige **Abänderungen des Gesetzes über das Pfandleihgewerbe** ...r Schlußberatung genommen. Nach unwesentlicher Debatte wird der ...ntrag der Deputation, der auf Annahme des Gesetzentwurfs mit ...nigen Abänderungen lautet, zum Beschluß erhoben.

Es folgt die Schlußberatung über den

Justizetat.

Abg. Anders (natl.) verweist als Berichterstatter kurz auf den ...druckt vorliegenden umfänglichen Bericht der Deputation. — Die ...Debatte eröffnet

Vizepräsident Opitz (kons.),

...er die Ueberfüllung des juristischen Berufs beklagt. Trotzdem hält ...die Besetzung der Richterstellen oft schwer, weil die tüchtigsten und ...intelligentesten Leute von der Industrie aufgenommen werden.

Abg. Riem (Soz.)

Bei dem vorliegenden Kapitel ist es selbstverständlich, daß wir ...unsere grundsätzliche Stellungnahme zur Justiz darlegen. Wir er...kennen an, daß die Justiz für den Staat eine große Bedeutung hat. Indessen kommt es darauf an **wie** sie es versteht, die rechtlichen In...teressen der Gesamtheit zu vertreten. Wir geben uns keiner Täuschung ...darüber hin, daß, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, die Justiz bei uns eine **Klassenjustiz** sein muß. Und dies wird solange der Fall sein als man darin fortfährt, das Richterelement nur den be...sitzenden Klassen zu entnehmen. Diese Richter stellen sich begreiflicher...weise in den Dienst der sogenannten „Ordnung". Die ganze Geschichte gibt Zeugnis dafür, daß die Justiz bisher in dieser Richtung benutzt worden ist. Die Klassenjustiz wird solange bestehen, so lange man nicht dazu übergeht, die Richter **allen** Ständen der Bevölkerung zu entnehmen, bis eine Demokratisierung der Justiz erfolgt ist. Zu Schöffen und Geschworenen wurden bisher nur Angehörige der soge...nannten besseren Gesellschaft gewählt, in letzter Zeit hat man freilich mit dieser Gepflogenheit etwas gebrochen, man zieht jetzt auch Arbeiter zur Rechtsprechung heran, aber in ganz unzureichender Weise. Dabei ...be ich, daß die Arbeiter ihre Pflicht als Schöffen und Geschworenen ...und vorurteilslos erfüllt haben. Deshalb fordern wir mit Recht, daß **mehr als bisher Männer aus dem Volke zur Rechtsprechung herangezogen** werden. Auf Grund des Justizverfassungsgesetzes war das zwar schon bisher möglich, trotzdem hat man früher niemals Männer aus dem Volke berücksichtigt. Aus eigener Erfahrung kann ich über einen Fall berichten, in dem der Beamte zu einem Hauswirt, als es sich um Ausfüllung der Hausliste zum Zwecke der Aufstellung der Schöffen- und Geschworenenliste handelte, sagte: Jeden Schuster und Schneider brauchen sie nicht aufzusetzen, die kommen sowieso nicht dran! Es kommt aber auch in Betracht, daß die Arbeiter, die im Leben stehen, mehr als die Angehörigen der besitzenden Klassen in der Lage sind, ein gerechtes Urteil abzugeben.

Ziemlich schlecht bestellt ist es auch mit der **Pflichttreue bei der Ausbildung des Richterstandes**. Aber nicht bloß bei den jungen Richtern sondern auch bei den älteren sind oft die Kenntnisse sehr mangelhaft. Mir selbst ist ein Fall bekannt, in dem ein Oberamtsrichter aus Versehen 10 Jahre lang nach dem **Entwurf** eines Gesetzes Recht gesprochen hat. (Heiterkeit.) Auch die Weltfremdheit der Richter ist mitunter geradezu erstaunlich. Die Forderung auf größere Zuziehung von Arbeitervertretern zur Rechtsprechung ist also durchaus berechtigt, die Vorbedingung hierzu aber ist, daß diese Arbeiter-Schöffen und -Geschworenen **entschädigt** werden.

Eine andere prinzipielle Forderung, die wir erheben, auf deren Erfüllung aber, obgleich sie dringend notwendig ist, leider nicht so schnell zu rechnen ist, ist die **Unentgeltlichkeit der Rechtspflege**. Natürlich würden große Opfer entstehen, wenn die Justiz kostenlos geschehe, es liegt aber darin ein so hoher kultureller Wert, daß diese Opfer wohl angebracht sind. Es gibt ja auch eine Menge Dinge, an denen gespart werden könnte. Durch die nichtkostenlose Rechtsprechung wird gerade die ärmere Bevölkerung aufs schwerste benachteiligt. Dies hat die Arbeiterbevölkerung auch längst erkannt und deshalb hat sie angefangen, wenigstens etwas in dieser Beziehung zu tun, indem sie durch die Schaffung der **Arbeitersekretariate** eine kostenlose Rechtsauskunft einrichtete. Es ist deshalb auch in höchstem Maße wünschenswert daß der Vertretung der Arbeiter durch die Arbeitersekretäre vor Gericht keine Schwierigkeiten bereitet wird.

Wenn man auf die großen Opfer hinweist, die eine kostenlose Justiz verursachen würde, so muß ich demgegenüber betonen, daß es jetzt eine große Menge Prozesse gibt, darunter auch solche, die von der Staatsanwaltschaft eingeleitet werden, die völlig überflüssig sind. Ich erinnere nur daran, daß gegen einen Straßenbahnpassagier, der schon an den Straßenbahnschaffner den Brückenzoll von 2 Pf. entrichtet hatte, schließlich aber ausstieg und zu Fuß über die Brücke ging, ein Strafverfahren eingeleitet wurde, das dann mit der Freisprechung des Angeklagten endete.

Eine für uns auch unbegreifliche Tatsache ist es, daß die **Todesstrafe** bei uns noch immer besteht. Allerdings steht der Krone ein Begnadigungsrecht zu, von dem aber in letzter Zeit ziemlich selten Gebrauch gemacht worden ist. Uebrigens sind wir Gegner solcher Rechte der Krone. Die Hinrichtung der Grete Beier war schon mehr ein Schaustück und forderte mit Recht zur hellsten Empörung heraus. Die in vielen Kreisen gehegte Erwartung, daß die Todesstrafe abschreckend wirke, ist durch nichts begründet. Schon die bloße Möglichkeit, daß jemand unschuldig hingerichtet werden kann, spricht gegen das Festhalten an dieser alttestamentarischen Blutrache. In vielen Kulturstaaten hat man denn auch schon längst die Todesstrafe abgeschafft; allerdings darf man nicht nach Rußland, Kroatien usw. blicken. (Zuruf: Frankreich!) In Frankreich setzt gerade jetzt eine derartige Volksbewegung gegen die Todesstrafe ein, daß man mit deren baldiger Aufhebung rechnen kann.

Heute werden auch Leute, die sich politisch vergangen haben, ins Gefängnis gesteckt, in dem sie unter der dort üblichen Behandlung längere Zeit zubringen müssen. Das ist ein Zustand, der eines modernen Staates unwürdig ist. Von der Festungshaft ist gegen sozialdemokratische Redakteure bei politischen Vergehen, abgesehen von einem einzigen Falle, in Sachsen niemals Gebrauch gemacht worden. Wir verlangen nicht nur eine **Humanisierung des Strafvollzugs auf politische Vergehen**, sondern eine solche **im allgemeinen**, weil wir der Meinung sind, daß die Verbrechen eine soziale Krankheit sind. Auf demselben Standpunkte steht auch der Dresdner Staatsanwalt Dr. Wulffen, der in seinem Buche „Psychologie des Verbrechens" darauf hinweist, daß die Verbrechen auf die elenden sozialen Verhältnisse zurückzuführen sind. Die Behauptung, die auch in diesem Hause getan worden ist, daß an der Zunahme der Verbrechen die zunehmende Verrohung der Jugend schuld ist, trifft absolut nicht zu. Nach der sächsischen Justizstatistik hat wohl die Zahl der Strafen zugenommen, aber das beweist noch nicht die Zunahme der Verrohung. Gerade die **schwersten Verbrechen** sind nicht gewachsen, sondern im Gegenteil **ganz erheblich zurückgegangen**. Die Zunahme der leichteren Straftaten liegt in der Hauptsache darin, daß die Reibungsflächen im wirtschaftlichen Leben immer größer werden, daß man aber auch immer neue Strafbestimmungen einführt.

Wir fordern weiter die **Aufhebung des Strafvollzugs an Jugendlichen**. Der Oberlehrer Birkigt von der Bautzner Strafanstalt steht auf demselben Standpunkte, er weist darauf hin, daß die Jugendlichen meist nicht für das haftbar gemacht werden können, was sie begangen haben. Wenn man sieht, welche Schulbildung diese Jugendlichen haben, begreift man, daß sie nicht viel Energie haben, der Versuchung des Verbrechens zu widerstehen. **Kinder unter 18 Jahren gehören nicht ins Gefängnis, sondern in Erziehungsanstalten** (Sehr richtig! b. d. Soz.), wie man solche besonders in Amerika hat.

Notwendig ist aber auch der **Ausbau und die Ausgestaltung der Gefängnisbibliotheken**. Diese Bibliotheken beherbergen meist einen kaum glaublichen Schund. Es ist deshalb nur zu begrüßen, daß hier bessernd vorgegangen werden soll.

Redner kommt dann auf den Dresdner **Russenprozeß** zu sprechen. Drei Monate vorher gingen durch die Presse allerhand Gerüchte, daß der Polizei die Aufdeckung einer russischen Geheimbündelei geglückt sei. Man dachte wohl schon an Bomben usw. (Große Heiterkeit.) Als es dann zur Gerichtsverhandlung kam, platzte zwar nicht die Bombe, aber eine Seifenblase; es zeigte sich, daß man aus einer Mücke wieder mal einen Elefanten gemacht hatte. Die ganze Staatsaktion endete mit einer Blamage. Auf Grund eines gefälschten Briefes ist die Aktion überhaupt erst eingeleitet worden. § 128 des Strafgesetzbuchs, der von den geheimen Organisationen handelt, ist eine vormärzliche Bestimmung, die in den Strafgesetzbüchern anderer Länder längst nicht mehr zu finden ist. Im vorliegenden Falle war die Geheimhaltung aber durchaus nötig, da es leider in Deutschland und auch in Sachsen noch immer Spitzel gibt. Die wichtigste Stelle in der Uebersetzung jenes Briefes, in dem ein russischer Schriftsteller das Halten eines Vortrages in Dresden zusagte, erwies sich als gefälscht: aus dem Worte **öffentlich** hatte man **geheim** gemacht. So wird bei uns gegen Angehörige fremder Nationen vorgegangen! Es ist das kein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte!

Und nun die **Jugendorganisationen!** Die Arbeiterschaft ist bemüht die Jugend zu tüchtigen Menschen heranzubilden, und da greifen die Polizei und die Justiz ein, wenn auch nicht immer mit Erfolg. Dieses Vorgehen ist nicht anders zu erklären, als daß man die Jugend eben unter allen Umständen in der gottgewollten Abhängigkeit erhalten will. In einem Falle — es handelte sich um einen Lichtbildervortrag — wurde der Veranstalter mit einem Strafmandat von 5 M. belegt. Die Sache ging durch sechs Instanzen und endete schließlich mit der **Freisprechung des Angeklagten**. (Heiterkeit.)

Auf allen Gebieten des Lebens wittert man jetzt seitens der Justiz dunkle Pläne. Durch ein kürzlich gefälltes Urteil des sächsischen Oberlandesgerichts sind sogar die **Arbeiter-Radfahrervereine für politische Vereine** erklärt worden. Das ist geradezu eine Ungeheuerlichkeit! Ebenso verhält es sich mit dem Vorgehen gegen die Gewerkschaften bezüglich des Streikpostenstehens und dergleichen. Ein solches Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung könnte man sich sparen. Oder glaubt man wirklich, damit die Arbeiterbewegung aufhalten zu können? Wir halten eine Justiz für notwendig gegen Verbrechen, **nicht aber gegen die politische Bewegung!** Nichts ist mehr geeignet, die Bevölkerung zu erregen und aufzureizen, als Urteile, die nicht mit dem Volksempfinden übereinstimmen. Dadurch wird das Volksempfinden nur aufgepeitscht. Ich verweise nur darauf, daß das Löbtauer Zuchthausurteil der Dresdner Volkszeitung einen Abonnentenzuwachs von 3000 gebracht hat.

Ich erkenne an, daß in einigen Punkten etwas modernere Anschauungen Platz gegriffen haben, aber vieles bleibt noch zu wünschen übrig.

Eine gute Rechtsprechung ist eine unerläßliche Vorbedingung für ein gesundes, modernes Staatswesen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Kaiser (natl.)

meint, die Dürftigkeit des vom Vorredner vorgebrachten Materials sei eher dazu angetan, der Justiz ein glänzendes Zeugnis auszustellen, als sie zu mißkreditieren. (Zuruf b. d. Soz.: Kommt noch!) Redner bemängelt dann die ungenügende Bezahlung des Hilfsrichterpersonals und kritisiert, daß heute viel zu viel Anzeigen erstattet werden, oft wegen ganz geringfügiger Kleinigkeiten. Eine Minderung der Strafprozesse ist auch dadurch möglich, daß die Staatsanwaltschaft sich mehr von den Verwaltungsbehörden und der Polizei emanzipiert. Jetzt ist die Staatsanwaltschaft oft Diener der Polizei und der Verwaltungsbehörden. Der Russenprozeß würde uns wohl erspart geblieben sein, wenn nicht die preußische Polizei dagewesen wäre, die auf Einleitung des Strafprozesses drang. — Die Voruntersuchungen bei Strafprozessen sind heute durchaus unzulänglich; die Schöffengerichte werden meist nur als Durchgangsposten angesehen. Der Vorredner hat sich wieder mit der Klassenjustiz beschäftigt. Unsere Zivilgesetzgebung ist eine der besten der Welt; anders verhält es sich allerdings mit der Strafgesetzgebung, hier kann eine gewisse Einseitigkeit nicht geleugnet werden. Vielfach wird der Angeklagte vom Richter schon als Verurteilter behandelt. In vielen Fällen kommt es bei der Frage, wer auf die Anklagebank kommt, darauf an, wer zuerst zum Staatsanwalt läuft. Wünschenswert ist auch eine größere Annäherung der von den einzelnen Gerichten bei gleichen Straftaten oft verschieden erkannten Strafmaße. In die Prüfungskommission für die Richter gehört auch ein Anwalt.

Justizminister Dr. v. Otto

teilt mit dem Vizepräsidenten Opitz die Besorgnis wegen der Ueberfüllung des Anwaltsstandes. Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß der Anwaltsstand der Proletarisierung entgegengeht. Alle Warnungen sind aber erfolglos geblieben. Der Ueberfluß der Juristen ist nicht gesunken, sondern gewachsen. Das hat aber seine tieferen Ursachen; alles drängt sich jetzt nach den gelehrten Berufen. (Lebh. Sehr richtig!) Es kann aber nicht genug gewarnt werden vor dem juristischen Studium. Wenn der Abg. Riem gesagt hat, daß die Richter in der Regel den besitzenden Klassen entnommen werden, so ist das richtig, aber nirgends wird diese Regel so oft durchbrochen als gerade in Sachsen. Dagegen muß ich bestreiten, daß bei uns eine Klassenjustiz besteht und jemals bestanden hat. Ich kann auch nicht zugeben, daß bei dem Strafrichter eine gewisse Einseitigkeit da ist. Daß die Arbeiter nicht in größerem Umfange zur Rechtsprechung herangezogen werden, ist zutreffend, aber das Justizministerium ist daran nicht schuld, es kann nicht in die in dieser Beziehung selbständigen Befugnisse der Richter eingreifen. Wenn die Arbeiter aber bisher nur vereinzelt zur Rechtsprechung herangezogen worden sind, so hat dies auch seinen Grund in der Diätenfrage. Die Zulassung von Arbeitersekretären zur Vertretung vor Gericht ist nicht Sache des Justizministeriums, sondern des richterlichen Ermessens. Was den Fall mit der Brückenzollhinterziehung anbelangt, so ist die Justizbehörde ebenfalls unschuldig an dem Strafverfahren. Der Gemeindevorstand von Loschwitz hatte dem Betreffenden eine Strafverfügung von 8 Pf. zugestellt (Stürmische Heiterkeit), und da dieser gerichtliche Entscheidung beantragte, mußte die Amtsanwaltschaft sich der Sache annehmen. Unser ernstes Bestreben ist auch, die Gefängnisbibliotheken auf eine solche Stufe zu bringen, daß sie wirklich eine gute Lektüre und Belehrung bieten. Der Abg. Riem hat dann auch einen humaneren Strafvollzug verlangt. Ich erkläre nun ganz offen, **daß ich ein Anhänger der Todesstrafe bin**, und daß dieser Ueberzeugung auch die meisten Staatsmänner der übrigen Bundesstaaten sind. Ich bin eben der Meinung, daß heute ohne die Todesstrafe noch nicht auszukommen ist. Zu dieser Frage wird jedoch Stellung zu nehmen sein, sobald der Entwurf zum Strafgesetzbuch vorliegt. Die Strafe der Festungshaft wird überhaupt ganz in Wegfall kommen. Auf die Erforschung der Grundlage der Verbrechen lege ich großen Wert, aber eine Verantwortlichkeit muß da sein. Daran kann nichts geändert werden. Die Verbrechen im Lande haben, das muß ich bestätigen, im allgemeinen abgenommen. (Zuruf b. d. Soz.: Der Kultusminister hat das Gegenteil gesagt!) Mit dem Russenprozeß hat sich die Justiz nur befaßt auf Veranlassung der Polizei. Nach dem Legalitätsprinzip ist die Verfolgung der Sache auf Antrag der Polizei zu verfolgen. Wie der Uebersetzungsfehler in jenem Schreiben entstanden ist, hat sich leider nicht aufklären lassen. Aber diese Episode hat auf die Entscheidung wenig Einfluß gehabt. Von dem vom Abg. Riem erwähnten Fall des Eingreifens gegen die Jugendorganisation (Lichtbildervortrag) ist mir nichts bekannt. Ich wüßte wirklich nicht, wie die Justiz dazu kommen sollte, sich in die Jugendorganisationen einzumischen. Die Erfahrungen mit den Jugendgerichten sind sehr gute. Daß die Hinrichtung der Grete Beier zu einem Schaustück geworden ist, daran trägt das Justizministerium keine Schuld. Es ist aber Vorsorge getroffen, daß sich so etwas nicht wiederholt. Daß der Grete Beier die Begnadigung in Aussicht gestellt worden ist, ist mir unbekannt.

Abg. Brodauf (Fortschr. Volksp.)

wendet sich gegen die Behauptung des Abg. Riem, daß wir eine Klassenjustiz hätten und daß sich die Richter meist aus den besitzenden Klassen rekrutierten. Vom neuen Strafgesetzbuch muß erwartet werden, daß es von sozialem Geiste erfüllt ist. Ein modernes Staatswesen — ich stehe hier allerdings im Gegensatz zu der Mehrheit meiner politischen Freunde — kann nicht ohne die Todesstrafe auskommen. Im Falle Grete Beier würde es Klassenjustiz gewesen sein, wenn die Krone von dem Begnadigungsrechte Gebrauch gemacht hätte. (Beifall rechts.) Daß unsere Justiz heute unpopulär ist, kommt zum großen Teil davon, daß die Justizbehörden sich zu sehr auf das Polizei- und Verwaltungsrecht stützen, soweit dieses strafrechtlichen Charakter hat.

Abg. Biener (Ref.)

stimmt allenthalben den Ausführungen des Justizministers zu. Indessen müsse gesagt werden, daß vielfach solche Gerichtsentscheidungen, wo es sich um den unlauteren Wettbewerb handelt und den Schutz der kleinen und soliden Geschäftsleute, sich ebenfalls nicht mit dem Volksempfinden decken.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100317/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Abg. Dr. Rudolph (natl.)

wünscht die Bewilligung einer Summe an den Richterverein zur Veranstaltung von belehrenden Vorträgen. Des weiteren nimmt er den Richterstand gegen die Angriffe des sozialdemokratischen Redners in Schutz.

Justizminister Dr. v. Otto

bemerkt, daß die Berufung in dem Strafverfahren im neuen Strafgesetzbuch so gedacht ist, daß es sich um ein vollständig neues Verfahren handelt. Ueber die Aenderung der Konkursordnung ist man sehr geteilter Meinung. Die Anstellung von Fachleuten als Konkursverwalter wird sehr schwer halten.

Abg. Günther (Forschr. Volksp.)

betont, daß die Mehrheit seiner Freunde die Todesstrafe verwirft. Redner bringt dann eine Reihe Einzelwünsche vor, worauf ihm der

Justizminister Dr. v. Otto

teils ablehnend, teils zustimmend antwortet.

Präsident Dr. Vogel (es ist bereits 5½ Uhr geworden) weist darauf hin, daß noch neun Redner vorgemerkt sind. Er bittet, sich kurz zu fassen, da sonst noch eine Abendsitzung abgehalten werden müßte.

Abg. Müller (Soz.):

Wir verlangen, daß es bei der Aufnahme in den Richterstand nicht nach Besitz und Protektion geht, sondern daß die besten und leistungsfähigsten Kräfte aus allen Kreisen der Bevölkerung berücksichtigt werden. Es ist vorhin darüber geklagt worden, daß die Staatsanwaltschaft oft bei Angaben nicht Anklage im öffentlichen Interesse erhebt. Wir müssen das Gegenteil behaupten. Die Staatsanwaltschaft erhebt fast regelmäßig Anklagen gegen die Arbeiter, wenn Unternehmer als Ankläger auftreten. Ganz anders bei Angaben von Arbeitern; sie verweist man fast immer auf den Weg der Privatklage. Ganz besonders eilig hat es die Staatsanwaltschaft mit der Einleitung des Strafverfahrens, wenn es sich um Preßprozesse handelt. Zum Beweise hierfür führt Redner eine größere Anzahl von Einzelfällen vor, wobei er insbesondere die Tätigkeit der Zwickauer Gerichte gebührend beleuchtet. Die Fälle sind sogar nicht selten, daß Bergleute, die sich über Mißstände in den Bergbetrieben beklagten, ins Gefängnis geworfen worden sind. Der tendenziöse Charakter der Rechtsprechung tritt überall klar zutage; das muß man sagen, wenn die Verurteilung eines sozialdemokratischen Redakteurs mit der Tendenz des Blattes und mit den Bestrafungen seiner Kollegen begründet wird und wenn man einen sozialdemokratischen Redakteur als Verleumder bezeichnet. Ich weise auch darauf hin, daß es der Reichstagsabgeordnete Heinze gewesen ist, der das Wort von der Klassenjustiz geprägt hat.

Es ist also kein Wunder, wenn das Vertrauen des Volkes zur Rechtsprechung geschwunden ist. Die Unkenntnis vom Leben kommt auch oft im Tone vor Gericht zum Ausdruck. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich erinnere aber auch daran, daß es im Jahre 1906 gewesen ist, als der Justizminister das Vorgehen gegen die Dresdner Wahlrechtsdemonstranten durchaus billigte und obendrein hinzufügte, daß man den Justizbehörden für ihre schnelle Arbeit sogar dankbar sein müsse. Bei den Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse in Chemnitz ist es sogar vorgekommen, daß der Amtsanwalt an das Gewerkschaftskartell die Anfrage richtete, ob es ihm nicht bekannt sei, daß der Fabrikant Landgraf die Verteilung des Flugblattes nicht wolle (Heiterkeit und Zurufe b. d. Soz.), ob ihm nicht der Verfasser des Flugblattes bekannt sei und dergleichen Fragen mehr. Hier ist der Amtsanwalt also schon so weit heruntergekommen, daß er verlangt, das Gewerkschaftskartell solle sich zum Denunzianten hergeben. (Zurufe b. d. Soz.: Unglaublich!) Der Amtsanwalt hat sich aber auch gar nicht in solche Dinge einzumischen.

Die Auslegung des Vereins- und Versammlungsrechts ist sogar in bürgerlichen Kreisen auf lebhaften Widerstand gestoßen. Die Anklagebehörde in Leipzig hat gegen meinen Parteifreund Lipinski Anklage erhoben, weil er im Dezember 1909 eine für den 11. Reichstagswahlkreis einberufene Parteiversammlung nicht angemeldet hat. Die Versammlung ist als eine öffentliche behandelt worden, trotzdem der Zutritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet war. Das Gericht hat 30 M. Geldstrafe ausgeworfen und die Frage der Oeffentlichkeit bejaht. Der Leiter der Krimmitschauer Filiale des Textilarbeiterverbandes, Hecht, hat einen langwierigen Prozeß führen müssen, weil er sich nicht gefallen lassen wollte, daß zu einer geschlossenen Gewerkschaftsversammlung sich Schutzleute eingefunden hatten. Unser Kollege hätte ja bei der Staatsanwaltschaft die Erhebung der Anklage auf Hausfriedensbruch beantragen können, sicher aber würde er, wäre dies geschehen, auf den Weg der Privatklage verwiesen worden sein. Und von dem Gericht ist die Ueberwachung der nicht anmeldepflichtigen Gewerkschaftsversammlungen für zulässig erklärt worden. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Hinsichtlich der Veranstaltung von Geldsammlungen bei öffentlichen Versammlungen ist vor kurzem eine ministerielle Verfügung herausgekommen, die halb und halb diese Sammlungen für zulässig erklärt. Sobald aber sozialdemokratische Vereine von dieser Verfügung Gebrauch machen würden, würde es wohl sicher heißen, die Verordnung schlägt nicht ein. Das Oberverwaltungsgericht hat entschieden, daß bei geschlossenen Versammlungen Eintrittsgeld erhoben werden darf. Es ist nur zu wünschen, daß von dieser Entscheidung recht oft Gebrauch gemacht wird. Die Nadelstichpolitik gegen die Arbeiter-Turnvereine blüht nach wie vor. Während den bürgerlichen Turnvereinen die Aufnahme von Fortbildungsschülern geduldet ist, setzt man in dieser Richtung die Arbeiter-Turnvereine den ärgsten Verfolgungen und Schikanen aus. Wir verlangen, daß zum Richterelement nicht nur tüchtige Kräfte aus allen Kreisen des Volkes herangezogen werden, sondern auch Männer, die in wirtschaftlicher und politischer Beziehung erfahren sind. Wenn Ihnen das gelingen sollte, dann sind Sie unserer Mitarbeit sicher. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Spieß (kons.)

bestreitet, daß in Sachsen eine Klassenjustiz besteht und daß das Vertrauen des Volkes zur Rechtsprechung geschwunden ist. Der Vorredner habe Beschwerden vorgebracht, die sich meist auf dem Gebiete des Ministeriums des Innern bewegten.

Justizminister Dr. v. Otto:

Die vom Abg. Müller zum Vortrag gebrachten Justizfälle sind mir zum größten Teil nicht bekannt, trotzdem muß ich die Gerichte und Staatsanwaltschaften gegen den Vorwurf, sie verfahren tendenziös, in Schutz nehmen. Bei den Boykottverordnungen handelt es sich um Verordnungen der Amtshauptmannschaften, die sich nicht gegen den Boykott als solchen wenden, als vielmehr gegen gewisse Formen des Boykotts. Es ist nicht richtig, daß das Reichsgericht diese Verordnung gemißbilligt hat, eine Entscheidung des höchsten deutschen Gerichtshofes liegt aber insoweit überhaupt nicht vor. Dagegen hat das sächsische Oberlandesgericht die Rechtsgültigkeit der Verordnung anerkannt und die ausgeworfenen Strafen bestätigt. Solange also die Verordnung besteht, kann keine Justiz daran etwas ändern. Was den Chemnitzer Fall anbelangt, so bemerke ich, daß schon vor einiger Zeit die ministerielle Anweisung an die Untersuchungsbehörden ergangen ist, daß die Staatsanwälte in Strafsachen sich direkt an die Beteiligten wenden sollen. Das ist hier geschehen, es handelt sich auch um eine bloße Anfrage. Uebrigens lag eine Anzeige wegen einer strafbaren Handlung (Hausfriedensbruch) vor. Die Auskunft ist auch gegeben worden, der Amtsanwalt hat also durchaus seinen Zweck erreicht. Solche Anfragen können doch nicht der Justiz zum Nachteil gereichen. (Bravo! rechts.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird in vorgerückter Stunde (6½ Uhr abends) einstimmig angenommen, obgleich noch sieben Redner vorgemerkt sind.

Nach einigen kurzen Bemerkungen des Berichterstatters werden darauf die Kap. 38 bis 41 des ordentlichen Etats (Justizministerium, Oberlandesgericht und Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht, Landgerichte, Amtsgerichte und Staatsanwaltschaften) einstimmig genehmigt. Die hierzu vorliegenden Petitionen der Gefangenenaufseher und der Vereinigung der Gerichtsdiener bleiben antragsgemäß auf sich beruhen.

Der Präsident bemerkt darauf unter großer Heiterkeit des Hauses, daß damit ein Viertel der heutigen Tagesordnung erledigt ist.

Es wird darauf noch eine größere Anzahl Privatpetitionen, die zum Teil noch zu Debatten Anlaß geben, im übrigen aber kein öffentliches Interesse haben, erledigt.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag vorm. 10 Uhr. Tagesordnung: Etatkapitel, darunter Gewerbe- und Dampfkesselaufsicht; Antrag Brodauf auf Abänderung der Bestimmungen über die geschlossenen Zeiten; Gesetzentwurf über das private Feuerversicherungswesen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens

versuchen bekanntlich die Arbeitgeberverbände bei der Aenderung des Strafgesetzes durchzusetzen. Vom Arbeitgeberverband in Köln war der Wortlaut einer an den Staatssekretär des Innern gerichteten Petition bekannt geworden, die diesen Anschlag auf das Koalitionsrecht der Arbeiter des Näheren begründet. Der Geschäftsbericht dieses genannten Vereins für das Jahr 1909 enthält nun ebenfalls Ausführungen darüber, die typisch sind für den Scharfmacherwunsch. Es heißt in dem Bericht:

„Eine große Bedeutung kann die neue Fassung des Strafgesetzes gewinnen, wenn es gelingt, in dieses zweckmäßige Bestimmungen gegen die Vergewaltigung der Arbeitswilligen einzufügen. Die Zwangs- und Schreckensherrschaft der Gewerkschaften muß notwendigerweise gebrochen werden, wenn nicht unser Wirtschaftsleben schwere und unheilbare Schäden im Laufe der nächsten Zeit erfahren soll; denn in der Verrufserklärung, in der Belästigung, Verhöhnung, Bedrohung, Mißhandlung und Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit der arbeitswilligen Arbeiter durch die Streikenden und ihren Anhang ist das Hauptübel der Streiks begründet. Das gesetzliche Koalitionsrecht der Industriearbeiter hat mit diesen Ueberschreitungen nicht das geringste zu tun; was ihnen damit zugestanden werden sollte, ist die unbehinderte Verabredung und Verständigung zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen. Diese kann und soll ihnen nicht genommen werden, wohl aber sollen und müssen die arbeitswilligen Arbeiter gegen die Beraubung der persönlichen Freiheit geschützt werden, die gegenwärtig durch das Streikpostenstehen ausgeübt wird. Ueber dieses letztere ist von den Arbeitgeberverbänden schon lange laute Klage geführt worden, so z. B. hat sich darüber vor einigen Jahren der Bericht des Arbeitgeberverbandes für das bergische Land in Elberfeld eingehend verbreitet und nachgewiesen, daß in ihm die Ursache aller der vorerwähnten Mißstände zu erblicken sei. Die unteren Gerichte haben auch vielfach das Streikpostenstehen für unberechtigt erklärt, das Reichsgericht aber hat anders entschieden, so daß gegenwärtig die Polizeibehörden nur einschreiten können, wenn Belästigungen, Beleidigungen, Mißhandlungen der Arbeitswilligen und dergleichen erfolgen, während doch die sichere Aussicht auf solche Unbilden die arbeitswilligen Arbeiter naturgemäß von dem Wege zur Arbeit abhält, also eine außerordentlich starke Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit durch das bloße Streikpostenstehen stattfindet, welch letzteres, wie gesagt, mit der Ausübung des Koalitionsrechts nicht das geringste zu tun hat. Die Erneuerung des Strafgesetzbuchs bietet hoffentlich die Gelegenheit, obige Erscheinung, die im Gefolge des Koalitionsrechts hervorgetreten ist, zu beseitigen und abzuschaffen, die nicht allein für die Betriebe, sondern, und in erster Linie für die darin beschäftigten Arbeiter, eine höchst schädliche und verletzende ist, indem deren persönliche Freiheit und Willensbetätigung aufs empfindlichste beeinträchtigt wird und sie mit Gewalt in die Organisation hineingetrieben werden. Denn schließlich ist es dem einzelnen Arbeiter gar nicht zu verdenken, wenn er, um Leib und Leben und seinen Erwerb gegen die Zwangsherrschaft der Gewerkschaft zu sichern, sich dieser letzteren, wenn auch wider Willen, anschließt und sich dadurch seines Selbstbestimmungsrechts und eines großen Teils seines Erwerbs zu Gewerkschaftszwecken begibt."

Lokales.

Deutsche Werkstätten für Handwerkskunst.

Herr K. Schmidt, der Leiter obiger Firma, ersucht um Aufnahme des folgenden:

„In der Mittwochnummer vom 9. März Ihrer Zeitung ist unter: „Achtung, Möbelzeichner!" über einen zwischen den Deutschen Werkstätten und deren Zeichnern ausgebrochenen Konflikt die Rede. Die Darstellung ist so unrichtig, daß es sich erübrigt, im einzelnen darauf einzugehen. Unsere Zeichner stehen in ihrem Einkommen in der oberen Hälfte, in welcher 73 Prozent der deutschen Zeichner stehen. Eigentliche Differenzen, die nicht mit wenig Worten zu beheben gewesen wären, lagen nicht vor. Weiß hat mir unhöfliche Briefe geschrieben und damit meine Zeichner schwer geschädigt; ich andererseits konnte mir das nicht gefallen lassen. Ich hatte weiter irrtümlich angenommen, die Mehrzahl meiner Zeichner sei noch wie früher im Holzarbeiterverband, deshalb habe ich dem Zeichnerverband geschrieben, daß ich über diese Dinge nur mit dem Holzarbeiterverband verhandeln kann. Jeder Arbeiter verlangt mit Recht eine anständige Behandlung. Die verlange auch ich von Herrn Weiß, dem Leiter des Zeichnerverbands. Da das in seinen Briefen nicht der Fall ist, kann ich nicht mit ihm verhandeln. Daß ich mich nicht freue, wenn Tischler, die ich ans Zeichenbrett stelle, auch glauben, Beziehungen zu ihren alten Kollegen und ihrer alten Gewerkschaft aufheben zu müssen, ist selbstverständlich, und, soweit ich es übersehen kann, teilen meine Arbeiter auch meinen Standpunkt in der Angelegenheit.

Ich kann es wohl ruhig dem Urteil der Dresdner Arbeiter, aus denen ich selbst hervorgegangen bin, überlassen, nachdem ich zehn Jahre sachlich und anständig mit den Führern der verschiedenen Gewerkschaften verhandelt und mit alten Kollegen verkehrt habe, wem sie mehr Vertrauen und Glauben schenken wollen."

Wir haben obenstehende Erwiderung unter Weglassung einiger unwesentlicher Stellen wiedergegeben, müssen aber sagen, daß auf die sachlichen Differenzen nicht eingegangen wird.

Zum Streik bei der Firma Hänel. Die Situation ist für die Streikenden außerordentlich günstig. An Arbeitswilligen hatte sich bis jetzt nur einer gefunden, der sich nach eintägiger Arbeit solidarisch erklärte. Sämtliche Sattler, auch die Näherinnen der Firma haben die Arbeit einmütig niedergelegt, so daß sich niemand im Betriebe befindet. Die Kollegen sind fest entschlossen, im Kampf auszuhalten, mag es kommen zu was es will, denn die Lage der Sattler ist tieftraurig, das beweisen schon die Löhne: in der letzten Zeit 15, 16 und 18 Mark. Pflicht der Kollegen ist es, unter allen Umständen den Betrieb zu meiden.

Inland.

Zum Fall Rexhäuser.

Die Mitglieder des Buchdruckerverbandes in Pirna nahmen in ihrer letzten Versammlung mit Dreiviertel-Majorität eine Resolution an, die den Zentralvorstand ersucht, dahin zu wirken, daß in Zukunft die Spalten des Korrespondenten nicht mehr von Artikeln zu „Artikeln persönlicher Art gegen die Arbeiterpartei benutzt werden. Weiter bedauert die Resolution daß Rexhäuser am 70. Geburtstage Bebels eine Polemik gegen den Geschäftsführer des Vorwärts gebracht hat dagegen Bebels Geburtstag überhaupt nicht erwähnt, obwohl „die Buchdrucker August Bebel für seine Tätigkeit innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation zu besonderem Dank verpflichtet sind". In der Diskussion wurde von den einzelnen Rednern die Meinung vertreten, daß man Rexhäuser das Recht absprechen müsse, das Material das ihm in seiner Eigenschaft als Redakteur des Gewerkschaftsorgans zugehe, seinen persönlichen Interessen dienstbar zu machen. Von anderer Seite wurde ausgeführt, daß die ganzen Rexhäuserschen Anwürfe gegen die sozialdemokratische Partei schon im Archiv des Reichsfliegenverbandes aufgespeichert seien; mehr Material als bisher könne Rexhäuser diesen Leuten nicht bieten.

Ausland.

Das Vereinsrecht in Rumänien.

Ein Ausnahmegesetz der schlimmsten Art ist am 1. Januar in Rumänien in Kraft getreten. Dasselbe regelt das Koalitionsrecht der Staats- und Gemeindeangestellten. Die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst wie auch der für Behörden arbeitenden Privatunternehmer können nur mit ausdrücklicher Genehmigung des zuständigen Ministeriums Vereinigungen bilden, doch ist ihnen jeder Streik von vornherein streng verboten. Diese brutale Maßregel bedeutet nicht nur die Zertrümmerung der schon vorhandenen Organisationen, sondern auch schwere Verluste für viele, die denselben schon angehört hatten und die nun ruhig zusehen müssen wie die Regierung nach Belieben die vielfach schon konfiszierten Kassen verwendet zur Züchtung gelber Vereine. — Den Angestellten und Arbeitern der Privatindustrie wird zwar das Koalitions- und Streikrecht zugestanden, doch wird mit harten Strafen bedroht, „wer durch Gewalt oder Drohung andere zur Arbeitsniederlegung zu bewegen sucht". Diese Strafen werden noch verstärkt, wenn der Betreffende nicht selbst zur Fabrik bezw. zum Betriebe gehörte.

Die Zentralisation der englischen Gewerkschaften

macht rasche Fortschritte. Ende 1907 wurden vom englischen Arbeitsamte insgesamt 2 406 746 Mitglieder in nicht weniger wie 1173 selbständigen Gewerkschaften gezählt. Dies erscheint auf den ersten Blick als eine grenzenlose Zersplitterung, doch sind alle diese Gewerkschaften, abgesehen von ganz unbedeutenden Ausnahmen, wiederum größeren Landes-, Industrie- oder Berufszentralen angeschlossen. Solche „Verbände der Verbände" gab es Ende 1907 insgesamt 106 mit 2 800 000 Mitgliedern. (Manche Gewerkschaften gehören mehreren Gewerkschaftsverbänden zugleich an.) Dies bedeutet eine Zunahme von 900 000 Mitgliedern seit 1904, während die Mitgliederzunahme aller bestehenden Gewerkschaften im gleichen Zeitraume nur 500 000 betrug, so daß also mindestens noch 400 000 von den schon früher gewerkschaftlich Organisierten sich zu größeren Verbänden zusammenschlossen. So wurden derartige Gewerkschaftsverbände in den letzten drei Jahren neu gegründet in der Textilindustrie, Metallindustrie, Holzindustrie, sowie für Former, Handelsangestellte und ungelernte Arbeiter. Diese sechs Zentralorganisationen zählen fast eine halbe Million Mitglieder. Die größten Organisationen sind jedoch die Gewerkschaftsverbände der Bergarbeiter (460 000 Mitglieder), der Maschinenbauer und Schiffsbauer (320 000 Mitglieder), sowie die General Federation of Trade Unions. Diese letztere Organisation stellt die eigentliche gewerkschaftliche Landeszentrale Englands dar, wenngleich ihr Hauptzweck zurzeit die Gegenseitigkeitsversicherung der angeschlossenen Organisationen gegen Streiks und Aussperrungen ist. Sie zählte an Mitgliedern Ende 1904 400 000, Ende 1907 600 000 und Ende 1908 über 700 000. Dem internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen (Berlin) gehört nur diese Organisation an, doch unterhalten auch manche anderen Verbände ständige Verbindungen mit den Gewerkschaften des Auslandes.

Soziales.

Das schwerste Verbrechen an den eigenen Kindern!

Eine traurige Statistik über eine Unmenge nicht wieder gut zu machender körperlicher und geistiger Schädigungen der Kinder ist es, die der Münchner Schularzt Dr. Groth veranstaltet und veröffentlicht hat. Dr. Groth hielt bei den Angehörigen von Schulkindern zweier Schulen eine Umfrage über das Biertrinken der Kinder. Es ergab sich, daß schon in der untersten Klasse 26,3 Prozent der Knaben ein- bis zweimal täglich Bier bekommen, 72,8 Prozent überhaupt bekommen Bier, und nur 27,2 Prozent bekommen kein Bier. Von den Mädchen der untersten Klassen bekommen gar schon 77,6 Prozent Alkohol zu trinken! 37,5 Prozent trinken ihn täglich, und nur 22,4 Prozent bekommen nie Bier. Der Biergenuß steigt mit der Klasse an; während in der untersten Klasse 24,8 Prozent kein Bier bekommen, sind es in der 5. bis 8. Klasse von unten nur noch 11,7 Prozent! In der Schule Gabelsbergerstraße in München, wo viele Brauereiarbeiter wohnen, ist das Verhältnis mit 87,5 Prozent biertrinkenden Schülern das schlechteste.

Erst wenn man sich vergegenwärtigt, welche Verwüstungen der Alkohol in den Köpfen der Kinder anrichtet, kann man so ganz das Unrecht ermessen, das jene Eltern an ihren eigenen Kindern begangen haben und noch begehen.

Neues aus aller Welt.

Berlin, 16. März. Im Norden Berlins hat sich heute vormittag ein schweres Brandunglück zugetragen. Im Hause Antonstraße 3 kam das zweijährige Töchterchen des Tischlers Patzelt in Abwesenheit der Eltern dem Herdfeuer so nahe, daß die Kleider in Brand geraten. Als andere Hausbewohner durch den Feuerschein aufmerksam gemacht in die Wohnung drangen, war das kleine Mädchen schon so sehr verbrannt, daß der Tod nach wenigen Minuten eintrat. Das zweite Kind der Familie Patzelt, ein fünfjähriger Knabe, erlitt leichte Brandwunden.

Hardheim, 16. März. Ein furchtbares Unglück ereignete sich in einem Steinbruch bei Hardheim. Ein Arbeiter, der an der Feldschmiede beschäftigt war, schürte das Feuer an. Ein leichter Windstoß führte dabei einen Funken in die in einer kleinen Entfernung stehende Pulverkammer, die offen stand. Das Pulver explodierte sofort mit furchtbarer Gewalt. Durch die Explosion wurden sieben Arbeiter schwer verletzt, von denen der eine alsbald starb.

•

Paris, 16. März. Aus Toulon wird berichtet: In den tiefer gelegenen Stadtvierteln sind Ueberschwemmungen eingetreten, welche bereits große Verheerungen angerichtet haben. Zahlreiche Wohnungen stehen unter Wasser, eine Schule ist eingestürzt und zwei Kinder sind umgekommen. Das Wasser steigt rapide. Man befürchtet weitere Unglücksfälle.

Nimes, 16. März. Seit einigen Tagen gehen hier starke Regengüsse nieder. Die Rhône und ihre Nebenflüsse steigen rapide und überschwemmen bedeutende Landstrecken. Auf den Feldern ist ein sehr erheblicher Schaden angerichtet worden. Die landwirtschaftlichen und Weinbauarbeiten erleiden erhebliche Unterbrechungen.

Petersburg, 16. März. Wie aus Krasnojarsk gemeldet wird, ist im dortigen Olpadergwerke eine große Quantität Dynamit, angeblich 2 Zentner, explodiert. Das Bergwerk ist vollständig demoliert. Ob und wie viele Menschen dabei ums Leben gekommen sind, ist bis jetzt noch nicht festgestellt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100317/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG